

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 339/340 · 28. JAHRGANG · WINTERAUSGABE 2023 VOM 22. DEZEMBER 2023 · 2 EURO

3 | Chancen für den
Hohensaatener Wald
Bedenken statt Euphorie

11 | Initiative gegen
den Digitalzwang
Meine Daten gehören mir

24 | Deflation
in China
Droht uns der Untergang?

30 Jahre Buchhandlung »Schatzinsel«



FOTO: SYLVIA PYRLIK, BUCHHANDLUNG SCHATZINSEL

Bernau (bbp-ber). Die Bernauer Buchhandlung »Schatzinsel« feiert ihr 30-jähriges Jubiläum. Die Inhaberin SYLVIA PYRLIK macht keine halben Sachen, und so war der Ehrentag am Nikolaus nicht unter einer Gala im Offenhaus zu haben, an dem auch mit Tischfeuerwerk u.v.m. an die Auszeichnung »Beste Buchhandlung« des deutschen Buchhandels im Jahr 2022 gedacht wurde.

Doch zurück zum Anfang. Mit großem Herz und Enthusiasmus wurde der am 6. Dezember 1993 erstmals eröffnete Buchladen zu einer Institution für Bildungs- und Lesehungrige. Die Premiere entstand im »Kaisergarten«, projektiert mit Bernaus erstem In-

nenstadt-Bebauungsplan nach der Wende. Während anderenorts die Prioritäten auf die grüne Wiese gelegt wurden, lag beim Stadtarchitekten Hanusch der Entwurf eines Handelshauses mit Passage und Parkhaus auf dem Tisch. Der anspruchsvolle Plan für den »Kaisergarten« mußte den baulichen Bestand der Nachbargrundstücke sowie die Stadtmauer schadlos integrieren, zweierlei Straßen anbinden und zudem im Untergeschoß mehrere Gewerbeflächen ausbilden.

Doch es fand sich der richtige Platz für eine ortsansässige Händlerin. Initiiert wurde das Unternehmen von Sylvia Pyrlík Mutter. HILDEGARD NEUMANN verkaufte ursprünglich das komplette Presse- und Literaturangebot der DDR in der angestammten »Märkischen Volksbuchhandlung« in der Leninstraße Ecke Louis-Braille-Straße, bis das Geschäft aufgrund des Untergangs der DDR aufgegeben werden mußte. Gespenstisch zeigte sich so die Wende hinter den leeren Schaufensterscheiben der Innenstadt. So konnte es nicht bleiben. Heute wissen wir genau: Der Zugang zu Bildung und Information ist die Währung der Demokratie.

Der Anstoß, damals dieses Blatt zu wenden, startete durch den Buchladen in der »Kaisergarten«-Passage. Darauf folgten mehrere Umzüge des Geschäfts. Doch diese haben der Kompetenz und Zuverlässigkeit des Kleinunternehmens, heute ansässig in der Alten Goethestraße 2c, nicht geschadet, denn allein das Konzept war von Anfang an ungewöhnlich. Das Team mit den langjährigen Mitarbeitern SEBASTIAN PABST und STEFANIE KÖNIG hält eine gute Auswahl spezieller örtlicher Produkte bereit. Der Kunde darf wählen unter Pralinenschachteln mit Bernauer Silhouette, Bier, Stadtkalender oder Münzprägungen, so als befände man sich in einer Tourist-Auskunft. Zudem läßt sich auch das komplette Buchangebot mit dem angeschlossenen online-Shop ordern, und wer es mag, kommt zur Abholung seiner Schätze im Buchladen vorbei. Für ein gutes Wort ist immer Zeit. Das Haus macht seinem Namen alle Ehre – Danke für alles.

Eine gefährliche Wette: »Glücksspiel Atomwaffen«

Die stellvertretende Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, SUSANNE RIEGRAF, hat im Hauptquartier der Vereinten Nationen vor Staaten, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über Deutschlands Position zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) gesprochen. Leider war die Rede ein Rückschritt, ohne angemessene Wertschätzung für die Bedeutung des Vertrags und die großartige Arbeit der AVV-Mitglieder. In der Rede wurde die Bedrohung durch Rußland und die nukleare Aufrüstung Chinas betont, während andere Atomwaffenstaaten nicht kritisiert wurden.

Der AVV ist der zentrale Gegenpol zum Zusammenbruch internationaler Abkommen. Daß die BRD beobachtend an der Konferenz teilnahm, ist deshalb von großer Bedeutung. Wir sehen weiterhin Redebedarf und werden nicht locker lassen!

Die BRD wird sich an Projekten im Bereich Opferhilfe beteiligen. Damit folgen Worten endlich erste Taten. Gemeinsam mit vielen

Freunden aus aller Welt, die sich für die Rechte der Überlebenden von Atomwaffeneinsätzen engagieren, freuen wir uns darüber. Unsere Kampagne »Nuclear Survivors« zielt darauf ab, diejenigen Stimmen ins Rampenlicht zu rücken, die bisher zu wenig Beachtung fanden und Ungleichgewichte in Abrüstungsgesprächen in Frage stellen. Mit diesem Ziel sind wir auch nach New York gereist.

Das Vertrauen in die nukleare Abschreckung ist ein Glücksspiel... ein Glücksspiel, dessen furchtbarer Ausgang oftmals nur durch den Mut und die Weitsicht einzelner Personen abgewendet wurde. Unsere Broschüre »Glücksspiel Atomwaffen« klärt darüber auf, warum das Vertrauen in Atomwaffen eine gefährliche Wette ist, bei der schon mehrmals nur die Einsicht und der Mut Einzelner das Schlimmste verhinderten. Von der Internetseite www.ican.de/publikationen kann die Broschüre heruntergeladen werden.

MARIAN LOSSE, ICAN Deutschland e.V.

Wehrfähig...

... vom Rhein bis an den Dnepr?

Je mehr sich 2023 dem Ende nähert, um so eher gerät die Schlacht um die Ostprovinzen der Ukraine in der Berichterstattung in den Hintergrund. Der Grund, warum wir diverse Waffen in den Kriegsherd schicken oder 100 Milliarden Sondervermögen ohne Notlage am umstrittenen Bundeshaushalt vorbei bilden, ist plötzlich nicht mehr viel wert. Und obwohl deutsche Lande wegen klammer Finanzen schon nasse Füße bekommen, streitet niemand darum.

Wieso bloß? Die Frage, um die es geht, ist an sich ganz simpel und in jeder militärstrategischen Schulstunde enthalten. Die Ukraine oder Rußland - wer hält den Schrecken länger durch?

Nach wie vor sind Soldaten die wichtigste Ressource im Krieg. Rußland hat etwa 140 Millionen Einwohner. Die Ukraine bringt es auf etwa 44 Millionen, zumindest auf dem Papier, denn ein gut Teil der Bevölkerung lebt in den aufsässigen Ostprovinzen oder gänzlich unter russischer Kontrolle. Ein anderer Teil hat das Land wegen des Krieges verlassen. In den Ländern der EU befinden sich etwa 650.000 registrierte männliche Ukrainer im wehrfähigen Alter und entziehen sich damit de facto der Wehrpflicht.

Deshalb finde ich es merkwürdig, wieso die deutsche Politik in ihrer »uneingeschränkten Solidarität« mit der leidenden Ukraine zuläßt, daß sich überhaupt wehrfähige Ukrainer in Deutschland vom Bürgergeld versorgen lassen. Eigentlich müßte der Bund diese doch abschieben, so wie sonst auf den bekannten Podien über »Wirtschaftsflüchtlinge« (Originalton Merz) zu vernehmen ist. Abschieben, auf daß sie den Wunsch der hiesigen Regierungskoalition zur Ruinierung Rußlands verwirklichen können. Doch leider ruiniert sich gerade, wie in aller Welt bekannt, die deutsche Staatsfinanz höchstselbst.

Was nun Flüchtende aus der Ukraine angeht, gelten allein in Brandenburg 3.000 Zugereiste wie Verfolgte aus dem eignen Lande - egal, ob Männlein oder Weiblein. Nach Angaben des Innenministeriums sind 2023 bis zum Herbst allein in Brandenburg knapp 10.000 Geflüchtete aufgenommen worden, davon rund 3.000 aus der Ukraine, die zum größten Teil direkt in Städten und Gemeinden unterkamen und nach dem Aufenthaltsgesetz automatisch einen Aufenthaltstitel haben. Und deshalb nicht zufällig abseits von den 7.000 Asylverfahrensbetroffenen einen Schlafplatz erhalten (5.000 davon illegal eingereist).

Doch wie man es dreht - für mich ist und bleibt das ein Ratespiel.

Was nur stimmt hier nicht?

THOMAS TOBLER

Campact versus Steuerzahlerbund

Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch den BdSt ist nicht gemeinnützig

Berlin (bbp). Der Bund der Steuerzahler (BdSt) sieht sich seit jeher als Lobby aller Steuerzahler und gilt offiziell als gemeinnützig. Daran hat die KAMPAGNENPLATTFORM CAMPACT erhebliche Zweifel und reichte nun Beschwerde ein.

CAMPACT hofft auf eine politische Reform, denn dieser Verein, wie auch das GLOBALISIERUNGSKRITISCHE NETZWERK ATTAC, hatten nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs 2019 selbst die Gemeinnützigkeit verloren. CAMPACT argumentiert jetzt: Auch der Steuerzahlerbund nehme regelmäßig öffentlich zu politischen Entscheidungen Stellung, »um eigene Standpunkte und Forderungen durchzusetzen«, so CAMPACT-Vorstand Felix Kolb. Zudem kämpfe er für die Abschaffung des Solidaritätszuschlags und verfolge oftmals politische Anliegen, die eher den Besserverdienenden in Deutschland zugutekämen.

In der Tat hat der BdSt vor der vergangenen Bundestagswahl vehement den Verzicht auf eine Vermögenssteuer gefordert. Und das ist noch längst nicht alles, was die Einflußnahme auf die Politik beträfe, denn ganz ähnlich läuft der Hase auch bei den Landesverbänden des Steuerzahlerbundes: Der Landesverband in Rheinland-Pfalz macht medial Druck auf die dortige Landesregierung, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen, der Landesverband Hessen habe in der »Süddeutschen Zeitung« die Abschaffung von Bagatellsteuern oder von der Zweitwohnsitzsteuer gefordert und in Thüringen unterstütze der Landesverband die

Opposition mit einer Pressemitteilung darüber, man solle doch die Grundsteuer senken oder teilweise abschaffen. Steht solcherart Politzirkus wirklich einem Verein zu?

Das Maß scheint nun voll, denn jetzt hat sich, wie tagesschau meldete, CAMPACT bei Finanzämtern über sechs Landesverbände des BdSt beschwert. Der Lobbyverband ist nach Ansicht der Aktivisten zu Unrecht gemeinnützig, weil er sich stark politisch engagiere. Gemeinnützig sind Tätigkeiten, die der Allgemeinheit dienen und nicht die Bedienung einzelner Klientel zum Ziel haben.

Konstantin Macher vom Verein DIGITALCOURAGE E.V. argumentiert hierzu im FEDIVERSE: »Starker Move von @campact, der eine Problematik sehr nachvollziehbar aufzeigt: Wer zwischen politischen und vermeintlich unpolitischen Akteur*innen [sic!] differenziert, macht damit eigentlich folgendes: Progressive Politik, die im Sinne der Allgemeinheit Probleme anpacken will, delegitimieren und stattdessen Politik als 'neutral' darstellen, welche sich für einen Erhalt bestehender Machtverhältnisse und Ungleichheiten einsetzt (egal, ob das jeweils aus böser Absicht erfolgt oder weil die eigenen Privilegien einfach als 'normal' wahrgenommen werden). Das ist ein strukturelles Problem, welches sich hier im Streit um Gemeinnützigkeit äußert und sich auch immer wieder in Debatten z.B. um Wissenschaft und Klimapolitik, Feminismus etc. findet.« (@konstantin@digitalcourage.social)

Chatkontrolle:

Eine Katastrophe für die Demokratie

In den letzten Wochen komme ich mir immer häufiger vor, als wäre ich in einem Polit-Thriller gelandet. Da gibt es zwielichtige Lobbyisten, die für eine vorgebliche »Kinderschutzorganisation« arbeiten. Die Organisation entpuppt sich dann aber als Tech-Unternehmen, das finanzielle Interessen an der Chatkontrolle hat und Überwachungssoftware verkaufen will. Da gibt es eine EU-Kommissarin, die sich für diese Interessen hat einspannen lassen - und nun auf Biegen und Brechen ein Gesetz durchbringen will, auch mit unlauteren Mitteln. Sie startet eine Kampagne in den sozialen Netzwerken, bei der sie irreführende Informationen verbreitet und für ihre manipulative Werbung gezielt Menschen mit bestimmten politischen und religiösen Überzeugungen ins Visier nimmt. Die besondere Ironie: Gegen beides hat die EU erst vor kurzem strenge Regeln erlassen.

Die Kommissarin heißt YLVA JOHANSSON, und das zweifelhafte Gesetz, das sie durchdrücken

will, ist einer der derzeit größten Angriffe auf unsere Freiheitsrechte: die Chatkontrolle. Wenn der Entwurf wie von der Kommissarin vorgesehen umgesetzt wird, dann würde das bedeuten: Jede Textnachricht und jede Fotografie, die du über Signal- oder WhatsApp versenden willst, wird noch vor dem Abschicken auf verdächtige Inhalte durchsucht - und im Zweifelsfall an eine Sicherheitsbehörde zur Überprüfung ausgeleitet. Was genau als verdächtig gilt, das könnte im schlimmsten Fall ständig angepaßt werden. Europol und rechte Politiker haben bereits ihre eigenen Ideen dazu.

Die Chatkontrolle wäre eine Katastrophe für unsere Demokratie. Deshalb stemmen wir uns mit ganzer Kraft dagegen. Und der Protest wirkt. Unter den EU-Mitgliedsstaaten gibt es aktuell keine Mehrheit für die Chatkontrolle. Aber wir haben noch nicht gewonnen: Denn die angesetzte Abstimmung wurde erstmal nur vertagt, ist aber noch nicht vom Tisch.

KONSTANTIN MACHER von Digitalcourage

Zum Wald zwischen Oderberg und Hohensaaten:

Bedenken statt Euphorie



Am 23. November fand in der Konzerthalle Bad Freienwalde ein vom Haus der Naturpflege organisiertes Fachgespräch zum Energie- und Gewerbepark Hohensaaten statt (siehe BBP Sommer/2023). Neben zwei Fachvorträgen hielt Prof. Dr. MICHAEL SUCCOW (Foto) einen Gastvortrag. Anschließend konnten die Besucher Fragen stellen.

Vielen Menschen liegt der Hohensaatener Wald am Herzen und es herrscht Skepsis gegenüber den Plänen der Lindhorst-Gruppe. Die Konzerthalle war bis auf den letzten Platz besetzt. Das lag sicher auch an dem prominenten Redner, der in seinem Beitrag den Widersinn der geplanten Waldzerstörung fachlich eingeordnet hat und das Fazit zog: *»Für mich bedeutet der Erhalt der Funktionstüchtigkeit der uns tragenden Ökosysteme die bedeutendste Sozialleistung für unsere Zukunft!«*

Die Veranstaltung wurde von SUSANNE ALT-VATER moderiert. Neben ANKE JENSSEN aus Hohensaaten sprachen Dr. HARTMUT KRETSCHMER vom NABU Brandenburg und BIJAN FATEMI von der Bürgerinitiative.

SUSANNE JENSSEN gab eine Einführung in das Thema und zeigte einen kurzen Filmausschnitt zum Naturschutz im Oderbruch in den 1980er Jahren, in dem auch Michael Succow zu sehen war.

Dr. KRETSCHMER berichtete von seinem Eindruck des Hohensaatener Waldes, den er im Oktober besichtigen konnte und unterstrich, wie wertvoll er als Biotop aus seiner Sicht ist.

Im Beitrag der Bürgerinitiative ging es um den Status des Waldes als Konversionsfläche. Eine Einstufung des gesamten knapp 700 Hektar großen Areals als eine solche ist nicht angemessen. Auch gibt es für den Investor keine Altlasten zu sanieren und das Gelände ist bedeutend weniger versiegelt, als der Investor es behauptet.

Auf dem Podium stellten sich anschließend neben Professor SUCCOW auch Bürgermeister RALF LEHMANN, MELANIE ULMER von der Forstbehörde sowie BIJAN FATEMI von der Bürgerinitiative den Fragen des Publikums. Erwähnenswert ist die Aussage von Bürgermeister Leh-

mann, daß derzeit geprüft wird, ob die Änderungen, die den Hohensaatener Wald betreffen, aus der Fortschreibung des Flächennutzungsplans herausgenommen werden und zu einem späteren Zeitpunkt gesondert bearbeitet werden sollen.

Lehmans Einschätzung zum Vorhaben: *»Und das heißt, daß die große Euphorie vom Anfang ein wenig gewichen ist. Aber auch unter den Stadtverordneten, wir haben es ja schon gelesen und gehört. Und ich glaube, daß wir gut beraten sind, das ganz in Ruhe abzuwägen, ohne Ihnen jetzt schon sagen zu wollen, wie wir als Verwaltung den Abwägungsvorschlag gestalten werden. Ich habe jetzt mehr Bedenken, als die Euphorie auch bei mir am Anfang gewesen ist. Das darf ich an der Stelle sagen, ganz offentlich.«*

Neben etlichen anderen Gästen meldete sich auch DETLEF MALCHOW, Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender der WV19/FDP/Inselgemeinden, zu Wort und positionierte sich klar für den Wald: *»Ich bin im Lichte der Erkenntnisse, die wir haben, der Meinung, daß wir den Wald erhalten sollten. Und ich werde mich auf alle Fälle dafür aussprechen, daß dort kein Energiepark hinkommt. Und ich glaube, wir können damit auch eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung erhalten.«*

Zukunft als Wildnisgebiet?

Mehrfach wurde geäußert, daß der Hohensaatener Wald für die Ausweisung als Wildnisgebiet prädestiniert sei. Durch die jahrzehntelange Umzäunung hat er sich quasi ungestört entwickeln können und habe bereits Wildnischarakter. DETLEF MALCHOW dazu:

»Wir müssen jetzt auch das Gebiet nicht zerstören in Hohensaaten. Wir haben ja gesehen, wie der Umweltfachbericht ist. Da gibt es eine

wunderbare Vielfalt von Vögeln und anderen Tieren, die festgestellt wurden, von Baumfalken bis hin zum Schwarzstorch und Seeadler. Sie haben es ja gesehen, besser kann ein Wald gar nicht bewohnt werden von vielen Arten. Insofern ist er sehr schützenswürdig. [...] Ich bin sogar dafür, daß wir es ganz einfach machen. Am besten wäre, wenn der Zaun da drum bleibt und dieses Biotop erhalten wird.

Und Herr Lindhorst, mit dem ich persönlich gesprochen habe, der meinte, würden sich unserer Vorstellungen durchsetzen, dann sei er pleite. Dem würde ich nur persönlich empfehlen, er kann seine Seele noch vor dem Fegefeuer retten, wenn er dort einfach das wunderbare Biotop sich selbst überläßt. So könnte er tatsächlich auch mal zeigen, daß er wirklich ein Herz hat für den Naturschutz.«

Energiewende auf geeigneten Flächen

Bürgermeister Lehmann argumentierte, daß die Stadt Bad Freienwalde auch einen Beitrag zur Energiewende leisten müsse und dafür der *»Industriekomplex«* Wald als Holzlieferant nicht ausgenommen sein dürfe. Dem widersprach MELANIE ULMER aus forstlicher Sicht. BJÖRN ELLNER vom NABU Brandenburg führte aus: *»Aber es macht überhaupt gar keinen Sinn, eine Photovoltaikanlage mit der Begründung, Energiewende oder Klimaschutz in den Wald zu stellen. Wald gehört neben den Mooren zu den einzigen Ökosystemen, die wir haben, die Kohlendioxid aus der Atmosphäre holen können und binden können und damit einen ganz wertvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wenn wir erneuerbare Energie erzeugen wollen, dann dürfen wir keine Waldflächen dafür roden, sondern die Anlagen müssen außerhalb des Waldes und Photovoltaik auf die Dächer.«*

Dr. MARTIN JENSSEN regte an, die derzeit für die Produktion von Energiepflanzen landwirtschaftlich genutzten Flächen für die Erzeugung von Solarstrom zu nutzen: *»Jetzt müssen wir aber wissen, [...] daß wir knapp 16 Prozent unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche derzeit für Energieproduktion nutzen. Das ist der Mais, [...] das ist aber auch Raps. Biodiesel mit einer extrem schlechten Effizienz, denn im Grunde genommen haben wir eine 20 bis 40-fache höhere Energieeffizienz für Solar, deswegen ist Solar erstmal per se eine bessere Sache als zum Beispiel diese Biodieselnutzung. Also wenn wir wirklich einen geringen Prozentsatz der jetzt für diese unsägliche Bioenergieproduktion genutzten Ackerfläche für Solar nutzen, [...] dann sind wir raus aus der Nummer. Wir müssen keinen Wald roden.«*

Insgesamt waren viele Gäste am Ende des Abends zuversichtlich und bestärkt darin, daß der Hohensaatener Wald aufgrund der reichen Artenvorkommen und der großen ökologischen und klimatischen Bedeutung erhalten werden kann.

PRO-WALD-HOHENSAATEN.DE
(siehe auch Seite 28) | 3

Aufpflasterungen

Eberswalde (bbp). Im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) wurde eine Vorplanung zum Ausbau der Saarstraße in Ostende vorgelegt. Dementsprechend sei vorgesehen, hieß es in einer Anfrage des Stadtverordneten Frank Banaskiewicz (FDP|Bürgerfraktion Barnim) zur Ausschußsitzung am 5. Dezember, Aufpflasterungen in den Kreuzungsbereichen zu errichten. »Aufgrund der Erfahrungen zum Ausbau der Max-Lull-Straße haben wir festgestellt, daß diese Maßnahmen sehr arbeitsintensiv und daher auch kostenaufwendig sind. Da die Planungen auch die Einrichtung der Obuslinie einschließen, sehe ich die Aufpflasterungen als kontraproduktiv.«

Der Stadtverordnete fragte daher, ob die Maßnahmen mit der Barnimer Busgesellschaft abgestimmt und ob andere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung geprüft wurden. Schließlich interessierte Banaskiewicz, wie hoch der finanzielle Aufwand zur Herstellung der Aufpflasterungen ist.

Die Antworten der Verwaltung lagen zum Redaktionsschluß der aktuellen BBP-Ausgabe der Redaktion noch nicht vor.

»Aller.Land«

Britz (bbp). Das Amt Britz-Chorin-Oderberg erhält 2024 eine Förderung von 40.000 Euro aus dem Bundesprogramm »Aller.Land«. Das Geld dient dafür, in der Entwicklungsphase tragfähige Konzepte für beteiligungsorientierte Kulturvorhaben zu entwickeln.

Das Programm soll »mit kulturellen, künstlerischen und kreativen Vorhaben das Zusammenleben in ländlichen Räumen fördern und durch Bürgerbeteiligung die Demokratie vor Ort stärken. Dazu gehören unter anderem Kulturnetzwerke, regionenübergreifende Festivals, Bürgerräte für Kultur, regionale Kulturkonferenzen oder Kulturbüros.«

Das Förderprogramm für Kultur, Beteiligung und Demokratie richtet sich an ländliche, insbesondere strukturschwache Regionen in der gesamten BRD. Neben dem langen Förderzeitraum von 2023 bis 2030 zeichnet es sich durch die Kombination einer eigenen Idee in jeder Region, einer umfassenden Zusammenarbeit und Netzwerkbildung zwischen Kommunen, Ländern und dem Bund sowie einem ressortübergreifenden Ansatz für Kultur, ländliche Entwicklung und Demokratietarbeit aus. Der Bund stellt dafür von 2023 bis 2030 insgesamt 69,4 Millionen Euro aus dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULE-plus) sowie aus Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung (bbp) zur Verfügung.

Weitere Informationen gibt es online unter www.allerland-programm.de.

Von der Stadtverordnetenversammlung am 21. November:

Eberswalde spielt Weihnachtsmann

Anne Fellner, Erste Beigeordnete und Baudezernentin, verbreitete zu Anfang der Sitzung ein paar positive Nachrichten, aber dazu kommen wir am Ende dieses Beitrags. Bürgermeister Herrmann teilte mit, im Gymnasium Finow am 27. November mit den Finower Bürgern ins Gespräch zu den aktuellen Problemen der Nahversorgung kommen zu wollen. Von irgendeiner Lösung war noch nicht die Rede. Es bleibt also spannend.

Die erste Beschlußvorlage behandelte die zweijährig vorzunehmende Anpassung der Friedhofsgebühren, die, wie Frau Fellner mitteilte, nur zu 70 Prozent der tatsächlichen Kosten betragen. Es gab einen Änderungsantrag von Herrn Walter (Linke), der für bestimmte Arten von Gräbern die Kosten erlassen sollte, aber die Mehrheit der Stadtverordneten entschied sich dagegen. Frau Fellner führte auch aus, es wäre unethisch, die Trauer um einen Menschen zu gewichten. Es ist immer eine enorme Belastung, sei es nun der Tod eines Kindes, eines Menschen in den besten Jahren oder einer an Jahren reichen Person. Das wisse sie auch aus ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit im Hospiz. Die neuen Gebühren ab 2024 wurden beschlossen.

Zum Investitionsvorhaben Holzmodul-Mustersiedlung in der Osterweiterung des Brandenburgischen Viertels, dem noch der passende Name fehlt, gab es kaum Diskussion. Frau Fellner versprach, auf Hinweis von Frau Kersten (Linke), daß der vorhandene Spielplatz an anderer Stelle genauso schön wieder aufgebaut werde und auch für den gewachsenen Wald, der nicht komplett wegfallen soll es Ausgleichsmaßnahmen geben. Der Stadtverordnete Zinn glaubte nicht an die Umsetzung dieses Vorhabens und stimmte mit Nein. Auch dies wurde beschlossen.

Ebenso beschlossen wurde die Sanierung eines Teilstücks der Fritz-Weineck-Straße sowie der Gerichtsstraße, wobei bei letzterer natürlich abgewartet werde, bis die Ossietzkystraße fertiggestellt sei. Es müßten umfangreich Leitungen verlegt werden, das sei so bei alten Straßen, und dann könnten auch an der Ecke Pfeilstraße Bäume gepflanzt werden, wie von Frau Oehler (Grüne) angeregt. Lediglich Herr Banaskiewicz (Bürgerfraktion/FDP) erklärte seine Ablehnung zur »Aufpflasterung« von Kreuzungsbereichen und kündigte an, zukünftig nur noch mit Nein zu stimmen.

Der Neubau des Forstarbeiterstützpunktes am Schwappachweg wurde einstimmig befürwortet, sogar Herr Zinn lobte, daß endlich mal etwas »für die Arbeiterklasse« getan werde.

In den abschließenden Diskussionen herrschte zuerst Unklarheit, wie von Professor Creutziger (Grüne) vorgetragen, ob die Januar-Ausschüsse stattfinden, aber, wie sich herauskristallisierte, sind die notwendig, um so schnell wie möglich aus der vorläufigen Haushaltsführung herauszukommen und den Haushalt 2024/25 zu diskutieren und zu beschließen. Herr Jede (Bündnis Eberswalde) aus Finow fragte an, warum man nicht am Abend der Sitzung den Livestream noch einmal nachverfolgen könne. Wie der Bürgermeister und sein (im Livestream stumm geschalteter) Büroleiter erklärten, werde der Livestream, den man in der Tat exakt »live« verfolgen könne, erst am nächsten Tag durch Mitarbeiter aufbereitet, um die einzelnen Tagungspunkte direkt anwählen zu können. Das passiere am Vormittag des folgenden Tages peu à peu.

Frau Oehler fragte an, ob der Bürgermeister Auskunft zu den Montagsdemonstrationen auf dem Marktplatz geben könne, die nach ihrer Meinung oder wie sie gehört habe, langsam ins Antisemitische abdriften und nicht nur gegen die Coronapolitik gerichtet sind. Herr Herrmann antwortete darauf, der Marktplatz sei frei für Veranstaltungen jeder Art und rief die Einwohner auf, doch selbst ein Familienfest oder ähnliches anzumelden. Dann wäre der Platz belegt. Im Übrigen seien massiv Polizeikräfte vor Ort, weit mehr als die Teilnehmerzahl, und würden das Geschehen verfolgen, aus strafrechtlich relevanter Sicht. Er wünsche sich aber, daß »die Kollegen etwas Besseres zu tun hätten«, als diese Demos abzusichern.

Nun kommen wir zu Frau Fellers »Topnachrichten«: 1. Das Fahrradparkhaus am Bahnhof habe einen Architekturpreis bekommen, der die innovative Holzkonstruktion lobte. 2. Ebenfalls am Bahnhof gelegen, habe der Park&Ride-Platz einen Nachhaltigkeitspreis erhalten, wobei insbesondere das problemlose und barrierefreie Umsteigen hervorgehoben wurde. (Nebenbemerkung: Wenn denn die Fahrstühle nicht defekt sind.) und 3. In diesem Jahr kommt der Weihnachtsbaum vor dem Kanzleramt aus dem Stadtforst Eberswalde, da »wir« auserwählt worden sind, zu diesem Weihnachtsfest der Bundesregierung einen Baum »spenden« zu dürfen. Darauf können wir stolz sein, so Anne Fellner. Nur, so fragt sich der Zeitgenosse, hat das diese Bundesregierung überhaupt verdient?!

J.G.

siehe auch eberswalder-ansichten.de/blog

Rentensprechstunde

Eberswalde, Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 10.1.2024, 10-12 Uhr.
Bernau, Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 17.1.2024, 10-15 Uhr.
Nur mit Anmeldung unter 03338/8463.

Haushaltsdiskussion in Eberswalde:

Mehr Geld in der Kasse als geplant

Am 4. Dezember traf sich der städtische Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen. Als wichtigstes Thema stand die erste Lesung des Eberswalder Doppelhaushaltes 2024/2025 auf der Tagesordnung.

»Wenn wir uns den Mittelabfluß anschauen«, erläuterte der Finanzdezernent MAIK BEHRENDT, »dann sehen wir 2024 einen Abfluß von 10 Millionen und 2025 nochmal von 6 Millionen Euro. Das ist dann auch in der Liquiditätsentwicklung spürbar.« Es verbleibe demnach eine »sechsstellige Liquidität in den Jahren 2027 und 2028« – was nach dem verkündeten Finanzloch von 91 Millionen Euro per 2028, mit dem die im Mai des Jahres von ihm verhängte Haushaltssperre begründet wurde, natürlich zweifelsfrei als Wahnsinnsfolge der zwischenzeitlichen Aktivitäten des Finanzdezernenten erscheinen mußte.

In dem daraufhin gezeigten Schaubild wurde diese Liquiditätsentwicklung übersichtlich dargestellt. Vor allem fiel auf, daß laut aktueller Planung der Anfang 2023 verfügbare Finanzmittelbestand von 57,1 Millionen Euro bis Ende des Jahres auf 21,1 Millionen Euro zurückgehen werde. Mithin ein Mittelabfluß von 36 Millionen Euro allein im Jahr 2023.

Die Frage nach dem aktuellen Kassen- und Bankbestand einen Monat vor dem Ende des

Jahres 2023 brachte den Dezernenten dann sichtlich aus dem Konzept und seine wortreichen Ausführungen gingen an der Frage völlig vorbei. Es bedurfte der Hilfestellung durch den Ausschußvorsitzenden VOLKER PASSOKE und der aktiven Mitarbeit der Kämmerin SANDRA RASCH, die nach einigen Recherchen schließlich informieren konnte, daß der aktuelle Kassen- und Bankbestand – also am Abend des 4. Dezembers – mit 56 Millionen Euro zu beziffern sei. Also fast soviel, wie am Jahresanfang. Auf die Frage, inwieweit die rund 35 Millionen Euro wie ursprünglich geplant noch in diesem Jahr ausgegeben werden können, mußte der Dezernent schließlich einräumen, daß dies sicherlich nicht geschehen werde.

Ob das tatsächlich nur an den noch nicht eingegangenen Rechnungen für bereits erbrachte Leistungen liegt, worauf der Dezernent hinwies, darf wohl bezweifelt werden.

Während die Finanzverwaltung der Stadt über eine taggenaue Übersicht zu allen Haushalts- und Finanzvorgängen verfügt, sollen

die Stadtverordneten über Haushaltspläne entscheiden, die auf der Grundlage von Jahresabschlüssen beruhen, die mindestens zwei oder drei Jahre zurückliegen und die aktuelle Dynamik in keiner Weise widerspiegeln. Den Stadtverordneten wird ein vorprogrammierter Blindflug zugemutet. Damit erschließt sich die Verwaltung ein enormes Potential für eine kreative Selbstverwirklichung. Eigentlich ist das die ureigenste Aufgabe der Stadtverordneten, die diese allerdings mangels Information nicht oder nur sehr eingeschränkt erfüllen können.

Die regelmäßig vorgebrachten Fragen nach den sogenannten Haushaltsübertragungen – also Maßnahmen vor allem im investiven Bereich, die beschlossen, aber noch nicht realisiert wurden – spiegeln den zunehmenden Unmut in der Stadtverordnetenschaft mit dieser Verfahrensweise wider. Mittlerweile summieren sich diese Haushaltsübertragungen etwa auf ein Drittel des städtischen Jahreshaushaltes. Hier entsteht eine Art Schattenhaushalt im Umfang von mehr als 30 Millionen Euro, über den die Stadtverwaltung weitgehend ohne Einflußnahme und Kontrolle der Stadtverordneten verfügen kann, denn es handelt sich ja um Geld, das irgendwann schon einmal von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt wurde.

GERD MARKMANN

Bauhof ist winterbereit

Eberswalde (prest-ew). Auch wenn sich der Eberswalder Winter in den letzten Jahren weitestgehend mild und eisfrei zeigte, der Bauhof der Stadt Eberswalde ist wieder pünktlich für alle Eventualitäten gerüstet. Insgesamt 245 Tonnen Streusalz, 51 Tonnen Salz für Soleanlagen und 225 Tonnen Streusand warten am Wurzelberg auf ihren Einsatz. Ein Teil davon wurde in der ersten »Kaltzeit« des Winters Ende November/Anfang Dezember bereits verbraucht.

»Mit unseren Ressourcen und unseren modernen Einsatzfahrzeugen sind wir für einen etwaigen Wintereinbruch bestens vorbereitet«, so KATRIN HEIDENFELDER, Leiterin des Bauhofs.

Für die Ausbringung im Stadtgebiet stehen vier Räum- und Streufahrzeuge, ein Radlader, drei Traktoren mit Schneepflug oder Schneebesen und Streuer sowie eine kleine Kehrmaschine, neun Transporter und weitere Fahrzeuge und Reserven aus dem Fuhrpark des Bauhofs zur Verfügung. Diese können jederzeit ausrücken, um bei Schnee und Eis die Straßen und Gehwege in Eberswalde verkehrssicher zu machen. Auch Kipper für den manuellen Winterdienst gehören dazu.

Ganze 51 Einsatzkräfte trotzen im Schichtdienst Kälte, Dunkelheit und wenn nötig, Glätte und Frost. Die Frühschicht ist werktags von 3.15 Uhr bis 11.45 Uhr im Dienst, die Spätschicht von 11.30 Uhr bis 20 Uhr. Für die Wochenenden und Feiertage gibt es eine Rufbereitschaft nach Anforderungen und Bedarf innerhalb des Teams. Der städtische Bauhof ist insgesamt für 110 Kilometer Straße, diverse

Geh- und Radwege (nach der Straßenreinigungssatzung), zahlreiche Treppen, Brücken sowie 151 Bushaltestellen zuständig. Im Stadtgebiet übernimmt der Bauhof im Winterdienst auch die Verantwortung für Bundes- und Landesstraßen, der Landesbetrieb Straßenwesen kümmert sich wiederum um die Beräumung der dörflichen Ortsteile.

Der Winterdienst betrifft im Stadtgebiet jedoch nicht nur den Bauhof, sondern auch die Eigentümer. Die Straßenreinigungssatzung definiert genau, wer im Winter welche Pflichten hat. »Die Satzung ist für alle Grundstückseigentümer wichtig. Sie enthält alle notwendigen Informationen zur Straßenreinigung und zum Winterdienst, dazu gibt es immer mal wieder Nachfragen«, berichtet die Bauhofleiterin.

Die Straßen im Stadtgebiet sind in vier Reinigungszonen unterteilt. Darin haben die Anlieger den Winterdienst auf Geh- und Radwegen durchzuführen. Lediglich in den Straßen der Reinigungszonen II und IV sind auch die Fahrbahnen vom Anlieger mit zu räumen und zu streuen. Gefallener Schnee und entstandene



FOTO: FLORIAN HEILMANN

Ein Räumfahrzeug des Bauhofs im Winter 2021 im Einsatz auf dem Gehweg entlang der Breiten Straße in Höhe des Eberswalder Marktplatzes.

ne Glätte sind nach Beendigung des Schneefalls beziehungsweise nach Entstehung der Glätte an Werktagen in der Zeit von 7 Uhr bis 20 Uhr zu beseitigen und an Sonn- und Feiertagen von 9 Uhr bis 20 Uhr. Als Streumaterial sind abstumpfende Mittel wie Sand, Kies oder Splitt zu verwenden.

Ausführlichere Informationen zum Winterdienst können auf der Homepage der Stadt Eberswalde unter der Rubrik »Rathaus und Ortsrecht - Straßenreinigungssatzung« nachgelesen werden. »Mit gegenseitiger Rücksichtnahme im Straßenverkehr und unter Beachtung der Räum- und Streupflichten werden wir auch die Wintersaison 2023/2024 gut meistern«, so Katrin Heidenfelder.

Die letzte Sitzung der Stadtverordneten in diesem Jahr fand wie gewohnt in der Stadthalle des Familiengartens statt, an der anfänglich ein Drittel der Volksvertreter nicht anwesend war. Sechs waren online zugeschaltet und der Rest erschien verspätet. Herr Trieloff von FDP/Bürgerfraktion wies später darauf hin, daß die Teilnahme grundsätzlich vor Ort stattfinden sollte und die Hybridteilnahme wirklich nur der Ausnahmefall sein soll. Aber man muß als Beobachter auch anerkennen, daß sich die Stadtverordneten Monat für Monat diesem Spektakel stellen, auch in Onlineteilnahme, was meistens gesundheitliche Gründe hat, und teils erhebliche Beschlußvorlagen zu qualifizieren haben, oft in kontroverser Diskussion. Dafür großen Respekt!

Wenn man schon den »Arbeitern im Maschinenraum« offiziell danken sollte, wie Herr Zinn vom Bündnis Eberswalde/Einzelstadtverordnetenversammlung in Bezug auf die IT-Abteilung des Rathauses vorschlug, so sollte man an dieser Stelle auch den Sitzungsdienst erwähnen und die Kollegen vom Livestream, ohne die diese Veranstaltung so nicht möglich wäre, die immerhin das große Highlight der Eberswalder Kommunalpolitik ist. Auch wäre ohne den Vorsitzenden Martin Hoeck, der die Moderation übernimmt, der zügige und ordnungsgemäße Ablauf der Debatte schwer vorstellbar. Dabei muß er auch schon mal einen Einwohner bitten, sich zu setzen, weil dieser eine wiederholte Replik auf die Ausführungen der Baudezernentin vortragen wollte. Es ging um dessen Hinweis auf jahrelanges Warten auf einen Fußgängerweg in der Sommerfelder Straße. Frau Fellner konnte dazu nichts versprechen, das würde im RUNDEN TISCH RAD-UND FUSSWEGE geklärt. Außerdem seien die Mittel begrenzt und man müsse Prioritäten setzen. Nichtsdestotrotz seien schon viele dringend zu sanierende Wege umgesetzt worden.

Zu danken wäre auch Herrn Wolgramm von DIE PARTEI Alternative für Umwelt und Natur für seinen Vorschlag, auch in Eberswalde 1 und 2, Brandenburgisches Viertel und Finow zukünftig Ortsbeiräte im Zuge der Kommunalwahl einzurichten, was hieße, »mehr Demokratie zu wagen«. Aber die Mehrheit der Volksvertreter lehnte dies ab. Dabei ist Frau Oehler von den Grünen zu danken für den Hinweis, daß sie noch heute zu Problemen in Stadtmitte als »Ortsvorsteherin« angesprochen werde, was sich allerdings nicht in der Wahlbeteiligung niederschläge. Mit der Einrichtung von Ortsbeiräten werde, so Herr Wolgramm, das Problem der Nichterreichung des Quorums bei einer Stichwahl vermieden. Seit 2014 sind nämlich obige Ortsteile deshalb »Ortsteile ohne Ortsteilvertretung«.

Wenn wir schon beim Danken sind, dürfen wir den Bürgermeister nicht vergessen. Herr Herrmann müht sich redlich, seine Arbeitge-

Von der Stadtverordnetenversammlung am 12. Dezember: **Glückwünsche aller Art**



FOTO: MARKUS MIRSCHER

Während der Bundeskanzler einen Weihnachtsbaum aus dem Eberswalder Stadtforst geschenkt bekam, erhielt die Stadt Eberswalde für ihren Weihnachtsmarkt vor dem Rathaus einen solchen Baum von einem ihrer Bürger geschenkt. Die Familie Stüber aus Ostend sponserte eine 13 Meter hohe und 1,8 Tonnen schwere Blaufichte. Vor 25 Jahren hatten sie das inzwischen zu einem imposanten Baum herangewachsene Nadelgehölz in ihrem Vorgarten gepflanzt. Der Weihnachtsbaum soll mindestens bis zum 6. Januar 2024 als Symbol der Weihnachtszeit auf dem Marktplatz bleiben.

ben erstrahlen zu lassen und präsentiert auswärtige Beurteilungen über den »hervorragenden Weihnachtsmarkt« der Stadt, während die lokale Tageszeitung zu dem Thema einen ziemlichen Verriß brachte. Der Verfasser dieses Berichtes fand den Topf Grünkohl sehr lecker und auch die Moderation auf der großen Bühne lockte viele Erwachsene und Kinder an, nur das »Kunsthandwerk«, das Herr Herrmann lobte, erwies sich bei genauerer Betrachtung als eine Sammlung von Äxten und Beilen, um die herum ein paar tönernen Wichtel gestellt wurden. Frohes Fest kann man da nur sagen!

Dank muß man auch Herrn Behrendt in seiner Eigenschaft als Kämmerer sagen, der verantwortlich ist für die Aufstellung des neuen Haushalts 2024/2025, der in dieser Sitzung und in den Ausschüssen die 1. Lesung ohne Beschlußfassung passierte. Frau Oehler schlug eine Anpassung des Betrages für die Freiwilligenagentur vor, da sich der kostenmäßige Aufwand für die Arbeit erhöht habe. Und Herr Trieloff kündigte an, die Beibehaltung des Livestreams im Januar zu beantragen, alles andere wäre nicht mehr zeitgemäß. Dazu will die Fraktion Aufwandsvorschläge machen. An dieser Stelle können wir leider nicht Herrn Walter von den Linken danken, denn er war nicht anwesend. Nicht zu vernehmen waren auch Frau Lösche von den Bürgern für Eberswalde und auch nicht Frau Blum (FDP), die sonst sehr rege an den Debatten teilnehmen. Dank sagen kann man allerdings Herrn Banaskiewicz (Bürgerfraktion) sowie Herrn Ortel und Herrn Jur von der CDU, die um etliche

Klarstellungen bemüht waren. Multifunktionsdezernenten Herrn Schlüter sei auch gedankt für die Berichte zu den reduzierten Öffnungszeiten einiger Kitas sowie zu der Zusage, Herrn Weingardt von der AfD noch das Protokoll zur Begehung des Kulturbahnhofs Finow zu übersenden, bei der einige Mängel festgestellt wurden.

Herrn Jede vom Bündnis Eberswalde sei auch gedankt für den Hinweis auf die Straßenschäden auf der Eberswalder Straße, wo er ein Tempolimit vorschlug, sowie Herrn Stegemann (Bürger für Eberswalde) für den Hinweis auf die Einmündung Alfred-Dengler in die Rudolf-Breitscheid-Straße als möglichem Unfallschwerpunkt zum täglichen Schulbeginn an den Oberbarnimschulen, die gleich in der Nähe sind. Frau Fellner, der natürlich auch Dank gesagt sei, versprach, sich um die Probleme zu kümmern. Nicht zu vergessen sei auch Herr Dietterle, Fraktionskollege von Herrn Wolgramm, der sich unermüdlich, sei es auch online von der Clara-Zetkin-Siedlung aus, für die Belange der Bewohner einsetzt und sogar in der Lage ist, sein eigenes früheres Abstimmungsverhalten zur Aufpflasterung von Straßen, wie es jetzt in der frisch sanierten Max-Lull-Straße in Ostende durch die Einwohner verhindert wurde, infrage zu stellen.

Haben wir noch jemanden vergessen? Der hat für den nächsten Bericht einen Wunsch frei. Der Vorsitzende dankte jedenfalls den Teilnehmern, wünschte allen Einwohnern ein schönes Weihnachtsfest und schloß den öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung, der letzten des Jahres 2023. J.G.

Rudimentärer Stellenplan

Rechtssicherheit des Haushalts 2024/25 gefährdet

Die Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR hat vorgeschlagen, in den vier ortsvertretungslosen Ortsteilen der Stadt Eberswalde (Finow, Brandenburgisches Viertel, Eberswalde 1 und 2) künftig Ortsbeiräte einzurichten. Das würde natürlich zusätzliche Kosten für den Stadthaushalt bedeuten. Daher suchte die Fraktion nach Möglichkeiten einer Gegenfinanzierung und fand nach dem Studium des vorliegenden Haushaltsplans auch eine Möglichkeit. Im September hatte einer der vier Dezernenten die Stadtverwaltung verlassen und der Bürgermeister hatte vorgeschlagen, es dabei zu belassen und die Stelle nicht neu auszuschreiben. Die Einsparungen durch Verzicht auf den vierten Dezernenten wurden auf etwa 200.000 Euro pro Jahr geschätzt als Summe der Personalkosten für den Dezernenten und die zugehörige Sekretärin sowie diverse Sachkosten.

Leider mußte die Fraktion überrascht feststellen, daß eine Prüfung dieser Möglichkeit anhand des Stellenplans, der Bestandteil des aktuellen Haushaltsplanentwurfs ist, nicht möglich war. Denn der wichtigste Teil des Stellenplans, die detaillierte Stellengliederung, fehlt. Verblieben sind nur noch Übersichten, einschließlich einer Übersicht über Stellenveränderungen nach Ämtern. Somit kann nicht mehr nachvollzogen werden, welche Stellen tatsächlich im Stellenplan enthalten sind. Allerdings gibt es eine zusammenfas-

sende Übersicht, in der für das neue Haushaltsjahr gegenüber dem Vorjahr unverändert drei Stellen mit der Gehaltsgruppe 15a vorgeesehen sind. Bis 2023 waren das die drei Dezernentenstellen neben der Beigeordneten. Die Fraktion ging also davon aus, daß eine Streichung einer der 15a-Stellen im Stellenplan die notwendigen Mittel für die Ortsstellvertretungen – und weit mehr – bereitstellen würden.

Die Mitteilung des Finanzdezernenten MAIK BERENDT zur StVV-Sitzung am 12. Dezember, daß diese eingesparte Dezernentenstelle bereits in der neuen Haushaltsplanung berücksichtigt sei, kam insofern völlig überraschend. Zumal dies der zusammenfassenden Übersicht widerspricht, nach der es die dritte 15a-Stelle auch 2024 gibt, während die detaillierte Stellengliederung nicht vorliegt. Aus der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung des Landes Brandenburg geht hervor, daß der Stellenplan »für jeden nicht nur vorübergehend beschäftigten Arbeitnehmer eine Stelle und für jeden Beamten eine Planstelle im Haushaltsjahr auszuweisen« hat. Mit dem bislang vorgelegten rudimentären Stellenplan wird diese gesetzliche Forderung nicht erfüllt.

Auf die Forderung, den Stadtverordneten und der Öffentlichkeit den vollständigen Stellenplan vorzulegen, hat der Dezernent bislang nicht reagiert.

GERD MARKMANN

Ortsbeiräte und Flächennutzungsplan

Wie angekündigt, hatten wir der StVV vorgeschlagen, in allen Ortsteilen wieder Ortsstellvertretungen in Form von Ortsbeiräten einzurichten. Leider gingen die anderen Fraktionen nicht auf unseren Vorschlag ein, der somit mehrheitlich abgelehnt wurde.

Im Dezember stand auch eine Änderung des Flächennutzungsplans auf der Tagesordnung. Zwei der drei Änderungen beruhen auf Bebauungsplänen, deren Aufstellung die StVV bereits zugestimmt hat.

Die dritte Änderung bezieht sich auf die »Entwicklungsstrategie Wohnbauflächen«, die im November mehrheitlich beschlossen wurde. Kontrovers diskutiert wurden da hauptsächlich die »Sommerfelder Höhen«. Die nachträgliche Änderung beim Sportplatz an der Spechthausener Straße blieb so unbeachtet. Im September wurde darüber im Rahmen einer umfangreichen Präsentation im ASWU informiert. Die Vergrößerung der ursprünglich auf den Sportplatz beschränkten Wohnbaufläche wurde zwar erwähnt, war für die Öffentlichkeit aber kaum wahrnehmbar, zu-

mal nicht informiert wurde, daß die zusätzlichen Flächen bislang »zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft« (SPE) dienen sollten.

Diese Umwandlung von Naturschutzflächen in Wohnbauflächen widerspricht nicht zuletzt eklatant den städtischen Beschlüssen zum Klimaschutz. In der Verwaltungsvorlage wird dieser Aspekt nur unzureichend dargestellt. Unsere Fraktion wendet sich gegen diese FNP-Änderung und wird im Falle einer Beschlußfassung rechtliche Möglichkeiten prüfen, um diesen Eingriff in die Natur zu verhindern.

Leider folgten auch hier die übrigen Fraktionen nicht den von uns vorgebrachten Argumenten, sondern folgten den Ausführungen der Baudezernentin, wonach es sich ja erst um den Aufstellungsbeschluß handele und nun alles geprüft werde. Wieso geprüft werden soll, erfolgreich renaturierte Flächen überhaupt in Wohnbauflächen umzuwandeln, wurde nicht diskutiert.

MIRKO WOLFGRAHM

Sportförderung

Die Bernauer Stadtfraktion von BVB/Freie Wähler hat für die Bernauer Haushaltsplanung 2024 zwei Änderungen vorgeschlagen. Zum einen soll der Bolzplatz in Bernau-Süd von der Stadt zunächst sauber und nutzbar hergerichtet und in der Zukunft kontinuierlich gepflegt werden. Zum anderen setzt sich die Fraktion dafür ein, daß die Stadt Bernau auf Mieteinnahmen für die Nutzung der städtischen Sportstätten durch die Vereine in Bernau verzichtet.

Sport und Bewegung dienen nicht nur der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Bürger, sondern gemeinsamer Sport verbindet auch und baut Brücken zwischen allen Menschen. Insbesondere Kinder brauchen täglich viel Bewegung. Die Bernauer Sportvereine stellen somit eine wichtige Säule des gesellschaftlichen Miteinanders dar. Auch Sport- und Bolzplätze bieten die Möglichkeit, daß sich Bürger sportlich betätigen und Kinder gemeinsam spielen können.

Der Bolzplatz in Bernau-Süd befindet sich in einem schlechten, ungepflegten Zustand. Andere Bolzplätze im Stadtgebiet werden von der Stadtverwaltung regelmäßig gepflegt. Beim Bolzplatz in Süd ist dies aktuell noch nicht der Fall. BVB/Freie Wähler Bernau stellt daher den Antrag, den Bolzplatz in Süd in den Haushalt 2024 aufzunehmen. Durch die Aufnahme in den Haushaltsplan kann eine regelmäßige und fachgerechte Pflege des Bolzplatzes gewährleistet werden. Gerade für einen solch großen Stadtteil braucht es einen intakten und zeitgemäßen Bolzplatz.

Diverse Mieträume der Stadt, wie insbesondere Gemeinschaftssäle, werden den Bernauer Vereinen bereits vergünstigt oder gar kostenfrei zur Verfügung gestellt. Bei Sportstätten ist dies jedoch noch nicht der Fall. Für die Nutzung dieser Anlagen müssen die Vereine bislang bezahlen. Dies möchte die Fraktion ändern, die Sportvereine mit der kostenfreien Nutzung von Sportstätten finanziell entlasten und damit der gesellschaftlichen Bedeutung von Sportvereinen Rechnung tragen.

Das Bernauer Vereinsleben ist ein enorm wichtiger Pfeiler unseres gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenlebens in Bernau. Es gilt, die Vereine weiter zu unterstützen und zu fördern, damit sie nicht ihre Mitgliedsbeiträge erhöhen müssen und attraktiv für alle Bürger in Bernau und Umgebung bleiben.

PÉTER VIDA

Neujahrskonzert

u.a. mit George Gershwin, Sergei Rachmaninow, Pink Floyd und Queen
5. Januar 2024, 17 Uhr, Kirche Finowfurt

Hauptstr. 134 · 16244 Schorfheide

RONNY SOMMERFELD

Digitalisierungsministerium

Allen Selbstbeweihräucherungsversuchen der Landesregierung zum Trotz ist festzustellen, daß Brandenburg beim Thema Digitalisierung ein Entwicklungsland ist. Die große Querschnittsaufgabe Digitalisierung wird von der Landesregierung völlig verkannt und falsch angegangen. Die kleinteiligen Versuche, mit digitalen Hilfsmitteln einzelne Probleme von Verwaltung und Wirtschaft zu lösen, sind keine adäquate Herangehensweise.

Der jüngste Tiefpunkt war der Bericht der Justizministerin zur 94. Justizministerkonferenz im Rechtsausschuß am 30. November. In der Konferenz wurden nicht weniger als zehn Beschlüsse mit kleinteiligen Lösungen mit Bezug zur Digitalisierung gefaßt. Die Beschlüsse wurden allesamt von Juristen getroffen, ohne die technische Realisierung ausreichend in den Blick zu nehmen.

Bei allen Ausschüßreisen ins Ausland stellen wir fest, daß wir beim Thema Digitalisierung völlig den Anschluß verloren haben. Und es gibt keine Aussicht auf Besserung. Denn ausgerechnet die, die noch analog denken, wollen auch über die Ausgestaltung der digitalen Welt entscheiden. Deshalb fordert BVB/Freie Wähler die Einrichtung eines gesonderten Digitalisierungsministeriums.

Symptomatisch hierfür war die Reaktion der Justizministerin auf diese Forderung im Rechtsausschuß. Die Justiz sei so speziell und die elektronische Gerichtsakte sei nicht mit anderen Aufgaben der Verwaltung vergleichbar, sodaß es hier eine eigene Lösung brauche.

Das ist genau das Problem, vor dem wir stehen. Es fehlt am nötigen Verständnis für elektronische Datenverarbeitung. Technisch gesehen sind elektronische Prozeßakten kaum von elektronischen Bauantragsakten zu unterscheiden. Wer das nicht verstehen will, sollte besser keine Entscheidungen zum Thema Digitalisierung treffen. Bei der Digitalisierung handelt es sich um ein Verbundthema, welches die Bündelung der ohnehin rar gesäten Fachkräfte braucht. Ministerin Hoffmann will davon nichts wissen. Dies steht beispielhaft für die ganze Landesregierung und läßt den Mangel an grundlegendem Verständnis für die Mammutaufgabe Digitalisierung erkennen. Es braucht ein Digitalisierungsministerium, das nach unternehmerischen Grundsätzen organisiert und geführt wird und dabei die besten Experten bündelt, die Lösungen für alle Verwaltungsbereiche entwickeln.

Deutschland ist beim Thema Digitalisierung mittlerweile Entwicklungsland und hat den Anschluß verloren. Das Wandern in ausgetretenen Pfaden ist nicht die richtige Herangehensweise, und viele Beispiele in der Wirtschaft zeigen, daß Digitalisierung eben nichts ist, was man nebenbei erledigen kann.

PÉTER VIDA

Kürzere Schulwegzeiten gefordert

Die Kreistagsfraktionen von FDP/BFB, Bündnis 90/Grüne und BVB/Freie Wähler haben für die Kreistagssitzung am 20. Dezember beantragt, die Zeiten für die Schulwege im Landkreis Barnim deutlich zu verkürzen.

Die Schülerbeförderung im Barnim ist seit vielen Jahren ein dringendes Thema für alle Schüler und Eltern. Die jüngsten Anpassungen durch die Barnimer Busgesellschaft nach den Herbstferien brachte einige Verbesserungen. Dennoch ist der Schulweg für viele Schüler immer noch sehr zeitintensiv. Nicht selten sind viele Kinder und Jugendliche deutlich länger als 180 Minuten am Tag mit dem Bus zur Schule und zurück nach Hause unterwegs. Die drei Fraktionen fordern nun, daß eine Fahrzeit für Schüler von maximal 120 Minuten am Tag für den Schulweg mit dem Öffentlichen Personennahverkehr als Höchstwert im Landkreis Barnim festgeschrieben wird.

Immer wieder in den letzten Jahren wurde diese Problematik im zuständigen Bildungsausschuß thematisiert. Die derzeitigen Probleme der Barnimer Busgesellschaft bei der Gewinnung von Fahrern dürfen nicht weiterhin jahrelang zulasten der Lebensqualität der Schüler und Eltern gehen und müssen gelöst werden. Schulwege müssen zumutbar sein und ausreichend Zeit auch für Freizeitaktivitäten der Schüler lassen.

Unsere Schüler sollen streßfrei und sicher zur Schule und wieder nach Hause kommen. Doch in manchen Regionen im Barnim ist

dies aktuell nicht möglich. Insbesondere in Ahrensfelde und in Werneuchen betragen die täglichen Fahrzeiten für die Schüler teilweise bis zu 4 Stunden, es kommt sogar regelmäßig zum Ausfall von Fahrten, von verpaßten Umstiegen wegen Unpünktlichkeit oder daß Schüler wegen Überfüllung nicht mehr im Bus mitfahren können. Dieser Zustand ist untragbar und muß dringend angepackt werden.

Daher sieht der Antrag vor, daß ab dem Schuljahresbeginn im September 2024, spätestens jedoch ab September 2025, eine maximale Fahrzeit von in Summe zwei Stunden am Tag einzuhalten ist. Diese Vorgabe ist durch eine Optimierung des Schülerverkehrs sicherzustellen, gegebenenfalls auch mit Hilfe von Sonderbeförderungen. Dafür soll auch der Landkreis der Barnimer Busgesellschaft ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

Unsere Schüler haben nicht nur ein Recht auf Bildung, sondern auch auf soziale Teilhabe und auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Dieses Recht ausreichend zu gewährleisten, ist nur möglich, wenn sie außerhalb der Schule nicht den ganzen Tag im Bus sitzen oder an Haltestellen warten.

SVEN WELLER

Bundesverdienstorden für Kontakt e.V.

Eberswalde (bbp). IRINA HOLZMANN aus Eberswalde hat am 5. Dezember von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das »Verdienstkreuz am Bande« erhalten.

Sie ist Mitglied im Landesintegrationsbeirat und engagiert sich seit vielen Jahren im EBERSWALDER KONTAKT E.V., den sie hier einst als Selbsthilfeorganisation von und für die sogenannten Spätaussiedler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion mitgegründet hatte. Inzwischen hat sich das Tätigkeitsfeld des Vereins deutlich erweitert. So erhalten hier nicht nur einstige »Rußlanddeutsche« und deren Angehörige Hilfe und Betreuung, sondern auch andere ausländische und deutsche Einwohnerinnen und Einwohner, nicht zuletzt ältere Menschen wie beispielsweise in der Begegnungsstätte »Silberwald« im Brandenburgischen Viertel.

Irina Holzmann selbst »hat zahlreiche Projekte zur Beratung und Unterstützung von Migrantinnen und Migranten in allen Lebenslagen auf den Weg gebracht und damit vielen beim Ankommen in unserem Land und bei der Integration zur Seite gestanden«, wie der Brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke anläßlich der Ehrung bemerkte. »Besonderes Augenmerk legt sie auf den Abbau der Sprach-

hemmnisse bei Neuankömmlingen – derzeit betrifft das vor allem Ukrainerinnen und Ukrainer. Dafür gilt ihr mein herzlicher Dank.«

Der Kontakt-Verein hat mittlerweile ein großes lokales Netzwerk aus Sportvereinen, verschiedenen Bildungsträgern sowie Ämtern aufgebaut, um Zuwanderern und Geflüchteten zur Seite zu stehen. Seine ehrenamtlichen Mitarbeiter helfen bei Behördengängen, bringen Kindern und Jugendlichen die deutsche Sprache bei und unterstützen bei der Stellensuche.

Seit 2015 bietet der Kontakt-Verein auf der Grundlage von Projekten des Landes und des Bundes zunehmend geschulte Migrationsberatung im Rahmen des Migrationsfachdienstes des Landkreises Barnim, der Migrationsberatung für Erwachsene sowie des Jugendmigrationsdienstes des Landkreises Uckermark. Die hier tätigen Beraterinnen sind teilweise selbst ehemalige Zugewanderte – diese Arbeitsweise hilft den Betroffenen und entlastet zugleich die beteiligten Dienststellen und Institutionen.

Das »Verdienstkreuz am Bande« für Irina Holzmann verstehen die Mitglieder, Mitarbeiter und Unterstützer des Kontakt e.V. insofern als eine Auszeichnung für sie alle.

Sozial und landschaftspflegerisch

Jahreshauptversammlung von Gemeinsam Lichterfelde e.V.



FOTO: BIANCA THOMAS

Am 17. November fand im Mühlenbistro Finowfurt die Jahreshauptversammlung des Dorfvereines GEMEINSAM LICHTERFELDE E.V. mit 15 Mitgliedern statt. Der zentrale Tagesordnungspunkt war die turnusgemäße Neuwahl des Vorstandes nach Vereinsgründung vor drei Jahren. Im Amt bestätigt wurde der alte Vorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden ULF LUBKE und seinem Stellvertreter Dr. ANDREAS STEINER, SIMONE RATHKE als Kassenwartin und ADINA HINNEBERG als Schriftführerin. Zur Unterstützung und durch die Satzung gedeckt ist der Vorstand um das Amt des Beisitzers erweitert worden, wobei die Wahl auf SILVIA ZACHARIAS fiel. Der Verein verzeichnet einen stetigen Zuwachs an Mitgliedern.

Die Mitglieder ließen die Aktivitäten im laufenden Jahr Revue passieren. Hierzu zählen solche ehrenamtlichen Arbeiten für den Ortsteil Lichterfelde, die durch den Gemeindehaushalt nicht oder nur teilweise gedeckt sind. Zu nennen sind u.a. mehrmalige Reinigungsarbeiten auf der Badewiese am Großen Buckowsee für den Badebetrieb, Bepflanzungen im Ort Lichterfelde, Beschaffung von kreislichen Fördermitteln für Naturschutzaufgaben wie der Kauf und die Installation von Fledermauskästen im Schloßpark, Spenden von zwei Sitzbänken im Ortsbereich und von

Präsentkörben für bedürftige Lichterfelder sowie die aktionsbezogene Zusammenarbeit mit der Seniorenresidenz ProCurand und der Kita Kleiner Strolch. Zudem hat der Verein das Lichterfelder Sommerfest und im vergangenen Jahr den Weihnachtsmarkt mit einem Stand aktiv begleitet.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tagesordnung war der Ausblick für das kommende Jahr. Die Arbeiten des alten Jahres im sozialen und landschaftspflegerischen Bereich sowie im Naturschutz sollen fortgeführt und neue Ideen eingebracht werden. Dabei bleibt der Anspruch, die Lebensqualität der Bürger in Lichterfelde – ganz nach dem Motto: »Unser Dorf soll schöner werden« – zu verbessern. In diesem Sinne sieht es der Verein als wesentlich an, sich weiter zu vernetzen. Akteure sind willkommen und zu gewinnen, die bereit sind, für den Ortsteil Lichterfelde als Vereinsmitglieder oder außerhalb des Vereins als Mitwirkende ehrenamtlich tätig zu werden.

Weiterhin werden sich einige Vereinsmitglieder bei der Kommunalwahl 2024 als Kandidaten aufstellen lassen mit dem Ziel, einen größeren Einfluß auf das politische Geschehen in der Gemeinde Schorfheide zu nehmen.

ADINA HINNEBERG

Kommunalwahl 2024:

SPD füllte Kreistagslisten

Eberswalde (bbp). Am 2. Dezember trafen sich die Barnimer Sozialdemokraten in Eberswalde zu ihrem zweiten Parteitag in diesem Jahr. Neben ergänzenden Vorstandswahlen, Ehrungen und dem Beschluß des 37 Seiten umfassenden Wahlprogramms für die Kommunalwahlen mit dem Titel »Für unsere Heimat. Ein lebenswerter Barnim.« stand die Aufstellung der neun Listen für die Kreistagswahl 2024 im Fokus des Parteitags.

Die SPD Barnim konnte alle Listen bis auf den letzten Platz füllen und geht mit 81 von 81 möglichen Kandidierenden ins Rennen.

Um die vakant gewordene Position des stellvertretenden Unterbezirksvorsitzenden bewarb sich der Finower SPD-Vorsitzende RINGO WRASE und wurde mit 78 Prozent gewählt. Auf den freiwerdenden Beisitzer-Platz im Vorstand rückte CHRISTIAN THÖNELT von der SPD Joachimsthal-Schorfheide mit 96 Prozent nach.

Die Kreistagslisten »mit 81 tollen Kandidierenden« machten ihn »sehr glücklich«, sagte Kreisvorsitzender Kurt Fischer. »Als Barnimer SPD haben wir früh gesagt, wir werden uns öffnen, uns mit unseren Bündnispartnern enger zusammenschließen und ebenso parteilose Barnimerinnen und Barnimer – die den Werten der Sozialdemokratie nahestehen – gerne mit auf unsere Listen nehmen. Uns geht es um unsere Heimat – um einen lebens- und lebenswerten Barnim. Und jede und jeder, der oder die daran mitwirken möchte, ist bei uns herzlich willkommen.«

Mitmachen

Ahrensfelde (bbp). In Ahrensfelde gibt es eine Einwohnerbeteiligungssatzung. Diese wurde nun geändert. Künftig sollen Einwohnerbefragungen online stattfinden. Statt dem Bürgermeister ist nun die Gemeindevertretung zuständig. Wichtige Fragen wie die Anonymität und die einmalige Teilnahme konnten dabei gelöst werden. Die Frageergebnisse sind und bleiben jedoch nur Empfehlungen.

Auftakt zur Volksinitiative

Bernau bvb/bbp). Am 25. November hatte der Landesverband der Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen / Freie Wähler zu einer weiteren Zentralversammlung eingeladen. Neben den turnusmäßigen Neuwahlen des Landesvorstandes beschlossen die Vertreter der Wählergruppen und Bürgerinitiativen das Wahlkampfkonzept fürs kommende Jahr.

Der Zulauf neuer Wählergruppen ist ungebrochen. »Wir streben den flächendeckenden Einzug in alle Kreistage in Fraktionsstärke sowie acht Prozent bei den Landtagswahlen an«, so der wiedergewählte Landesvorsitzende

Péter Vida. Mit der Volksinitiative »Gesundheit ist keine Ware: Krankenhäuser und Praxen retten!« wollen die bei BVB/Freie Wähler organisierten Wählervereinigungen landesweit Unterschriften für eine Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung sammeln. Durch Briefe, Plakate und vor allem Social Media soll für das Anliegen geworben werden. Ziel ist es, bereits im Frühjahr die nötigen Unterschriften zusammenzuhaben und diese bei der Landtagspräsidentin einzureichen. »Der Erhalt der Krankenhäuser und Praxen brennt den Menschen unter den Nägeln. Bei kaum

einem anderen Thema ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Brandenburg so gravierend in Gefahr«, erklärte Landtagsabgeordnete Ilona Nicklisch, die zugleich eine der Vertrauenspersonen der Volksinitiative ist.

Die Mitglieder der Programmkommission berichteten auf der Zentralversammlung über den Stand ihrer Arbeit. Schwerpunkte sind die medizinische Versorgung, der Ausbau der Verkehrs- und digitalen Infrastruktur, eine zukunftsorientierte Bildungs- und ideologiefreie Energiepolitik. Natürlich bleiben auch die Abschaffung der Erschließungsbeiträge für Sandpisten sowie eine nachhaltige Wasserversorgung zentrale Forderungen.

Notlage im Land?

Das Vorhaben der Landesregierung, für 2024 eine Notlage beschließen zu wollen, sehen wir sehr kritisch. Jetzt rächt sich, daß man entgegen jedem Rat einen Doppelhaushalt aufgestellt hat. Die Notlage besteht nicht auf Landesebene, sondern in den Kommunen, beim ÖPNV und im Gesundheitswesen vor allem im ländlichen Raum. Hierauf müßte ein Fokus gelegt werden, anstatt durch eine rechtlich fragwürdige Notlagenerklärung die eigenen verfassungsrechtlichen Defizite zu kaschieren. Tatsache ist, daß diverse Sondertöpfe der vergangenen Notlagenjahre nicht zweckgebunden aufgebraucht worden sind. Wenn es schon zu einem Nachtragshaushalt kommt, müssen dort Preisstabilität und Daseinsvorsorge den Schwerpunkt bilden. Grüne Traumprojekte können als erstes gestrichen werden.

PÉTER VIDA,

BVB/Freie Wähler im Landtag Brandenburg

Neue Sprecherratsvorsitzende

Eberswalde (bbp). Das Eltern-Kind-Zentrum im Dietrich-Bonhoeffer-Haus hat eine neue Leiterin. Im November stellte sich JANE HIRT im Sprecherrat des Brandenburgischen Viertels vor. Zuvor hatte sie die gleichen Aufgaben im Eltern-Kind-Zentrum am Karl-Marx-Platz in Eberswalde-Stadtmitte wahrgenommen.

Zugleich verabschiedete sich die bisherige EKZ-Leiterin TABEA WESTPHAL-RADISCH aus dem Sprecherrat, wo sie bislang als Vorsitzende aktiv war. Seit einigen Wochen ist sie im städtischen Amt 42 (Amt für Generation, Sport und Integration) tätig. Als Mitarbeiterin der Stadtverwaltung kann sie nicht mehr im Sprecherrat tätig sein.

Die scheidende Vorsitzende bedankte sich bei allen Sprecherratsmitgliedern und den Mitarbeiterinnen des Quartiersmanagements für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Sie betonte, daß sie dem Sprecherrat als Ansprechpartnerin im Bereich soziale Teilhabe und Familie auch künftig erhalten bleibe.

Anschließend widmete sich der Sprecherrat der Neubesetzung des Vorsizes für die verbleibende Amtsdauer bis zur Neuwahl des Sprecherrates im Juli 2024. Nach längerer Diskussion erklärte sich MAREN GUMLICH von der Stiftung SPI (Sozialpädagogisches Institut) für die Kandidatur bereit.

Maren Gumlich ist seit vielen Jahren im Kiez tätig und gehört genauso lange schon dem Sprecherrat an. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit im Viertel bildet die sogenannte »aufsuchende Jugendsozial- und Beratungsarbeit«. Die neue Vorsitzende wurde schließlich mit den Stimmen aller neun anwesenden Sprecherratsmitglieder gewählt.

Neue Wege für Radler und Wanderer

Ahrensfelde und Werneuchen haben gemeinsam am 16. November 2023 den ersten Spatenstich für ein verbindendes Wegebauprojekt getan. Das ländliche Bauvorhaben erstreckt sich zwischen dem Blumberger Weg von Werneuchen, Ortsteil Krummensee und dem Krummenseer Weg von Ahrensfelde, Ortsteil Blumberg. Nach mehreren Jahren Planung wurden die Fördermittel endlich bewilligt: 785.000 Euro vom LANDESAMT FÜR LÄNDLICHE ENTWICKLUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FLURNEUORDNUNG (LELF) aus dem GAK-Programm, der Landkreis Barnim übernimmt den Eigenanteil der Stadt Werneuchen von 393.000 Euro aus dem Kreisentwicklungsbudget und 290.000 Euro Baukostenbeteiligung steuert die Stadt Werneuchen bei. Für die Gemeinde Ahrensfelde konnten rund 721.000 EURO EU-Mittel aus dem LEADER-Programm beim LELF beantragt werden. Auch hier hat der Landkreis Barnim Finanzmittel in Höhe von rund 188.000 Euro aus dem Kreisentwicklungsbudget zur Verfügung gestellt

Die Arbeiten haben bereits begonnen und sollen im Mai 2024 abgeschlossen sein. Der Weg des der insgesamt etwa vier Kilometer langen Strecke wird drei Meter breit mit einer Asphaltfahrbahn ausgebaut und enthält beidseitig überfahrbare Bankette von je 0,75 Meter Breite. Im Ortsteil Krummensee wird ein Anliegerweg auf 4,75 Meter Breite für Ver- und Entsorgung errichtet. Der neue Weg ist multifunktional sowohl für landwirtschaftlichen

Verkehr als auch für Radfahrer, Skater, Wanderer und als Schulweg nutzbar.

Der Vereinsvorsitzende Torsten Jeran vom REGIONALPARK BARNIMER FELDMARK e.V. zeigte sich erfreut, daß nach mehreren vergeblichen Förderanträgen das Vorhaben nun final umgesetzt wird. Die Wichtigkeit dieser Maßnahme zeigte sich auch an der hohen Teilnehmerzahl dieses feierlichen Spatenstichs: So waren die Bürgermeister beider Gemeinden Wilfried Gehrke (Ahrensfelde) und Frank Kulicke (Werneuchen), sowie Jörg Dreger (Ortsvorsteher Blumberg), Burkhard Horn (Mitinitiator), Silke Hupfer (SGL Bauwesen Werneuchen) und weitere Akteure mit dabei. Die Mitglieder des Regionalparkvereins versorgten die Gäste bei eisigen Temperaturen mit warmen Getränken.

Bereits in Radverkehrskonzepten aus den Jahren 2010 und 2022 wurde diese Idee vom REGIONALPARK BARNIMER FELDMARK e.V. mit entwickelt. Diese Maßnahme des ländlichen Wegbaus wird zu einer weiteren Verbindung der beiden Gemeinden Ahrensfelde und Werneuchen beitragen, denn sie unterstützt die ländliche touristische Erschließung in der Barnimer Feldmark fernab der Bundesstraße B158 maßgeblich. Für Anwohner, Touristen und Gäste der Barnimer Feldmark wird die heimische Landschaft um einen weiteren Blickwinkel erweitert.

Aus Sicht von Torsten Jeran hat sich die Strategie, alte Ortsverbindungswege für den Fahrradverkehr in einem hohen Qualitätsstandard zu ertüchtigen bewährt und wird durch dieses Projekt fortgesetzt. »Die bereits ausgebauten alten Ortsverbindungen von Eiche nach Mehrow und von dort aus weiter nach Blumberg sind positive Beispiele dieser Entwicklung. Der fertiggestellte Lückenschluß Mehrower Weg in der Ortslage Blumberg reißt sich – von der langen Bauzeit abgesehen – in die Positivliste ein.«

SABINE BÜTTNER



FOTO: SABINE BÜTTNER

UNESCO-Institut in Eberswalde

Eberswalde (hnee/bbp). Die UNESCO-Generalkonferenz hat am 13. November einstimmig für eine Schirmherrschaft der Weltorganisation über das BIOSPHERE RESERVES INSTITUTE (BRI) der HOCHSCHULE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG EBERSWALDE (HNEE) votiert.

Die Schirmherrschaft wurde auf Antrag der BRD beschlossen und gilt für acht Jahre. Die Kooperation wird im kommenden Jahr formalisiert und vom Land Brandenburg unterstützt. Für das Institut wird ein international besetztes Steuerungsgremium eingerichtet, das seine Arbeit künftig mitgestaltet und die Einrichtung noch besser in die internationale Forschungslandschaft integrieren soll.

Das BIOSPHERE RESERVES INSTITUTE der HNEE wurde 2019 gegründet und bietet seit 2020 das erste englischsprachige Master-Programm zu Biosphärenreservaten weltweit sowie ein Promotionskolleg in Zusammenarbeit mit der LEUPHANA UNIVERSITÄT LÜNEBURG zum Thema an. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts forschen zur Bedeutung und Wirkung von Biosphärenreservaten und bieten Weiterbildungen zu den Modellregionen nachhaltiger Entwicklung an. UNESCO-Biosphärenreservate bewahren die biologische Vielfalt und funktionierende Ökosysteme als Grundlage einer zukunftsfähigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Sandpisten im Ausschuß

Potsdam/Bernau/Eberswalde (bvb/bbp). Die Anwohner von Brandenburger Sandpisten können nun doch auf Entlastung hoffen. Ein Antrag auf Einführung einer verbindlichen Mitbestimmung vor Durchführung kosten-trächtiger Erschließungsmaßnahmen wurde einstimmig in den Innenausschuß des Landtages überwiesen. So etwas hat es in dieser Wahlperiode bei dem Thema noch nicht gegeben.

In Folge einer von BVB/Freien Wählern initiierten Volksinitiative wurden die Straßenausbaubeiträge in Brandenburg 2019 abgeschafft. »Damit entfiel für die Anlieger ein hohes finanzielles Risiko. Doch bei den ähnlich gelagerten Erschließungsmaßnahmen wird den Anliegern noch immer tief in die Taschen gegriffen«, so die Initiatoren der Volksinitiative. »Oft müssen sie fünfstellige Beträge zahlen – und das zumeist ohne Mitspracherecht.« Betroffen sind hiervon insbesondere die Anlieger an »DDR-Sandpisten«. Denn diese damals nur auf niedrigem Niveau hergerichteten Straßen werden von den Kommunen oft nicht als bestehende Straßen im bautechnischen Sinn betrachtet. Tatsächlich sind sie das auch nicht, obwohl es dort seit Jahrzehnten Straßennamen und Hausnummern gibt. So flattern den Anliegern unverhofft hohe Rechnungen für eine »erstmalige Erschließung« ins Haus.

Verlangen die Kommunen von den Anliegern die Übernahme von mehr als der Hälfte der Kosten, sollen diese mehrheitlich entscheiden können, ob die von der Kommune vorgeschlagene Maßnahme durchgeführt wird oder nicht. Dies sieht der oben genannte Antrag vor und wird aufgrund eines von BVB/Freie Wähler initiierten erfolgreichen Bürgerentscheides in der Stadt Bernau bereits seit 2014 so praktiziert. Dieses von BVB/Freie Wähler als »Bernauer Modell« bezeichnete Ver-

fahren soll nun landesweit gesetzlich verankert werden. Bis März 2024 soll der im Ausschuß ausgearbeitete Gesetzentwurf dem Landtag zum Beschluß vorliegen.

»Unser jahrelanger Einsatz für Gerechtigkeit beim Bau von Erschließungsstraßen steht an der Schwelle zum Erfolg«, meint dazu der im Bernauer Wahlkreis direkt gewählte Landtagsabgeordnete Péter Vida. »Bisher sind die Anlieger nur Zahlmeister, können die Maßnahmen aber weder ablehnen, noch haben sie ein verbindliches Mitspracherecht, was mit ihrem Geld gemacht wird. Alle Fraktionen haben nun erkannt, daß der aktuelle Zustand nicht akzeptabel ist. Wir hoffen auf konstruktive Gespräche im Ausschuß, damit die Anlieger schon im nächsten Jahr selbst mitentscheiden können, was mit ihrem Geld vor ihrer Haustür passiert.«

In der Stadt Eberswalde gibt es diese Mitbestimmung der Anlieger übrigens bereits seit 2012, ohne daß es dazu einen förmlichen Beschluß gab. »Wir praktizieren ein solches Verfahren zweistufig«, teilte die Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner auf Anfrage der BBP-Redaktion mit. »In der ersten Stufe wird allgemein abgefragt, ob es Interesse am Ausbau gibt. Wenn die Interessensbekundung der Mehrzahl der Anwohnerinnen und Anwohner vorliegt, wird durch das Tiefbauamt geplant und es werden Kosten kalkuliert. Auf dieser Basis erfolgt eine erneute Beteiligung. Sind dann die Hälfte der Anliegerinnen und Anlieger oder mehr für den Ausbau, wird dieser verbindlich angegangen und auch für die 'Gegner' kostenpflichtig. Eine Ausnahme sieht unser Verfahren vor: Wenn die Verkehrssicherheit nicht gewährleistet ist, müssen wir auch ohne Zustimmung handeln können, da wir diese Verantwortung nicht abgeben können und auch nicht abgenommen bekommen können. Diesen Fall haben wir aber noch nicht gehabt.«

Mehr Schutz gefordert

Der Beirat für Migration und Integration des Landkreises Barnim ist zutiefst bestürzt über die Angriffe der Terror-Organisation Hamas auf Israel und steht solidarisch an der Seite der Jüdischen Gemeinde. Der Beirat hat sich in der ersten Sitzung nach dem Terroran-griff auch über die angespannte Sicherheitslage für die Jüdische Gemeinde verständigt.

Die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Barnim, DIANA SANDLER, zugleich stellvertre-tende Vorsitzende des Beirates für Migration und Integration, erklärt zur Situation: »Seit Ausbruch der Angriffe haben alle Mitglieder der Jüdischen Gemeinde jeden Tag Angst. Die Ha-mas-Terroristen ermorden die Zivilbevölkerung in Israel, auch Kinder und alte Menschen. In Berlin gibt es fast jeden Tag pro-palästinensische Demonstrationen, Anschläge auf jüdische Ein-richtungen, Krawalle und Unruhen. Die Bran-denburger Landesregierung muß die Gewaltbe-reitschaft von in Berlin und Brandenburg le-benden Islamisten ernst nehmen und uns schützen. Die Gefahrenlage ist spürbar und un-sere Angst begründet.«

Der Beirat fordert daher eine Verstärkung von Sicherheits- und Schutzmaßnahmen für die Mitglieder und Einrichtungen der Jüdi-schen Gemeinde im Barnim und deren Finan-zierung. Darin sind sich alle Mitglieder des Beirates, ob Juden, Muslime oder Christen, einig. Den von uns vertretenen Menschen ge-hen die Angriffe in besonderer Weise zu Her-zen. Der Beirat nimmt aufrichtigen Anteil an der Situation aller Menschen in Israel und wir sprechen allen Opfern der brutalen Terroran-schläge und ihren Angehörigen unser Mitge-fühl aus. Es gilt jetzt, Maßnahmen zum Schutz aller vor Ort lebenden Juden zu ergrei-fen. Der Migrationsbeirat setzt dabei auf eine nachhaltig friedliche Lösung des seit Jahr-zehnten währenden Konfliktes.

PÉTER VIDA, Beiratsvorsitzender

Initiative gegen den Digitalzwang

Auch wenn ich Technik liebe, will ich nicht ständig gezwungen werden, eine bestimmte App herunterzuladen, jederzeit ein Smartphone dabei zu haben und nebenbei jede Menge persönlicher Daten preiszugeben.

Wir wollen Digitalzwang zu einem großen Thema bei Digitalcourage im nächsten Jahr machen. Wir planen ein Rechtsgutachten einzuholen, das klärt, wie ein Grundrecht auf Schutz vor Digitalzwang in die Verfassung aufgenommen werden kann. Und wir wollen unser Team vergrößern, um mit noch mehr Zeit und Energie daran arbeiten zu können.

Aber all das können wir nur stemmen, wenn wir genug Spenden bekommen. Denn wir wollen keine Zuschüsse vom Staat oder Sponsoring von Firmen – unsere finanzielle

Unabhängigkeit ist uns wichtig. Deshalb finanziert sich Digitalcourage überwiegend durch Fördermitgliedschaften und private Spenden (digitalcourage.de/spenden).

Neben dem Thema Digitalzwang gibt es 2024 noch viele weitere Herausforderungen für uns: Vor dem Europäischen Gerichtshof läuft unsere Klage gegen die Fingerabdruckpflicht im Personalausweis, wir arbeiten intensiv gegen die Überwachung unserer privaten Nachrichten per Chatkontrolle, wir klagen gegen die Deutsche Bahn und das übergreifende Tracking der Navigator-App, wir kämpfen beim KI-Gesetz gegen biometrische Gesichtserkennung im öffentlichen Raum und setzen uns gegen die Monopolmacht der Big-Tech-Konzerne ein.

Bundestag und Landtage bitten uns um unsere Expertenmeinung zu Gesetzesvorhaben. Wir recherchieren und klären auf, verleihen die BigBrotherAwards und bringen mit unserer Minibuch-Reihe »kurz&mündig« Wissen unter die Leute.

Unsere Tips zur digitalen Selbstverteidigung helfen unzähligen Menschen dabei, ihre Geräte sicherer zu machen und souverän zu nutzen. Wir stärken das dezentrale Soziale Netzwerk Fediverse. Und wir stellen wichtige IT-Infrastruktur für alle zur Verfügung, wie das Termintool Nuudel, den zensurfreen DNS-Server oder unseren Tor-Server zum unbeobachteten Surfen.

Bitte unterstützen Sie uns. Denn wir sind davon überzeugt: Gemeinsam können wir weiterhin viel bewegen!

Überstunden-Berg

3.000 Euro Gastro-Startlohn gefordert

Rund 875.000 Überstunden haben die Menschen im Landkreis Barnim im vergangenen Jahr am Arbeitsplatz zusätzlich geleistet. Davon 431.000 Arbeitsstunden zum Nulltarif – ohne Bezahlung. Das geht aus dem »Überstunden-Monitor« vom Pestel-Institut hervor. Die Wissenschaftler haben dabei die »Plus-Stunden im Job« im Auftrag der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) untersucht.



FOTO: NILS HILLERAND, NGG

Allein im Gastro-Gewerbe leisteten die Barnimer Beschäftigten 36.000 Überstunden, davon 12.000 unbezahlt.

Ein pikantes Ergebnis aus dem »Überstunden-Monitor«: Alle Beschäftigten zusammengekommen haben den Unternehmen im Landkreis Barnim durch unbezahlte Mehrarbeit rund 6,21 Millionen Euro quasi »geschenkt«. Und das ist schon äußerst sparsam – nämlich nur auf Mindestlohn-Basis – gerechnet. Außerdem ist der Überstunden-Berg auch ein Gradmesser für den massiven Fachkräftemangel.

Allein in Hotels, Restaurants und Gaststätten leisteten die Beschäftigten im vergangenen Jahr im Landkreis Barnim rund 36.000 Überstunden, 12.000 davon ohne Bezahlung, so das Pestel-Institut. Die Wissenschaftler haben bei ihrer Untersuchung aktuelle Mikrozensusdaten ausgewertet. Basis der Überstunden-Berechnung ist die Übertragung von Branchen-Durchschnittswerten auf die Beschäftigungsstruktur im Kreis Barnim. Mit Blick auf die Überstunden warnt die NGG Berlin-Brandenburg: Hotellerie und Gastronomie könnten nicht dauerhaft auf die »Goodwill-Überstunden« ihrer Beschäftigten bauen.

Es wird höchste Zeit, das Fachkräfte-Loch zu stopfen, das die Corona-Pandemie noch vergrößert hat. Das klappt allerdings nur, wenn Hotels und Restaurants bereit sind, attraktive Löhne zu bezahlen. Perspektivisch muß der Gastro-Startlohn für eine Köchin oder einen Restaurantfachmann nach der Ausbildung bei 3.000 Euro pro Monat für einen Vollzeitjob liegen. Nur dann wird es gelingen, junge Menschen für eine Ausbildung im Hotel oder Restaurant zu gewinnen.

Das Gastgewerbe erlebt aktuell einen regelrechten Fachkräfte-Schwund und Mini-Job-Schub. Ob in der Küche, im Service, an der Hotelrezeption oder an der Bar: Die Branche versucht, fehlende Fachkräfte immer häufiger durch angelernte Beschäftigte zu ersetzen. Mittlerweile sind 34 Prozent der Gastro-Beschäftigten im Kreis Barnim Mini-Jobber.

SEBASTIAN RIESNER, NGG Berlin-Brbg.

Keine Demokratie wagen

Die Stadtverordnetenversammlung hat den Vorschlag der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur, auch in den vier städtischen Ortsteilen Finow, Brandenburgisches Viertel sowie Eberswalde 1 und 2 wieder Ortsteilvertretungen in Form von Ortsbeiräten einzurichten, mit großer Mehrheit abgelehnt. Dafür stimmten lediglich die beiden Mitglieder der Einreicherfraktion. Zudem gab es sechs Enthaltungen (4 x SPD | BFE, 2 x AfD). Alle anderen Stadtverordneten stimmten dagegen, daß in allen Ortsteilen die Menschen ihre Interessen mittels Ortsteilvertretungen vorbringen dürfen.

MIRKO WOLFGRAMM, Vorsitzender der Einreicherfraktion, verwies auf den sehr positiven Bericht des Bürgermeisters von der ersten Einwohnerversammlung im neuen Ortsteil Clara-Zetkin-Siedlung. Die gleichen positiven Wirkungen seien zu erwarten, wenn auch in den anderen Ortsteilen wieder Ortsteilvertretungen eingerichtet werden. Ortsbeiräte seien dafür besser geeignet als die früheren Ortsvorsteher, so Wolfram.

Die Ortsvorsteherwahlen von 2014 hatten gezeigt, daß letztlich das große Interesse, das jeweils zu mehr als zwei Bewerbungen führte, einen zweiten Wahlgang in der Direktwahl der Ortsvorsteher notwendig machte. Zum zweiten Wahlgang, bei dem die Ortsvorsteherwahl ohne begleitende Kommunal- und Europawahl stattfand, ging dann erwartungsgemäß kaum noch jemand hin. Daher sollten künftig Ortsbeiräte der Standard sein. Denn so entfallen die restriktiven Vorschriften zum Quorum. Mehrfach bezog sich Wolfram auf den Willy-Brandt-Spruch »Demokratie wagen«. Gerade das wollten die anderen Fraktionen nicht, wie sich herausstellte.

Sein Fraktionskollege OSKAR DIETTERLE erinnerte an die Diskussionen zum Ausbau der Max-Lull-Straße, als es zu den vorgesehenen Aufpflasterungen erhebliche Einwände von betroffenen Einwohnern gab. Dies sei ein Beispiel, wie wichtig es sei, rechtzeitig die Einwohner in die Debatten hereinzuholen. »Wir brauchen unsere Mitbürger, wir müssen ihren Sachverstand nutzen«, so der Stadtverordnete. »Das geht am besten durch Ortsbeiräte.«

FRANK BANASKIEWICZ (FDP|Bürgerfraktion), auf den sich Oskar Dietterle bezogen hatte, verwies indes auf einen irgendwann in früherer Zeit gefaßten ablehnenden Beschluß zu Ortsvertretungen in den städtischen Ortsteilen, weil dort direkt das Rathaus als Ort der Ansprache für die Einwohner fungieren könne.

KAREN OEHLER (Bündnis 90/Grüne), bis 2014 selber Ortsvorsteherin in Eberswalde 1, erzählte, daß sie immernoch als Ortsvorsteherin angesprochen werde. Den offensichtlichen Bedarf an Ansprechpartnern im Ortsteil interpretierte die bündnisgrüne Stadtverordnete gegenteilig und unterstellte den Einwohnern mangelndes Interesse. Außerdem könne sie als Stadtverordnete genausoviel für die Bürger tun wie als Ortsvorsteherin. Im übrigen, so Karen Oehler, würde es in dem Antrag doch vor allem um die Ortsteilbudgets gehen. Gera-

de die städtischen Ortsteile hätten jedoch viele andere Möglichkeiten, an Geld zu kommen. Irgendwelche Belege für ihre Unterstellung führte die Stadtverordnete nicht an. Weder in der Beschlusvorlage noch in der Begründung oder anderswo wird das Ortsteilbudget erwähnt.

Für die Linken erklärte VOLKER PASSOKE, daß seine Fraktion nicht glücklich mit dieser Beschlusvorlage sei. Die meisten Stadtverordneten würden in den städtischen Ortsteilen wohnen. In den ländlichen Ortsteilen sei dies anders. Dort gebe es kaum Stadtverordnete, weswegen hier Ortsteilvertretungen angebracht seien.

Das Zuckerhütchen in der Diskussion steuerte mal wieder CARSTEN ZINN bei – einst selber Ortsvorsteher im Brandenburgischen Viertel. Er teile das Anliegen der Beschlusvorlage, sagte er. Im Jahre 2018 habe er selber mit seiner damaligen Fraktion und gemeinsam mit der damaligen DIE SPD-Fraktion eine solche Vorlage initiiert. »Das war damals eine Heidenarbeit«. Auch damals ohne Erfolg. Auf die ersten Initiativen in diese Richtung schon vor der Kommunalwahl von 2014 und kurz danach ging Zinn nicht ein. Auch nicht auf seinen persönlichen Anteil am damaligen Scheitern. Obwohl er laut eigener Aussage das Anliegen, in den vier städtischen Ortsteilen Ortsbeiräte einzurichten, unterstütze, bezeichnet er die Beschlusvorlage, mit der genau dies erreicht werden soll, als »alibihaften Aktionismus«. Auf Begründungen oder Erläuterungen für diese Einschätzung warteten die Zuhörer freilich auch bei ihm vergebens.

Man erfuhr aber, daß Zinn Mitleid mit der städtischen Kämmererei hat, die den gesamten Haushaltsplan umarbeiten müßte. Er schlug schließlich vor, daß sich die neue Stadtverordnetenversammlung nach der Kommunalwahl im Juni 2024 »ernsthaft« mit dem Thema beschäftigen solle. Insofern also eine Vertagung des Problems auf das Jahr 2029 oder wohl eher auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

Mit der Ablehnung der Beschlusvorlage der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur hat sich das Thema für die Kommunalwahl 2024 erledigt. Eine Beschlusfassung im Dezember mit anschließender Hauptsatzungsänderung im Januar wäre die letzte Möglichkeit gewesen, die Fristen nach Kommunalwahlrecht einhalten zu können.

GERD MARKMANN

Landtagswahl wirft seine Schatten

Barnim (bbp). Im September 2024 wird in Brandenburg ein neuer Landtag gewählt. Inzwischen haben mehrere Wahlträger bereits ihre Kandidaten für die drei Direktwahlkreise im Landkreis Barnim aufgestellt. Es handelt sich um die Wahlkreise 13 (Eberswalde, Schorfheide, Amt Joachimsthal), 14 (Bernau, Panketal) und 15 (Werneuchen, Ahrensfelde, Wandlitz, Amt Biesenthal-Barnim, Amt Britz-Chorin-Oderberg).

Bereits im September und Oktober hatten die Barnimer Sozialdemokraten in einzelnen Wahlkreisversammlungen mit KURT FISCHER (Wahlkreis 13), MARTINA MAXI SCHMIDT (14) und ANNETT KLINGSPORN (15) ihre Kandidaten nominiert. Kurt Fischer, Jahrgang 2000, wurde kürzlich als Nachrücker Mitglied der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung und er ist Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Barnim. Die 35jährige Maxi Schmidt sitzt dem Bernauer SPD-Ortsverein vor. Anett Klingsporn ist ehrenamtliche Bürgermeisterin von Marienwerder und stellvertretende Kreistagspräsidentin.

Auch BVB/Freie Wähler haben ihre Direktkandidaten bereits benannt. Im Wahlkreis 13 wird der 48-jährige gelernte Konstruktionsmechaniker aus Finowfurt SVEN WELLER um den Einzug in den Brandenburger Landtag kämpfen. Er ist seit den 90er-Jahren politisch engagiert und vertritt die Interessen der Bürger derzeit in der Gemeindevertretung Schorfheide und im Barnimer Kreistag, wo er den Vorsitz über den Ausschuss für Bildung und Kultur führt. Im Jahr 2019 gewann PÉTER VIDA das Direktmandat im Wahlkreis 14 (Bernau, Panketal). Bei der Landtagswahl im nächsten

Herbst setzt der Landes- und Fraktionsvorsitzende von BVB/Freie Wähler für die Wählervereinigung erneut auf Sieg. Vida ist auch Mitglied im Kreistag Barnim und in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung und engagiert sich ehrenamtlich als Vorsitzender des Migrationsbeirats und des Förderkreises Herz-Jesu-Kirche Bernau e.V. Ebenfalls ein bekanntes Gesicht in der Region, aber neu im Team von BVB/Freie Wähler, ist Dr. SABINE BUDER (39). Sie tritt als Landtagskandidatin im Wahlkreis 15 an. Die Tierärztin lebt in Biesenthal und engagiert sich dort ehrenamtlich als Stadtverordnete sowie in diversen Vereinen.

Von den Barnimer Linken sind zwei ihrer Barnimer Direktbewerber bereits in Wahlkreisversammlungen gewählt worden. SEBASTIAN WALTER (33), Landesvorsitzender der Partei sowie Fraktionsvorsitzender im Landtag und in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde, tritt im Wahlkreis 13 an. Im Wahlkreis 14 wurde der Bernauer Stadtverordnete MATTHIAS HOLZ (37) nominiert. Die Aufstellung des linken Direktkandidaten im Wahlkreis 15 ist für Dezember geplant. Hier bewirbt sich der Werneuchener Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende ALEXANDER HORN (38).

Direktkandidaten gewählt

Am 27. November wählten die Mitglieder des Kreisverbands Barnim von Bündnis 90/ Die Grünen ihre Direktkandidaten für die 3 Barnimer Wahlkreise zur Landtagswahl im September nächsten Jahres.

Steffi Bernsee, Sprecherin des Kreisverbandes, eröffnete die Mitgliederversammlung mit ihren positiven Eindrücken vom gerade zu Ende gegangenen Bundesparteitag der Grünen in Karlsruhe. Sie betonte: *»Ich möchte, daß wir hier im Barnim auch diesen Mut haben. Mut und Zuversicht, daß wir die Depression in der Gesellschaft überwinden können. Und daß wir Menschen erreichen können mit unseren Ideen für eine gute Zukunft.«*

Nach überzeugenden Vorstellungen wurden jeweils mit großer Mehrheit als Direktkandidaten gewählt: Im Wahlkreis 13 (Eberswalde, Joachimsthal, Schorfheide) der Forstwissenschaftler TORSTEN WIEBKE aus Eberswalde, im Wahlkreis 14 (Bernau, Panketal), die Bernauerin BARBARA BRECHT-HADRASCHEK, Leiterin Öffentlichkeitsarbeit bei einem freien Kinder- und Jugendhilfeträger und im Wahlkreis 15 (Ahrensfelde, Werneuchen, Amt Biesenthal-Barnim, Wandlitz, Amt Britz-Chorin-Oderberg) SEBASTIAN GELLERT, selbständiger Parkettleger aus Werneuchen.

Torsten Wiebke, gelernter Forstwirt, Wissenschaftler am Landeskompentenzzentrum Forst und Stadtverordneter in Eberswalde, möchte sein Fachwissen und seine Berufserfahrung gern in die Landespolitik einbringen. Für ihn ist es eine Herzensangelegenheit, die Konflikte zwischen Forstwirtschaft und Naturschutz aufzulösen und den Gedanken der Nachhaltigkeit immer besser umzusetzen.

Barbara Brecht-Hadraschek ist sachkundige Einwohnerin im Sozialausschuss in Bernau, ihr politisches Interesse liegt in den Bereichen Bildung, Inklusion und soziale Gerechtigkeit. In ihrer Bewerbungsrede betonte sie, daß unser Bildungssystem dringend durchlässiger und inklusiver werden muß, um allen Kindern gute Chancen einzuräumen. Sie forderte in der akuten Bildungskrise eine Ausbildungs-offensive, die schon bei den Erziehern und Erzieherinnen anfangen muß, eine Entlastung von Lehrkräften bei fachfremden Aufgaben und mehr multiprofessionelle Teams an Kitas und Schulen.

Sebastian Gellert ist kommunalpolitisch bereits seit Jahren sehr aktiv in Werneuchen und als Ortsbeiratsvorsitzender in Weesow. Er möchte es schaffen, die Menschen bei den anstehenden Veränderungen auf dem Weg zu einer klimagerechten Gesellschaft mitzunehmen, die Chancen, z.B. durch die Nutzung erneuerbarer Energien, aufzuzeigen und die Transformation gemeinsam und sozial gerecht zu gestalten.

THORSTEN KLEINTEICH | 13

Der Generalsekretär in Eberswalde

Diskussionsveranstaltung zu den Auswirkungen der »Zeitenwende«

Eberswalde (bbp). Am 24. November hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete STEFAN ZIERKE eingeladen, um zum Thema *»Demokratie unter Druck? Ostdeutsche Perspektiven in der Zeitenwende«* zu diskutieren. Über 60 interessierte Gäste kamen, teilte Zierkes Mitarbeiter KURT FISCHER mit, der die Veranstaltung moderierte. Als prominenter Gast war der SPD-Generalsekretär und Bundestagsabgeordnete KEVIN KÜHNERT zugegen. Über zwei Stunden lang tauschte man sich intensiv und kontrovers aus, so Fischer.

Stefan Zierke fragte zu Beginn: *»Wie können wir gemeinsam mit Zuversicht in die Zukunft blicken? Was braucht es gerade jetzt, um Vertrauen in Demokratie und staatliche Handlungsfähigkeit zu stärken? Und was können wir aus unserer deutschen Geschichte und unseren Erfahrungen für die Herausforderungen der Zeitenwende lernen?«* Diese und weitere Fragen griff Kevin Kühnert anschließend auf und ordnete aus seiner Sicht die Politik der Bundesregierung und aktuelle politische Entwicklungen in diesen Kontext ein. Dabei spannte der SPD-Generalsekretär einen Bogen von

»Putins Angriffskrieg auf die Ukraine, der Unterstützung gegen den Aggressor, der Rolle von Bundeskanzler Scholz als internationalem Vermittler mit Ländern wie China oder den afrikanischen Staaten bis zum Selbstverständnis der Bundesrepublik an der Seite Israels unter dem Eindruck des Terrors der Hamas.«

Dem *»Impulsreferat«* Kühnerts folgte *»eine leidenschaftliche Diskussion in der, neben Wortmeldungen zum Veranstaltungsthema, ebenso zahlreiche weitere Fragen aus dem Publikum gestellt und diverse andere Themen angesprochen wurden.«* So ging es auch um den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Brandenburger Vorteil als Wirtschaftsstandort durch eine Vorreiterrolle in dem Bereich. Zudem wurden Themen wie das Verhältnis und die weiterhin bestehenden Unterschiede von Ost- und Westdeutschland, die demokratische Beteiligung unter jungen Menschen sowie die Frage wichtiger Zukunftsinvestitionen und die wirtschaftliche Unabhängigkeit der BRD in der Welt. Es tue *»gut in der jetzigen Zeit so konstruktiv miteinander zu diskutieren«*, stellte Gastgeber Zierke abschließend fest.

Zukunftswerkstatt EE

Am 25. November hatten Bündnis 90/Die Grünen Barnim zu einer ZUKUNFTSWERKSTATT ERNEUERBARE ENERGIEN in das Dorfgemeinschaftshaus Weesow eingeladen. Ab 11 Uhr ging es in dem vierstündigen Workshop um die Themen CO₂-neutrale Energieversorgung, Wasserstoffstrategie und die Umsetzung dieser Vorhaben unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie möglichst großem Nutzen für die betroffenen Kommunen.

Dazu standen Impulsvorträge von Kommunalpolitikern und Vertretern aus der Erneuerbare-Energien-Branche auf dem Programm und es gab viel Raum für Fragen und Diskussion zur Transformation vor Ort. Für etwas Bewegung zwischendurch sorgte eine kleine Exkursion zur größten Freiflächensolaranlage in der BRD und die im Zusammenhang damit umgesetzten Ausgleichsmaßnahmen im FFH-Gebiet Weesower Luch.

THORSTEN KLEINTEICH

Holzschutz am Bau

Im Februar 2024 haben Menschen, die beruflich im Bereich Holzbau tätig sind, die Möglichkeit, den bundesweit anerkannten Sachkundenachweis Holzschutz am Bau an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) zu erwerben. Anmeldungen sind bis zum 12. Januar 2024 möglich.

Die Weiterbildung richtet sich an Fachleute, ihre Kompetenz als sachkundige Mitarbeiter in Bau- und Sanierungsfirmen, als Architekten oder Bauleiter in der Bauvorbereitung und Kontrolle der fachgerechten Ausführung erweitern wollen.

Schadbilder erkennen, Holzschutzmittel richtig einsetzen und Sanierungsempfehlungen aussprechen – das lernen die Teilnehmer des dreiwöchigen Kurses.

Das Programm ist gespickt mit Themen zur Sanierung von Pilz- und Insektenschäden über Untersuchungsverfahren bis hin zu baurechtlichen Bestimmungen. »Bei einer Exkursion werden zudem Bausubstanzen bestimmt und Probleme aus der Praxis untersucht«, sagt Prof. Dr. SILKE LAUTNER, die den Lehrgang leitet. Zehn Fachreferenten sind Teil des Programms, das mit einer Sachkundeprüfung am letzten Veranstaltungstag endet.

Der Kurs findet vom 12. Februar bis 4. März 2024 an der HNEE, Alfred-Möller-Str. 1, 16225 Eberswalde statt. Die Kosten belaufen sich auf 1.350 Euro zzgl. 230 Euro Prüfungsgebühr (alle Preise netto). Für Studierende und DHBV-Mitglieder werden vergünstigte Konditionen angeboten. Der Kurs ist als Bildungsurlaub im Land Brandenburg anerkannt. Beschäftigte können sich bis zu zehn Werktagen freistellen lassen.

JOHANNA KÖHLE

Fernwärme für Berufsfeuerwehr

Eberswalde (prest-ew). Am 14. Dezember wurde die Umrüstung der Wärmeerzeugung für die Wache der Berufsfeuerwehr der Stadt Eberswalde in Finow an der Eberswalder Straße offiziell abgeschlossen. Symbolisch drehten der Eberswalder Bürgermeister Götz Herrmann sowie Wachvorsteher Helmut Colberg das Stellrad auf.

Für die Feuerwache der Kreisstadt ist es der Abschied vom alten Erdgaskessel und der Anschluß an die klimafreundlichere Fernwärme. Für die Stadt Eberswalde ist es der Beginn einer zukunftsorientierten Versorgung der kritischen Infrastruktur.

Die Stadt Eberswalde hat sich mit einem Zuschuß in Höhe von 119.000 Euro an den Baukosten beteiligt, für das wichtige Projekt mußten jedoch keine Fördermittel in Anspruch genommen werden. Der ausführende Energiedienstleister EWE betreibt im Stadtteil Finow eines von insgesamt vier Heizkraftwerken in Eberswalde. Insgesamt werden mehr als 8.000 Wohnungen sowie Schulen, Kindertagesstätten, öffentliche und private Einrichtungen, Unternehmen, das Gropius Krankenhaus und nun auch die Feuerwache in Finow mit jährlich insgesamt 60 Millionen kWh Fernwärme versorgt.

»Blockheizkraftwerke sind aber nur eine Übergangslösung auf dem Weg in die Klimaneutralität. Zukünftig wird die Wärmeversorgung dezentral mit Wärmepumpen und zentral mit grünen Fernwärmelösungen gestaltet. In Eberswalde untersuchen wir daher die Einbindung erneuerbarer Energien in die Fernwärmeversorgung mit dem Ziel, bis 2045 CO₂-freie Wärme zu erzeugen und zu liefern«, wie Stephan Krahn vom Energiedienstleister EWE erläutert. »Für die Stadt Eberswalde ist es eine



FOTO: MARKUS MIRSCHHEL

v.l.n.r. Stephan Krahn (EWE), Jens Damer und Mandy Diekhoff (beide Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft), Kameraden der Berufsfeuerwehr, Helmut Colberg (Wachvorsteher) und Götz Herrmann (Bürgermeister).

wichtige Investition in die Zukunft, auch mit Blick auf das Klimaanpassungskonzept für die Stadt, welches die Energiesicherheit mit dem Klimaschutz als eine integrative Strategie verbindet«, wie Götz Herrmann als Bürgermeister die Wichtigkeit des Fernwärmeanschlusses für die Feuerwache unterstreicht. Er betonte, daß Veränderungen nicht von heute auf morgen umgesetzt werden können, eine die Stadt übergreifende Versorgungsplanung jedoch sicherstellen müsse, daß Eberswalde auch in Zukunft lebenswert bleibt. Mit der Umstellung der Wärmeerzeugung für die Feuerwache reduziert sich die jährliche CO₂-Emission um geschätzte 100 Tonnen.

BUND-Ökotip:

Energie sparen bei digitalen Anwendungen

Digitale Helferlein und Spaßbringer gibt es in fast jedem Haushalt. Doch so manches Gerät entpuppt sich als Stromfresser.

Von den meisten Menschen unbemerkt verbraucht beispielsweise ein WLAN-Router mehr Strom als ein kleiner Kühlschrank. Einfach die WLAN-Funktion zu bestimmten Zeiten automatisch ausschalten, zum Beispiel nachts oder tagsüber, wenn alle Personen den Haushalt verlassen, hilft hier Strom sparen. Wer noch nicht mit der Online-Benutzeroberfläche des WLAN-Routers vertraut ist, kann den Gerätetyp online suchen und gelangt meist zu hilfreichen Informationen. WLAN-Netze aufrecht zu erhalten, ist generell sehr energieintensiv. Daher sollten auch Verstärker in der Wohnung so platziert werden, daß möglichst wenig Geräte in Gebrauch sind.

Damit elektronische Geräte möglichst schnell reagieren, ist der Standby-Modus immer noch weit verbreitet. Besonders Unterhaltungselektronik, wie Spielekonsolen oder

smarte Fernseher, fressen über die Lebenszeit gesehen im Standby-Betrieb Unmengen an Strom. Da hilft eine Steckdosenleiste mit Schalter oder eine Zeitschaltuhr.

Bei Bildschirmen gilt: Kleiner ist finer. Prüfen Sie vor dem Kauf eines neuen Fernsehgeräts, welche Größe Sie für die entsprechende Distanz zur Couch wirklich brauchen. Teilen Sie den Abstand zwischen Sofa und Bildschirm durch drei – größer sollte die Bildschirmdiagonale Ihres Fernsehers nicht sein. Die Bildschirmgröße hat sogar doppelten Einfluß auf die Stromrechnung. Bei einer geringeren Auflösung sparen Wiedergabegeräte Energie. Auch die Datenmenge wird erheblich reduziert. Für ein schönes Erlebnis ist Ultra-HD nicht immer notwendig.

Potential gibt es beim Heizen: Ein schlaues Management oder die Funktionsüberwachung von Heizungsanlagen können sich lohnen.

FRIEDRIKE HILDEBRANDT

Warnung vor Asbest-Welle

Tonnen von Baumaterial mit Asbest stecken in Altbauten. Von 1950 bis 1989 kamen Asbest-Baustoffe intensiv zum Einsatz. Es ist davon auszugehen, daß es in jedem Gebäude, das in dieser Zeit gebaut, modernisiert oder umgebaut wurde, Asbest gibt. Mal mehr, mal weniger.

In den vier »Asbest-Jahrzehnten« wurden im Landkreis Barnim rund 9.600 Wohnhäuser mit 26.100 Wohnungen neu gebaut. Das sind immerhin 18 Prozent aller Wohngebäude, die es heute im Kreis gibt. Dazu kommen noch Gewerbegebäude, Garagen, Ställe und Scheunen in der Landwirtschaft.*

Asbest ist ein krebserregender Stoff. Wer in einem asbestbelasteten Haus wohnt, muß sich trotzdem keine Sorgen machen. Erst bei Sanierungsarbeiten wird es kritisch. Dann kann Asbest freigesetzt und damit zu einem ernststen Problem werden. Alles fängt mit Baustaub und dem Einatmen von Asbestfasern an. Bauarbeiter und Heimwerker haben kaum eine Chance, diese Gefahr zu erkennen. Bis zu 30 Jahre dauere es, ehe es zur tragischen Diagnose komme: Asbestose – mit Lungen-, Bauchfell- oder Kehlkopfkrebs. Zum Komplettschutz bei einer Sanierung mit Asbest-Gefahr gehört daher immer mindestens eine FFP3-Atemschutzmaske. Ebenso ein Muß: Overall, Schutzbrille und Handschuhe.

Die krebserregende Mineralfaser steckt in vielen Baustoffen. Die »Asbest-Fallen« lauern überall. Asbest ist oft im Putz und sogar in Spachtelmassen und Fliesenklebern, vor allem aber im Asbest-Zement. Daraus wurden vorwiegend Rohre, Fassadenverkleidungen und Dacheindeckungen gemacht. Eternit war typisch für den Westen, Baufanit für den Osten.

Ein großes Problem stellt Spritz-Asbest dar. Hier sind die Asbestfasern schwächer gebunden. Sie können deshalb leichter freigesetzt werden. Vor allem Aufzugsschächte sowie Schächte mit Versorgungs- und Entsorgungsleitungen wurden früher intensiv mit Spritz-asbest verkleidet. Die IG BAU Oderland spricht von einer neuen »Asbest-Gefahr«.



FOTO: PETER VIDA

Aktuell stehen wir stehen am Anfang von zwei Sanierungsjahrzehnten. Die energetische Gebäudesanierung wird enorm an Fahrt aufnehmen. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, wird auch im Kreis Barnim in den nächsten Jahren ein Großteil der Altbauten »angefasst«. Dabei bleibt es in den meisten Fällen nicht bei einer reinen Energiespar-Sanierung. Wohnhäuser werden modernisiert, senioren- und familiengerecht umgebaut. Es

wird angebaut und aufgestockt, um mehr Wohnraum zu bekommen.

Mit der Sanierungswelle droht deshalb jetzt auch eine »Asbest-Welle« auf dem Bau. Das sind Gefahren für Bauarbeiter genauso wie für Heimwerker. Bei einer Sanierung im bewohnten Zustand gilt es, mit aller Sorgfalt professionell vorzugehen, um Gesundheitsgefährdungen für die Bewohner zu vermeiden. Die IG BAU will der drohenden »Asbest-Welle« auf dem Bau jetzt mit einem Maßnahmenpaket entgegentreten. Die Bau-Gewerkschaft hat dazu eine bundesweite »Asbest-Charta« mit zentralen Forderungen für mehr Schutz vor Asbest vorgelegt. Der 5-Punkte-Katalog kann bei der IG BAU Oderland angefordert werden: eberswalde@igbau.de.

Es geht dabei um bessere Informationen über Asbest-Gefahren bei Gebäuden, um die Förderung von Asbest-Sanierungen und vor allem auch um konsequenten Arbeitsschutz. Die Gewerkschaft fordert einen Schadstoff-Gebäudepaß mit unterschiedlichen Gefahrenstufen für die jeweilige Asbest-Belastung eines Gebäudes. Jeder Bauarbeiter und jeder Heimwerker muß wissen, auf was er sich einläßt, wenn er Fliesen abschlägt, Wände einreißt oder Fassaden saniert. Wichtig wäre zudem eine staatliche Sanierungsprämie. Dazu muß der Bund ein KfW-Förderprogramm »Asbest-Sanierung« schaffen. Das hilft, Kosten abzufedern, die bei einer – beispielsweise energetischen oder altersgerechten – Gebäudesanierung in asbestbelasteten Wohnhäusern zusätzlich entstehen. Außerdem ließe sich damit auch eine ordnungsgemäße Entsorgung von alten Asbest-Baustoffen sicherstellen. Dies muß begleitet werden durch eine Informationskampagne des Bundes und der Länder. Bauarbeiter und Heimwerker müssen wissen, wie der optimale Schutz vor Asbest aussieht. Und das muß den Menschen in der Sprache gesagt werden, die sie verstehen – den ausländischen Beschäftigten also auch in ihrer Muttersprache.

Hier sind nicht zuletzt die Bundestagsabgeordneten der Region gefragt, aktiv zu werden.

In den vergangenen zehn Jahren sind nach Angaben der IG BAU 3.376 Versicherte der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (BG BAU) an den Folgen einer asbestbedingten Berufserkrankung gestorben – darunter allein 320 Baubeschäftigte im vergangenen Jahr.

ASTRID GEHRKE, IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Bezirksverband Oderland

* Quelle: »Situationsanalyse Asbest«, Pestel-Institut (Hannover) im Auftrag der IG BAU

Barnimer Umweltpreis 2023

Bündnis 90/Die Grünen schreiben den Barnimer Umweltpreis 2023 aus. Der 27. Umweltpreis ist dank zweckgebundener Spenden wieder mit einem Preisgeld in Höhe von 1.000 Euro dotiert. Gestiftet wird der Preis von ANDREAS FENNERT, für Grüne/B90 Mitglied im Aufsichtsrat der Eberswalder Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG), und von KAI-ALEXANDER MOSLÈ, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen aus Groß Schönebeck.

Ausgezeichnet wird besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur, Klima und Umwelt sowie in der Umweltbildung. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen und Vereine aus dem Landkreis Barnim. Projekte mit Kindern und Jugendlichen sind besonders willkommen. Auch begründete Auszeichnungsvorschläge sind möglich. Die Projekte oder Initiativen sollen im Landkreis Barnim angesiedelt sein und möglichst anschaulich dargestellt werden.

Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 5. Januar 2024 im Büro von Bündnis 90/Die Grünen, Friedrich-Ebert-Str. 2, 16225 Eberswalde, eingereicht werden. Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus Vertretern regionaler Umweltverbände, der Naturschutzverwaltung und von Bündnis 90/Die Grünen.

THORSTEN KLEINTEICH

Energieholz frißt den Wald

100.000 Tonnen Frischholz werden im Holzkraftwerk Eberswalde jährlich verfeuert. 6.000 Tonnen Restholz für das geplante Pyrolyse-Kraftwerk ist auch nicht wenig.

Wie kann man sich vorstellen, was diese Mengen für den Wald bedeuten? Der Landesbetrieb Forst Brandenburg geht von einem Ertrag von 4 Festmeter Rohholz pro Hektar im Jahr aus. Eine Tonne Nadelholz mit Rinde entspricht 1,2 Kubikmeter. 100.000 Tonnen Frischholz bedeuten somit eine entsprechend zu bewirtschaftende Waldfläche von 30.000 Hektar, also ca. 42.000 Fußballfelder.

6.000 Tonnen Restholz für das Pyrolyse-Kraftwerk ist bezüglich der notwendigen Fläche schwer zu erfassen, ganz davon abgesehen, daß Restholz im Wald verbleiben sollte. Wenn man zum Vergleich die o.g. Bedingungen ansetzen würde, käme man auf eine Fläche von 2.500 Fußballfelder.

Bei diesen Zahlen, die keineswegs verbindlich sind, geht es einzig darum, eine Vorstellung zu bekommen, welche Größenordnung an Waldfläche bei der Verbrennung von Holz betroffen ist.

ERNST WAGNER-ROTT

* Pyrolyse = Holzvergasung (vgl. BBP 11/2023, Seite 10)

Ganzheitliche Ernährung (34)

Gerade in der Herbst- und Winterzeit kommt es immer öfter zu *Infekten*. Wiederkehrende Erkältungen schwächen unser *Immunsystem*. Die Wissenschaft geht davon aus, daß sich 70 bis 80 Prozent unseres Immunsystems im Darm befinden. Deshalb ist ein gesunder Darm für unsere Gesundheit sehr wichtig. Ein grippaler Infekt äußert sich mit eher leichten Beschwerden, geht allerdings auch teilweise mit Fieber einher. Die Symptome ähneln einer beginnenden, leichten Grippe, der sogenannten *Influenza*. Allerdings sind der grippale Infekt und die Grippe zwei komplett unterschiedliche Krankheiten.

So ist der grippale Infekt deutlich harmloser. Ungefähr eine Woche nach der Infizierung mit *Erkältungsviren* ist man dann ansteckend und kann diese Erkältungsviren auch auf andere Personen übertragen. Oftmals tritt der grippale Infekt auf, wenn unser Körper geschwächt ist, z.B. aufgrund von Streß oder nach Kälte- oder Nässeeinwirkung. Aber auch der Mangel an ausreichendem Schlaf schwächt unser Immunsystem. Anzeichen für einen grippalen Infekt sind ein Kratzen im Hals oder auch Halsschmerzen. Die Krankheit entwickelt sich eher langsam. Auch Schluckbeschwerden und ein trockener Hals sind erste Anzeichen für einen grippalen Infekt.

Die sogenannte Sommergrippe, die im Frühling, Sommer oder Früherbst auftritt, ist ebenfalls ein grippaler Infekt. Ein Kitzeln in der Nase und Niesen zeigen uns eine entzündete Nasenschleimhaut an. Daran schließt sich dann der Schnupfen an, mit eitrigem und wäßrig bis schleimigen Ausfluß. Dies behindert unsere Nasenatmung. Wir sprechen nun mit nasaler Stimme. Es können auch Frösteln, Kopf- und Gliederschmerzen sowie eine erhöhte Körpertemperatur auftreten. Insgesamt fühlen wir uns oft matt und müde.

Weitere Symptome können hinzukommen. Dies ist abhängig davon, ob sich die Entzündung der oberen Atemwege absteigend oder aufsteigend ausbreitet.

So kann es zu einer *Luftröhren- und Bronchienentzündung* kommen. Typisch hierfür sind Brustschmerzen und Husten mit einem schleimig, eitrigem Auswurf.

Auch eine *Kehlkopfentzündung* kann auftreten, Anzeichen sind Heiserkeit und Hustenreiz sowie Halsschmerzen. Dies kann in schweren Fällen bis zum Verlust der Stimme führen. Die Diagnose erfolgt meist anhand der vom Patienten geschilderten Symptome. Um einen grippalen Infekt von einer Grippe unterscheiden zu können, kann der Arzt mittels einer Blutuntersuchung die Entzündungszeichen bestimmen lassen. Wie Sie die Infektneigung mit Ernährung bekämpfen können, erfahren Sie in Teil 35 (Seite 17).

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Eberswalde, DDR



Dieses Foto von der HO-Gaststätte »Haus Stadtsee« stammt aus den 1950er oder 60er Jahren. Ein Bild aus »besseren Zeiten«...



...als nach 1990 die HO-Handelsorganisation der DDR aufgelöst war, versuchten sich verschiedene private Betreiber und auch ein Ausbildungsverein, den Gaststättenbetrieb aufrechtzuerhalten. Seit vielen Jahren stehen die Gebäude leer und waren dem Verfall preisgegeben. Als Retter bot sich im Frühjahr der Landkreis Barnim an, der das gesamte Grundstück der Stadt Eberswalde abkaufte und, hier zunächst Unterkunftsmöglichkeiten für Asylbewerber schaffen möchte (BBP Sommer/2023).

Eberswalde (bbp). Die Gegenüberstellung von Gebäuden, Straßen oder Plätzen auf historischen Fotos mit den Ablichtungen derselben Orte in der Gegenwart gehört zu jener Form der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Gegenwart, die bei vielen beliebt ist. Erinnert sei an den künstlerisch hochwertigen Wandkalender der städtischen Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft, der von Hans Jörg Rafalski gestaltet wurde und vor zwanzig Jahren anlässlich »750 Jahre Eberswalde« erschienen ist. Auch die Stadtverordnete

Karen Oehler hat sich diesem Genre mit mehreren in Zusammenarbeit mit der Buchhandlung Mahler entstandenen Büchern versucht.

In diesem Jahr gab es zu dem alten und immer wiederkehrenden Thema unter dem Titel »Eberswalde, DDR« neben dem Eberswalder Medienhaus in der Eisenbahnstraße 92/93 eine kleine Ausstellung mit insgesamt 18 Foto-paaren, die den Vergleich des historischen Eberswalde mit dem Eberswalde von heute zuließ. Im November wurde diese Ausstellung abgebaut. Der Ausstellungsmacher DIRK EN-

GELHARDT ermöglichte der »Barnimer Bürgerpost«, in dieser Ausgabe einige dieser Fotos zu veröffentlichen.

Dirk Engelhardt ist in Göttingen (Niedersachsen) geboren und hat Anfang der 90er Jahre Publizistik und Nordamerikastudien an der Freien Universität Berlin studiert. Das Berlin der 90er Jahre hatte es ihm angetan, so daß er blieb. Seit 1994 arbeitet er als freier Journalist für verschiedene Zeitungen und schreibt Reisebücher. 2006 erhielt er den Journalistenpreis »Beauty of Business« für die Reportage »Für das Beste im Mann«, erschienen im Rheinischen Merkur. Als nach zweieinhalb Jahrzehnten der einstige Flair Berlins verloren gegangen war, zog es ihn aufs Land, in einen

abgelegenen Hof in der Gemeinde Chorin. Doch der Vermieter war nicht nur Musiker, sondern auch »schwierig«. Nach einem Jahr zog er aus und wohnt seitdem in Eberswalde, wobei er schon vorher die Coworking-Möglichkeiten in der Thinkfarm nutzte, in deren Nachbarschaft später auch seine Ausstellung zu sehen war.

Die Idee zur Ausstellung hatte Dirk Engelhardt schon, als er noch in Chorin wohnte. Mit Hilfe von Eberswaldern, insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Kreisarchiv, fand er alte Fotos mit vergessenen Ansichten. Die aktuellen Vergleichsfotos, auf denen der heutige Zustand zu sehen ist, stammen von ihm selbst.



Dieses Foto entstand vermutlich in den 1960er Jahren. Möglich wäre auch der »Jahrhundertwinter« 1978/79, die weitgehend letzte Möglichkeit, solche Schneeberge in Eberswalde zu fotografieren.



Das aktuelle Foto zeigt sommerlich begrünte Bäume in der Puschkin- und Schicklerstraße sowie sanierte Häuser, in denen jeweils die Dachetagen für Wohnzwecke nutzbar gemacht wurden. Für die gezeigte Firmenwerbung erhalten wir leider kein Entgelt.

Ganzheitliche Ernährung (35)

Wie können Sie nun die Infektneigung mittels Ernährung bekämpfen?

Sie sollten genügend *trinken*. Die Richtmenge lautet mindestens 30 Milliliter pro Kilogramm Körpergewicht. Die viel empfohlenen 2 Litern pro Tag gelten demnach bei 70 Kilogramm Körpermasse. Sie sollten vor allem Wasser und ungesüßte Früchte- und Kräutertees zu sich nehmen. Auch grüner Tee und Brottrunk sind empfehlenswert. Auf Alkohol sollten Sie verzichten.

Bei *Obst* können Sie sich gerne bedienen, die ganze Palette steht Ihnen offen. Ob Aprikosen, Orangen, Zitronen, Grapefruits, Kiwi, Holunder oder jegliche Art von Beeren. Suchen Sie sich aus, was Ihnen schmeckt. Auf gezuckerte Obstkonserven sollten Sie vollständig verzichten und Trockenfrüchte nur in kleinen Mengen zu sich nehmen.

Auch bei *Gemüse* können Sie nach Herzenslust auswählen. Egal ob Kohl (Blumenkohl, Brokkoli, Grünkohl, Rosenkohl, Wirsing,...) oder Salate (Rucola, Kopfsalat, Chicoree, Feldsalat,...) oder Pilze dürfen gerne auf Ihrem Speiseplan stehen. Auch die etwas schärferen Gemüse wie Ingwer, Meerrettich, Rettich oder Radieschen können Sie verzehren. Aber Sie dürfen auch Spinat, Rote Bete, Tomaten und Sauerkraut genießen. Verzichten sollten Sie indes auf Tiefkühl-Gemüse in Sahne, Butter oder Rahm.

Bei den *Kräutern und Gewürzen* können Sie gerne zu Kreuzkümmel, Thymian, Zimt, Chili, Curry, Kurkuma und Estragon greifen. Nicht empfehlenswert sind Fertiggewürzmischungen und Fertigbrühe.

Auch bei *Nüssen* steht Ihnen die ganze Palette, bis auf Erdnüsse, offen. Verzichten sollten Sie auf gesalzene Nüsse jeglicher Art. Greifen Sie zu hochwertigen *Fetten und Ölen* wie Hanföl, Leinöl, Rapsöl, Olivenöl und Nußöl.

Bei den *Milchprodukten* sollten Sie auf stark verarbeitete und gezuckerte Milchprodukte verzichten. Gerne können Sie zu Skyr, Kefir, Buttermilch, Frischkäse und Bio-Eiern greifen.

Vollkornprodukte, Haferflocken, Weizenkleie, Quinoa und Amaranth sind zu empfehlen. Dagegen sollten Sie Pommes frites, Weizenmehlprodukte, Backwaren und helles Brot sowie Cornflakes meiden.

Der *Fisch* sollte frisch sein, dann steht Ihnen die ganze Palette offen. Verzichten sollten Sie auf frittierten oder panierten Fisch.

Ebenso sollten Sie paniertes oder frittiertes rotes *Fleisch* meiden. Auch Salami, Würstchen und Innereien sollten Sie weglassen. Sie können jedoch zu Hähnchen, Lamm, Pute, Wild und Gans greifen, ebenso zu mageren Wurstsorten.

Fragen zum Thema? Schreiben Sie an willkommen@hinneberg.info

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info) 17

Bängstigende Vorwürfe erhob der israelische Kommunikationsminister SHLOMO KARHI in einem Schreiben an Netanjahus Kabinettssekretär YOSSE FUCHS gegenüber der linken und regierungskritischen Tageszeitung Haaretz.

Unter der bedrohlichen Überschrift »Maßnahmen gegen die Zeitung Haaretz wegen der Verbreitung von Lügen und defätistischer Propaganda« schrieb er: »Seit Kriegsbeginn habe ich sehr viele Klagen erhalten, daß Haaretz eine feindliche Position bezogen hat, die unsere Kriegsziele, die militärischen Anstrengungen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt untergräbt. Es kann auch sein, daß einige der Veröffentlichungen dieser Zeitung sogar gegen einschneidende Abschnitte des Strafgesetzbuches verstoßen, die nur für Kriegszeiten gelten.«

Er fügte hinzu, daß der Staat Israel einer der Kunden von Haaretz sei und die Regierung die Macht habe, zu entscheiden, ob sie noch länger die Geschäftsbeziehungen mit einer Zeitung fortführen wolle, die »Israel in Kriegszeiten sabotiert und den Kampfgeist israelischer Soldaten und Zivilisten angesichts des Feindes untergräbt«.

Praktisch würde das bedeuten, daß die Regierung künftig keine Bekanntmachungen und Anzeigen in Haaretz veröffentlichen und alle Abonnements von Regierungsstellen (Armee, Polizei, Justizverwaltung und Ministerien) kündigen würde. Damit würden alle Zahlungen der Regierung an Haaretz eingestellt.

Dieser Vorschlag Karhis ist zwar noch nicht mit der Rechtsabteilung seines Ministeriums abgeklärt, aber schon auf seinem Twitter-Account veröffentlicht.

Kriegsopferhilfe



In der BRD wird Hilfe für die »falschen« Menschen bekämpft. Das Finanzamt Eberswalde entzog dem Wandlitzer Hilfsverein die Gemeinnützigkeit. Wegen Drohungen verließ die Vorsitzende inzwischen das Land.

Der 67. Transport der Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e.V. ist unser jährlicher Weihnachtstransport mit Hilfsgütern und Weihnachtspaketen. Die Hilfsgüter mit warmer Kleidung, Decken und vieles mehr werden dringend benötigt. Wer uns unterstützen möchte: Paypal: friedensbruecke@gmx.de

LIANE KILINC

Israels Kommunikationsminister attackiert Haaretz*:

Massiver Angriff auf die Pressefreiheit

Er zitierte in seinem Brief die jüngst ergangenen Notstandsverordnungen, die es der Regierung ermöglichen, gegen ausländische Medien, die dem Land schaden, vorzugehen und folgert: »Es ist unvorstellbar, daß wir in einer Zeit, in der wir Maßnahmen gegen ausländische Sender ergreifen, eine israelische Zeitung fortfahren lassen, einen beträchtlichen Teil seiner Einnahmen vom israelischen Staat zu erhalten, während sie als Sprachrohr unserer Feinde fungiert.«

Das Sicherheitskabinett ermächtigte kürzlich Karhi, gegen Al Mayadeen vorzugehen, einen libanesischen TV-Sender, der Verbindung zu Hisbollah hat und aus Israel berichtet. Begründet wurde die Maßnahme damit, er gefährde die nationale Sicherheit und diene einer terroristischen Organisation. Karhi unterzeichnete eine Verordnung zur Blockierung des Internetauftritts des Senders in Israel und beauftragte die Armee, eine Verfügung zur Schließung der Büros dieses Senders auf der Westbank zu erlassen. Allerdings verweigerte das Sicherheitskabinett seine Zustimmung zur Schließung von Al Dschasira, des TV-Senders aus Katar. Schließlich ist Katar an den Verhandlungen zur Freilassung der Geiseln, die Hamas nach Gaza entführt hat, beteiligt.

Der Herausgeber von Haaretz AMOS SCHOCKEN reagierte sarkastisch auf den Vorschlag von Karhi: »Wenn die Regierung Haaretz schließen möchte, dann es ist Zeit, Haaretz zu lesen.«

Die Israelische Journalistenunion erklärte sich mit Haaretz solidarisch: »Der Kommunikationsminister ist vom Weg abgekommen. Karhi, der erst kurz im Amt ist, konzentrierte sich die meiste Zeit auf seine gescheiterten Versuche, die öffentlichen Rundfunksender zu schließen. Er hat ein neues Objekt zur Zählung gefunden. Sein neuer Vorschlag, alle Geschäftsbeziehungen der Regierung mit Haaretz abubrechen, ist ein populistischer Vorschlag ohne jede Machbarkeit und Logik und sein einziger Zweck besteht darin, Sympathien (wörtlich: likes, HLL.) bei seiner politischen Basis zu sammeln, auf Kosten engagierter Journalisten, die Tag und Nacht daran arbeiten, über den Kriegsverlauf zu berichten.«

Weiter erklärte die Israelische Journalistenunion: »Wir unterstützen die Journalisten von Haaretz und wir sind sicher, daß sie ihre gute Arbeit zum Wohle Israels fortsetzen und sich nicht durch die dummen und leeren Drohungen des Ministers Karhi abschrecken lassen werden.«

Ob sich Minister Karhi mit dem Einsammeln von »likes« zufrieden geben wird oder ob mehr hinter der Attacke auf Haaretz steckt, wird sich zeigen.

HARTMUT LINDNER (25.11.23)

* »Haaretz« ist eine linke Tageszeitung in Israel, die durch ihre regierungskritische Haltung und konsequente Berichterstattung über die Gewalt der illegalen Siedler auf der Westbank bekannt ist.

Waffenstillstand ausgeschlossen

Die israelische Tageszeitung »Haaretz« vermeldete am 31. Oktober:

Es ist der 25. Tag in Israels Krieg gegen die Hamas, drei Wochen, nachdem die Hamas in einem gnadenlosen Angriff mindestens 1.300 Israelis getötet und mehr als 3.300 verwundet hat. Im Gaza-Streifen berichtet das von Hamas kontrollierte Gesundheitsministerium, daß mindestens 8.306 Palästinenser getötet worden seien. Hamas und Islamischer Dschihad haben mehr als 240 Geiseln, Zivilisten und Soldaten, darunter auch einige Ausländer, in ihrer Gewalt.

Mit unterschiedlicher Intensität kämpfen die israelischen Streitkräfte nun an fünf Fronten: in Gaza, der West-Bank, in Libanon, in Syrien und mit den Houtis im Jemen.

Über erbitterte Kämpfe im Gazastreifen berichten die Palästinenser und die israelische Armee. Raketenangriffe der Hamas auf Israel und israelische Luftangriffe auf Gaza werden fortgesetzt. Die Spannungen in der Region verschärften sich, nachdem Houtis aus Jemen, Stellvertreter des Iran, mehrere ballisti-

sche Raketen und Drohnen auf Israel abgefeuert haben. Israels und Hisbollahs Schlagabtausch im Norden dauert an. US-Außenminister Blinken hat einen Waffenstillstand völlig ausgeschlossen, »er würde nur zur Festigung dessen, was Hamas anrichten konnte, beitragen«.

(Übersetzung HARTMUT LINDNER)

Aktualisierung: Inzwischen dauert der neue Krieg in Nahost schon mehr als zwei Monate. Inzwischen starben im Gazastreifen 20.000 Palästinenser und 53.000 wurden verletzt. Auch die Zahl der gefallenen israelischen Soldaten soll mittlerweile mehrere Hundert betragen. Von den Geiseln kamen während eines Waffenstillstandes mehrere Dutzend frei. Weitere starben im israelischen Bombenhagel oder wurden von der israelischen Armee (IDF) gezielt »irrtümlich« erschossen. Die jemenitischen Houtis stören inzwischen erfolgreich den Schiffsverkehr im Roten Meer. Die Hisbollah im Libanon bindet weiter beträchtliche Teile der IDF, der es nicht gelang, die Hamas-Milizen zu besiegen.

Palästina von A-Z (Teil 1: A-M)

von Mosab Abu Toha

A: apple, am

An einem dunklen Abend fiel ein Apfel vom Tisch, als ein menschengemachter Blitz die Küche, die Straßen und den Himmel durchzuckte, den Küchenschrank erschütterte, so daß das Geschirr klirrend zerbrach.

Das englische »Am« ist ein Verb, das in der Zeitform Gegenwart dem »Ich« folgt. Da bin ich aber schon nicht mehr gegenwärtig, ich bin zerschlagen.

B: book, borders

Ein Buch, das meine Sprache oder mein Land nicht nennt und Landkarten von allen Orten hat außer meinem Geburtsort, als ob ich ein illegitimes Kind der Mutter Erde wäre.

Grenzen sind jene erfundenen Linien, die mit Asche auf den Karten eingezeichnet und mit Gewehrkugeln in die Erde gesät werden.

C: city, country

Gaza ist eine Stadt, in der sich Touristen versammeln, um Fotos neben zerstörten Gebäuden und Friedhöfen zu knipsen.

Ein Land, das nur in meinem Kopf existiert. Für seine Flagge gibt es keinen Ort, an dem sie frei fliegen kann, nur auf den Särgen meiner Landsleute gibt es genügend Platz.

D: Dar, dreams

»Dar« heißt Haus. Meine Großeltern ließen ihr Haus 1948 an der Küste bei Jaffa zurück. Ein Baum, so erzählte mein Vater, stand im Vorgarten.

Träume von Kindern und ihren Eltern, die im AL MISHAL KULTURZENTRUM Lieder hörten und Theaterstücke sahen. Im August 2018 zerstörte es Israel. Ich hasse den August. Aber noch werden Stücke gezeigt. Gaza ist die Bühne.

E: email account, easy

Wenn es Strom gab, nutzte ich einen eMail-Account, um die Luft von Übersee zu riechen. Ich nutzte ihn zuerst, um Fotos an meine Tante in Jordanien zu schicken, die ich zuletzt im Jahr 2000 besucht hatte.

Wie leicht es ist herauszufinden, welcher Flugzeugtyp es ist: Eine F-16, ein Hubschrauber oder eine Drohne? Welche Art von Geschloß es ist: Von einem Kanonenboot, einem M-16, einem Panzer oder einem Apache? Auf den Sound kommt es an.

F: friends, fishes

Freunde aus der Schule, der Nachbarschaft, der Kindheit. Einsam sind die Bücher in meinem Wohnzimmer in Gaza und die Gedichte in meinem Notizbuch. Beim Angriff 2014 verlor ich drei Freunde: Ezzat, Ammar und Ismael. Ezzat kam aus Algerien, Ammar aus Jordanien und Ismael von einem Bauernhof. Wir begruben sie alle in der kalten Erde.

Fische können die Fischer in unserer See nicht fangen, denn die israelischen Kanonen-

boote sorgen sich um das Leben im Mittelmeer. Einmal fischten sie mit einer Minensperre an der Küste von Gaza und Huda Ghallia verlor im Juni 2006 ihren Vater, ihre Stiefmutter und fünf Geschwister. Ich ging in ihrem Leichenzug zum Friedhof. Das Blut an ihrer Kleidung war noch frisch. Sie haben etwas Parfüm darüber gegossen, um den Gestank zu überdecken. Mit der Zeit wuchs mein Haß auf Parfüm.

G: good, gender

Wie geht es dir, Mosab? Gut. Ich hasse dieses Wort. Es bedeutet mir nichts. Dein Englisch ist gut, Mosab! Danke.

Als ich den Antrag für das U.S. Visum ausfüllen mußte, war mein Land, Palästina, nicht auf der Liste. Aber glücklicherweise mein Geschlecht.

H: helicopter, hey

Wenn ein Hubschrauber am Himmel über Gaza steht, wissen wir, daß er eine Rakete abfeuern wird. Er kann nicht sehen, ob neben seinem Ziel auf der Straße ein Kind mit Murmeln oder einem Fußball spielt.

Meine Freundin Elise sagte mir, »hey« ist Slang und sollte nicht benutzt werden. »Englischlehrer würden in Ohnmacht fallen, wenn sie wüßten, was heute alles im Schriftenglisch gebräuchlich ist.«

I: images, ill

Wandbilder, ein Mädchen, das von einem israelischen Scharfschützen erschossen oder während eines Luftangriffs auf dem Weg zur Schule getötet wurde. Ihr Bild wurde auf ihrem Tisch in der Schule aufgestellt. Ihr Bild schaut zur Tafel, während Luft auf ihrem Stuhl sitzt.

Es macht mich krank, wenn ich von meinen Träumen mit den düsteren Vorstellungen, was mir hätte zustoßen können, erwache. Was wäre gewesen, wäre ich ein paar Sekunden am Fenster stehen geblieben, als eine Kugel von nirgendwo durch das Glas schoß?

J: juice, jobless

Einst schickte ich ein Foto von meinem Schreibtisch in Gaza an einen Freund in den Vereinigten Staaten. Ich wollte zeigen, daß es mir gut ging. Auf dem Schreibtisch waren einige Bücher, mein Laptop und ein Glas Erdbeersaft.

Als ich das Foto abschickte, war ich arbeitslos. Ungefähr 47 Prozent der Leute in Gaza sind ohne Arbeit. Aber während ich diese Zeilen schreibe, versuche ich, eine Literaturzeitschrift zu gründen. Ich weiß noch nicht, wie sie heißen soll.

K: key, Kafka

Mein Großvater hatte noch den Schlüssel zu seinem Haus in Jaffa aus dem Jahr 1948. Er

Über Mosab Abu Toha

MOSAB ABU TOHA, geb. 1992 in Gaza, Schriftsteller, Lyriker und Bibliothekar, Träger des Palestine Book Award 2022 und Finalist des American Book Award 2022, Gründer der Edward Said Library, der einzigen englischsprachigen Bibliothek in Gaza. Er war Visiting Poet der Harvard University.

MOSAB ABU TOHA ist am 19.11.2023 auf der Flucht von Nordgaza in den Süden von israelischen Soldaten festgenommen, mißhandelt und erst nach Protesten aus den USA (PEN) wieder freigelassen worden. Die Washington Post und die Süddeutsche Zeitung meldeten am 22.11.2023 seine Freilassung.

Veröffentlichungen: Things You May Find Hidden in My Ear. Poems from Gaza.(2022); gemeinsam mit Jihad Abusalim (Hg): Light in Gaza: Writings Born in Fire; Artikel in verschiedenen amerikanischen Zeitschriften und Zeitungen (New Yorker, New York Review of Books, Washington Post u.a.)

In der November-Ausgabe hat die Barnimer Bürgerpost bereits einen Text von Mosab Abu Toha abgedruckt. Ich habe jetzt mehr über diesen Lyriker aus Gaza herausgefunden und einen Zyklus »Palästina A - Z« übersetzt. Der Text ist vor dem aktuellen Konfliktausbruch verfaßt worden und 2022 in den USA erschienen. Die Gedichte Abu Tohas zeigen, daß es auch andere Stimmen als die Hamas in Gaza und Palästina gibt.

HARTMUT LINDNER

dachte, er könnte nach wenigen Tagen zurückkehren. Er hieß Hasan. Das Haus wurde zerstört. Andere bauten ein neues an seinem Platz. Hasan starb in Gaza 1986. Der Schlüssel hat Rost angesetzt, aber ist noch irgendwo und sehnt sich nach der alten Holztür.

In Gaza weiß man nicht, wofür man Schuld trägt. Es fühlt sich an, wie in einem Roman von Kafka.

L: language, light

Ich spreche Arabisch und Englisch, aber ich weiß nicht, in welcher Sprache mein Schicksal notiert ist. Ich bin mir nicht sicher, ob das irgend etwas ändern würde.

Licht ist das Gegenteil von finster und leicht das von schwer. Wenn in Gaza der Strom abgestellt wird, schalten wir das Licht ein, selbst am helllichten Tag. So merken wir, wenn es wieder Strom gibt.

M: Merhaba, my father, milk, my mother, my brother

Merhaba meint hallo oder guten Tag. Wir sagen zu jedem, den wir sehen Merhaba. Es ist wie eine warme Umarmung. Wir sagen es aber nicht, wenn Soldaten oder ihre Kugeln oder Bomben uns besuchen. Solche Gäste lassen nicht nur ihre Scheiße da, sie nehmen uns auch alles, was wir haben.

Mein Vater machte uns Frühstück vor der Schule. Ich war in der dritten Klasse und meine Mutter war im Krankenhaus und kümmerte sich um meinen Bruder. Mein Bruder starb im Jahr 2016.

Der pensionierte Hauptmann des US Marine Corps, MATTHEW HO, soll in einem Interview mit dem YouTube-Kanal von Daniel Davis (Deep Dive) gesagt haben, daß die Ukraine am Ende des Konflikts von großen US-Unternehmen übernommen und nicht mehr als souveräner Staat existieren werde. Ho habe bereits früher argumentiert, daß die Ukraine ohne westliche Finanzierung zusammenbrechen wird und daß das Scheitern der ukrainischen Gegenoffensive und der Krieg in Israel ernsthafte Auswirkungen auf die Zukunft der Ukraine haben werden. Das Land könnte das Schicksal Afghanistans erleiden.

Für solche Vorhersagen muß man sicher kein pensionierter Offizier sein. Denn es liegt auf der Hand. Ohne die westliche Finanzierung wäre die staatliche Organisation der Ukraine samt Armee längst zusammengebrochen. Über welche Souveränität der ukrainische Staat verfügt, zeigte sich schon im März/April 2022, als die ukrainische Regierung zum Waffenstillstand bereit war, aber auf Weisung aus London und Washington die Friedensverhandlungen mit Rußland platzen ließ. Hunderttausende Menschen starben seitdem im fortdauernden Ukrainekrieg.

Die Staatsverschuldung der Ukraine liegt derzeit bei rund 134 Milliarden Dollar. Das sind 89 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts. Etwa 70 Prozent der Staatsschulden sind ausländische Anleihen, Tendenz steigend.

Selbstverständlich kann auch die Absicht von großen US-Unternehmen, sich das, was nach dem Krieg von der Ukraine übrig geblieben ist – also insbesondere den Grund und Boden – anzueignen, wenig überraschen. Es mag sein, daß die EU und die BRD ihre Ukraine-Hilfen in Form von Zuschüssen leisten, die US-Hilfen sind überwiegend Kredite. Die direkten Militärhilfen der USA fließen vorrangig in die eigene Rüstungsindustrie. Nachdem die Bestände an veralteten Waffen und Munition in Richtung Ukraine entsorgt wurden, müssen diese schließlich durch modernes Gerät und Material ersetzt werden.

Letztlich handelt es sich um Investitionen, die Profite erzielen sollen. Profite für die großen Konzerne. Die kreditfinanzierten Waffenkäufe der Ukraine sind schon jetzt ein Riesens-Konjunkturprogramm für die westlichen Rüstungskonzerne, insbesondere der USA. Doch ist das nur die erste Stufe.

Die Ukraine wird diese Schulden nie mit Geld zurückzahlen können. Die Ukraine in ihrer Gesamtheit wird in das Eigentum der Gläubiger übergehen. Es lockt das große Geschäft der Ausbeutung der ukrainischen Ressourcen – seien es Bodenschätze, landwirtschaftliche Produkte oder schlicht billige Arbeitskräfte. Letztere kann man sicherlich auch aus anderen Weltengegenden importieren, falls nach dem Krieg nicht mehr genügend arbeitsfähige Ukrainer übrigbleiben.

Frieden in der Ukraine?

Militärischer Zusammenbruch gefährdet den Profit

Bereits im Mai 2023 gab es eine Vereinbarung zwischen dem US-Fonds BlackRock und der ukrainischen Regierung. Der Fonds solle dazu beitragen, ausländische Investitionen in den Bereichen Energie, Infrastruktur und Landwirtschaft anzuziehen. BlackRock »verwaltet« tatsächlich schon jetzt ukrainisches Vermögen, darunter auch Gelder aus dem Volumen der »internationalen Hilfe«. Auch ukrainische strategische Unternehmen, einschließlich derer, die »verstaatlicht« wurden, stehen unter seiner Kontrolle.

Und schon im Juli 2022 hatte das ukrainische Parlament das Gesetz Nr. 7451 verabschiedet, das die Privatisierung von Staatsbetrieben im Rahmen eines möglichst vereinfachten Verfahrens ermöglicht – ohne vorherige Prüfung, Bestandsaufnahme und Bewertung, mit einem geschlossenen Verfahren und der Möglichkeit eines Preisnachlasses von bis zu 50 Prozent. In gewisser Weise erinnert das an das Agieren der »Treuhänder« nach dem Oktober 1990, wodurch das Volksvermögen der DDR-Bürger in BRD-Staatsschulden verwandelt wurde, während die wertvollen Aktiva vorwiegend von Westunternehmen für den berühmten »Appel und 'n Ei« vereinnahmt wurden. Dieses erprobte Szenario soll nun auch in der Ukraine umgesetzt werden. Übrigens wurde das Gesetz von 233 der 450 Rada-Abgeordneten unterstützt. So man sucht, finden sich sicherlich noch mehr Parallelen.

Dieses Geschäftsmodell wird indes nur funktionieren, wenn das derzeitige Staatsgebilde Ukraine den jetzigen Krieg übersteht. Ei-

ne vollständige Eroberung durch Rußland ist eher unwahrscheinlich, selbst wenn die westlichen Randgebiete der Ukraine von Polen, Ungarn oder Rumänien übernommen werden. Allerdings schert sich ein Regime, daß im Zusammenbruch durch Putsch oder gar eine Volksrevolution in der Ukraine an die Macht gelangt, möglicherweise einen Dreck um die Staatsschulden des alten Regimes.

Das Scheitern der mit großen Erwartungen verbundenen ukrainischen Sommeroffensive, mit dem nun nach und nach die strategische Initiative an die russischen Streitkräfte übergeht, läßt die Alarmglocken schellen. Die Investitionen und die damit verbundenen märchenhaften Gewinnerwartungen drohen zur unrealisierbaren Spekulation zu verkommen. Insofern ist es kein Zufall, wenn aktuell auch unter den bisherigen Kriegstreibern vor allem in den USA zunehmend Rufe nach Waffenstillstand und Friedensschluß laut werden. Bloß die »dümmste Regierung Europas« (Sarah Wagenknecht) kriegt das nicht mit und verdoppelt sogar die »Hilfsgelder« für die Ukraine. Möglicherweise liegen die Befehle aus dem Weißen Haus noch nicht schriftlich vor – oder (was wahrscheinlicher ist), dort freut man sich, wenn sich ein Dummer findet, der weiter Milliarden ins schwarze Loch wirft. Wie dem auch sei, die neuen »Friedensengel« müssen sich beeilen, um dem drohenden Zusammenbruch der ukrainischen Armee zuvorzukommen. Der Friedensnobelpreis wäre ihnen gewiß.

GERD MARKMANN

Heile Welt für Menschenrechte

Der Internationale Strafgerichtshof (IstG) hat einen Haftbefehl gegen den Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin erlassen und beruft sich u.a. auf Artikel 2 der UNO-Charta. Es ist ein einmaliger Eingriff in die Souveränität eines Mitglieds des UN-Sicherheitsrates! Wann hätte es so etwas schon mal gegeben?

Die Russische Föderation ist kein Signatarstaat des IstG und unterliegt ebenso wie die USA, China und Indien nicht dessen Zuständigkeit. Die Befürworter dieser Maßnahme verbauen sich eine wesentliche Basis für notwendige Friedensgespräche und jegliche Kompromisse der Diplomatie.

1999 überfiel die NATO unter Führung der USA Jugoslawien, weil man dort das Diktat von Rambouillet nicht unterschreiben wollte; verantwortlich dafür waren der US-Präsident Clinton und der Nato-Generalsekretär Xavier Solana unter Verletzung der UN-Charta Art.2

Tz.7 und mit Beteiligung der Bundeswehr ohne Auftrag der UN. Wie betonten die deutschen Jusos damals: Habt ihr erst den Scharping, kehren eure Söhne heim in Zink!

2001 überfielen die USA und Großbritannien Afghanistan und 2003 dann den Irak auf der Suche nach den nuklearen Waffen Saddams Husseins. Verantwortlich: US-Präsident Bush. In der Aufzählung fehlt die US-Beteiligung am Chile-Putsch, an Grenada, an der Unterhaltung eines Gefängnisses in Guantanamo auf Kuba, wo Menschen seit 20 Jahren ohne Urteile und ohne Beweise »gehalten« werden usw. In keinem dieser Fälle kam es zu Sanktionen oder Anklagen gegen die Verursacher, obwohl der Tatbestand von Aggression und Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit laut UN-Charta zweifelsfrei erfüllt war.

Schöne heile Welt für Menschenrechte!

BERND C. SCHUHMAN

Nicht-Gedenken ist vergessen


FOTO: LIGHT ME AMADEU (2022)

Erinnern als eine Stärkung im Kampf gegen Diskriminierung und Gewalt, ist wohl die beste Art, diejenigen zu ehren, die wegen Rassismus nicht mehr unter uns sind.

In den anstehenden Wahlkämpfen 2024 ist mit mehr Hetze, mehr Diskriminierung, mehr verbalen und physischen Gewalt zu rechnen. Weiter wird vom »deutschen« (=weißen) »Volkkörper« geschwafelt werden. Skrupellos sollen haßerfüllte und gewaltbereite Stimmungen angefacht werden, um den rechten politischen Rand in die »Normalität«, in die »Mitte« zu verschieben.

Wir möchten nicht von rechten Demagogen und Demagoginnen regiert werden. Wir können und müssen zusammenstehen und aktiv eintreten für die Würde und Freiheit aller Menschen.

Das Gedenken an die Ermordung von Amadeu António gestaltet seit 2007 als zivilgesellschaftliches Bündnis die Barnimer Kampagne »Light me Amadeu«. Die Übersetzung »Entzünde mich, Amadeu« meint: Laß mich bei Diskriminierung und Gewalt nicht kalt bleiben oder gleichgültig zuschauen. Auch wenn ich denke, daß mich das selbst nicht betrifft, beschädigt es uns als Gesellschaft.

Amadeu António wurde am 25. November 1990 brutal von mehreren Tätern zusammengeschlagen und erlag am 6. Dezember 1990 seinen Verletzungen. Die Täter kamen aufgrund ihres jugendlichen Alters mit milden

Strafen davon. Die Erinnerung an diejenigen, die – wie Amadeu António in Eberswalde – auf tragische Weise von rassistisch motivierten Gewalttätern unmittelbar nach der Wende aus dem Leben gerissen wurden, ist in der Nachbetrachtung zur deutschen Einheit nicht mehr wegzudenken.

»Wir sind hier, Bruder Amadeu, um dir zu sagen, daß wir dich nicht vergessen werden« heißt es in einem von Familienangehörigen, Freundinnen, Freunden und Unterstützern verfaßten Gedicht.

»Setzen wir also ein klares Zeichen für die Würde aller Menschen, für Weltoffenheit und Demokratie, gegen strukturellen und gewalttätigen Rassismus«, stand daher in der Einladung zur Gedenkveranstaltung am 6. Dezember an der Mahn- und Gedenktafel in der Eberswalder Straße. In einem kurzen Demozug ging es anschließend zum Familiengarten. Dort gab es eine Lesung mit der Schriftstellerin SHARON DODUA OTOO mit Diskussion. Sharon Dodua Otoo ist eine britisch-deutsche Schriftstellerin, Publizistin und Aktivistin mit ghanaischen Wurzeln. Im Jahr 2016 wurde Otoo mit dem Ingeborg-Bachmann-Preis ausgezeichnet.

Die Barnimer Kampagne »Light me Amadeu«

Ausländerbehörde abschaffen

Eberswalde (bbp). Am 14. Dezember hatte die Initiative Bürgerinnen- und Bürgerasyl Barnim zum bundesweiten Aktionstag gegen die Ausländerbehörde eingeladen.

»Gerade die Ausländerbehörde hier in Eberswalde ist bekannt dafür«, hieß es in der Einladung, »Menschen mit unverständlicher Bürokratie, Willkür und Rassismus zu schikanieren und ihrem Ankommen in Deutschland massiv Steine in den Weg zu legen. Wir fordern daher die Abschaffung der Ausländerbehörde und eine grundsätzliche Reform des Asylsystems!«

Auf dem Bahnhofplatz in Eberswalde wurden Videos zum Thema gezeigt. Um gegen die Kälte gewappnet zu sein, gab es »leckere Heißgetränke gegen Soli-Spende«. Auch ein offenes Mikrofon gab es.

Aktuell werde viel davon geredet, Flüchtlinge verweigerten sich einer Integration und kämen nur, um hiesige Sozialsysteme auszunutzen. Tatsächlich erteilt die Eberswalder Ausländerbehörde oft keine Arbeitserlaubnis mit der Begründung, dadurch würde »eine faktische Integration stattfinden«.

Nachruf auf rund 4.000.001 Tote

2023 verabschieden wir uns auch von einem der größten Schurken aller Zeiten. Nach 100 Jahren ist Schluß – der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger ist tot. Mit ihm starb nicht nur einer der besten Kriegsverbrecher aller Zeiten – nämlich er selber – sondern auch – noch vor Barack Obama und der Europäischen Union – einer der unwürdigsten Friedensnobelpreisträger aller Zeiten, also auch er selber.

Zu seinen schönsten Menschheitsverbrechen gehören: ein illegales jahrelanges Bombardement in Laos, ein jahrelanges illegales Bombardement in Kambodscha, ein Pinot Noir, Quatsch: ein Pinochet-Regime in Chile (Installation und jahrelange Unterstützung) sowie ein aktiv geduldeter Genozid in Pakistan zuungunsten der Bengalen. Macht summa summarum circa drei bis vier Millionen Menschenleben, konservativ geschätzt. Immerhin: sein eigenes ist jetzt noch dazu gekommen.

Kissinger starb im Alter von 100 Jahren, als er beim morgendlichen Verlassen seines Wasserfolterbetts, korrigiere: Wasserbetts, auf dem davor liegenden Bombenteppich, korrigiere: bonbonfarbenen Teppich, ausglitt und beim Aufprall detonierte. Er war sofort tot und bleibt es auch für alle Zeiten. Hoffentlich.

Wie sagt man noch gleich im Internet? Ruhe in Frieden und Grüße an die Familie!

MARTIN SONNEBORN

Hilfe gesucht

Unser Freund Mohamed (aus Biesenthal, aufgewachsen in Somalia) bittet um Unterstützung. Sein Vater hat seit langem ein Nierenleiden, eventuell ist es sogar Krebs. Nun geht es ihm so schlecht, daß Mohamed und seine Familie sich große Sorgen machen. Eine Niere soll entfernt werden und die Operation kostet 6.000 Euro. Das ist die minimale Behandlung, danach entstehen weitere Kosten.

Wenn es Krebs ist, der trotzdem bleibt, wäre eine Behandlung im Ausland das Beste. Das ist z.B. in der Türkei möglich. Dafür entstehen Kosten für Flug, Unterkunft, Verpflegung und die medizinische Behandlung. Wir wollen mindestens die 6.000 Euro für die Operation zusammenkriegen. Das Geld wird direkt zur Familie nach Somalia geschickt.

Wir freuen uns riesig, wenn du ein paar Euros spenden kannst oder anderen Leuten Bescheid sagst, daß sie etwas spenden können.

FELIPE, Barnim Solidarisch

Kontoverbindung:
Barnim solidarisch
Iban: DE78 1705 2000 1110 0262 22
Zweck: Operation
Kontakt: refugees-welcome@so36.net

In einer bewegenden Veranstaltung konnte Assanges Ehefrau Stella am 22. Oktober in der Akademie vor großem Publikum den »Konrad-Wolf-Preis« persönlich entgegennehmen.

Beeindruckend und erschütternd war das beispielgebende Einspiel des auf Wikileaks 2010 veröffentlichten Videos »Collateral Murder«. Hier wurde minutiös die »online«-Tötung zweier Journalisten am 12. Juli 2007 mittels der Bordkanone eines Apache-Hubschraubers aus etwa anderthalb Kilometer Höhe über den Straßen von Bagdad gezeigt. Die Zivilisten nahmen den Hubschrauber nicht wahr.

Die Offenlegung solcher Informationen und Beweise über Kriegsverbrechen, illegalem staatlichen Handeln oder über Manipulationen der öffentlichen Meinung sind Grundvoraussetzung für eine umfassende demokratische Willensbildung in jedem Land. Für die Herstellung derartiger Transparenz und Aufklärung wird Julian Assange verfolgt und seit über vier Jahren im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London gefangengehalten.

Verdient hätte er für dieses Engagement viele Preise, auch diesen nach dem langjährigen Präsidenten der Akademie der Künste der DDR genannten – dem Juden, Künstler, Kommunisten KONRAD WOLF, einem der wichtigsten Spielfilmregisseure Deutschlands.

So jedenfalls die Jury-Auffassung an diesem Abend, eindrucksvoll vom Laudator THOMAS HEISE als Vorsitzendem der Film- und Medienkunst an der Akademie mit großem Ernst und Aufrichtigkeit vorgetragen. Er nahm Bezug zur Lebensgeschichte des Regisseurs und seinem stark autobiografisch beeinflussten Film »Ich war Neunzehn«.

Mit gerade 17 Jahren wird Konrad, als Kind einer jüdischen Emigranten-Familie, zur Roten Armee einberufen. Mit der Propaganda-

Konrad-Wolf-Preis an Julian Assange

Verbunden mit der Forderung an die Bundesregierung, sich aktiv und mit allen Möglichkeiten für die Nichtauslieferung und umgehende Freilassung des seit Jahren inhaftierten Journalisten JULIAN ASSANGE einzusetzen, fand die diesjährige Verleihung des »Konrad-Wolf-Preises« der Akademie der Künste statt.

Abteilung der 47. Armee führt ihn sein Weg vom Schwarzmeerort Kabardinka ab März 1943 durchs Ukrainische, ins zerstörte Warschau, auch an Majdanek vorbei und über die Oder, nördlich von Seelow.

Neunzehnjährig zum Mann gereift wird er der erste Deutsche, dem als Offizier der Roten Armee kurzzeitig die Übernahme von Verantwortung als Kommandant einer deutschen Stadt diesseits der Oder befohlen wird.

Bernau – nordöstlich von Berlin gelegen, wird 22 Jahre später Filmkulisse für Episoden, die seine damaligen Eindrücke und Gefühle sowie das Geschehen um den 22. April 1945 dokumentieren und weltweit bekannt machen.

Auch als Akademiepräsident nimmt Konrad Wolf Anteil an der weiteren Entwicklung dieser Stadt, er wird Ehrenbürger. Nach seinem frühen Tod widmete ihm Bernau eine ehrende Stele mit seinem Credo als Inschrift: »Die Kunst ist eine der edelsten Gesten des Vertrauens zwischen den Menschen«

Als Ensemble mit einem Marmorrelief an der Stadtmauer ist diese Stele heute eine Gedenkstätte in der Nähe des Pulverturmes im

Stadtpark von Bernau. Es ist der heutigen Akademie der Künste zu danken, daß sie mit diesem Preis auf die akute Situation von Julian Assange und damit auch auf die weltweiten kriegerischen Auseinandersetzungen aufmerksam macht.

Veranstaltungen:

Neben Mahnwachen in der ersten Dezemberhälfte gibt es auch eine Filmreihe im Berliner Szenekino ACUD unter dem Namen »Free Assange« (freeassange.eu, Kino Acud 10119 Berlin, Veteranenstraße 21 – gegenüber Volkspark Weinbergsweg:

1. *Der Fall Assange: Eine Chronik* (deutsch) – am 10. Januar 2024
2. *Ithaka – a father, a family, a fight for justice* (Omu) – am 24. Januar 2024 am »Ithaka« hatte am 13. Oktober 2022 seine deutschlandweite Premiere auf dem HUMAN RIGHTS FILM FESTIVAL BERLIN.

Dem Mitbegründer der Plattform Wikileaks droht bei Auslieferung an die USA eine Anklage wegen Spionage und als deren möglicher Folge 175 Jahre Haft!

E. GUMPEL



»Der Wunsch oder der Anspruch, über ein vollständiges CONTRASTE-Archiv zu verfügen, besteht in der Redaktion bereits seit vielen Jahren«, berichtet Hans Wieser. Bisher waren Teil-Archive der Print-Ausgaben über mehrere Redaktionen in Deutschland und Österreich verteilt. Das CONTRASTE-Plenum beschloß, erst einmal alle gedruckten Ausgaben der Zeitung einzusammeln, um sie in einem zentralen Archiv in Köln abzulegen, was zwei Jahre in Anspruch nahm.

Aber auch die Sicherung der CONTRASTE mittels Digitalisierung war für die ausschließlich ehrenamtlich arbeitenden Redakteure immer wieder Thema. »Erst die Inbetriebnahme unserer neuen Webseite im Jahr 2020«, so Wiesner, »und die Aussicht, demnächst eine lückenlose CONTRASTE-Sammlung zu bewahren, führte schließlich zu verstärkten Bemühungen, eine annehmbare Lösung zu finden. Als glückliche Fügung stellte sich im Oktober

Alle CONTRASTE-Ausgaben digital

Berlin (bbp). Das selbstverwaltete Kollektiv BiblioCopy in der Staatsbibliothek Berlin hat CONTRASTE-Ausgaben kostenlos digitalisiert und damit entscheidend dazu beigetragen, unser Archiv zu vervollständigen. CONTRASTE-Redakteur Hans Wieser hat sich nicht nur um den Transport der Print-Ausgaben gekümmert, sondern dabei auch das Berliner Kollektiv näher kennengelernt.

waltetem Kollektiv BiblioCopy in der Staatsbibliothek Berlin heraus.« Das Kollektiv betreibt dort einen Copyshop mit Reproduienstleistungen und bietet auch externe Digitalisierung von historischen Büchern, Zeitschriften und Archivmaterial an. Mit dem Label »selbstverwaltet«, geht das Kollektiv nicht unbedingt hausieren, nicht zuletzt, weil die Zusammenarbeit mit der honorigen Staatsbibliothek gut klappt. Auf Wiesners Anfrage, ob es möglich wäre, die CONTRASTE-Ausgaben auf ihren Geräten selbst einzuscannen, kam ein wohlwollendes Ja und der Vorschlag, die CONTRASTE im Rahmen der kollektiven Selbsthilfe kostenlos zu digitalisieren. »Am 1. Februar

2023 stand ich also mit einem Rollwägelchen voller CONTRASTE-Ausgaben aus den Jahren 1984 bis 2004 vor der Staatsbibliothek zu Berlin. Es war ein kühler, regnerischer Tag und ich machte mir Gedanken, die teilweise seltenen CONTRASTE für viele Wochen aus der Hand geben zu müssen. Meine Bedenken waren aber schnell zerstreut, als ich schon im Foyer abgeholt und vom BiblioCopy-Team freundlichst empfangen wurde. Der Ablauf war schnell geklärt und mit dem Gefühl, die CONTRASTE in besten Händen zu wissen, machte ich mich wieder auf den Rückweg.« Anfang Juni war alles erledigt und die eingescannten Exemplare konnten wieder abgeholt werden.

Verkehrinsel erstrahlt weihnachtlich

Pünktlich zur ersten Adventswoche haben acht Mitglieder des Vereins GEMEINSAM LICHTERFELDE E.V. die Verkehrinsel am Ortseingang von Lichterfelde vom Herbstlaub befreit. Danach wurden die Blumenkästen liebevoll weihnachtlich dekoriert. Aus jedem Blumenkasten begrüßt jetzt ein Weihnachtsmann alle, die nach Lichterfelde hinein fahren. Somit erstrahlt die Verkehrinsel in weihnachtlichem Glanz.

Darüber hinaus wird der Verein auch in diesem Jahr einen hilfsbedürftigen Lichterfelder besuchen und mit einem kleinen Weihnachtsgeschenk überraschen.

GEMEINSAM LICHTERFELDE wünscht allen Einwohnerinnen und Einwohnern eine friedliche und besinnliche Weihnachtszeit.

ADINA HINNEBERG



FOTO: SILVIA ZACHARIAS

Vorlesetag in Panketal mit Harald Jähner

Am 17. November las der in Panketal lebende Autor Harald Jähner aus seinen Büchern »Höhenrausch« (2022) und »Wolfszeit« (2019). Der Germanist, Historiker und Publizist Harald Jähner, bis 2015 Feuilletonchef der »Berliner Zeitung«, war im Rahmen des bundesweiten Vorlesetages zu Gast beim KUNSTBRÜCKE PANKETAL E.V.

Gleich zu Beginn des Abends erläuterte der Autor den rund 50 Zuhörern, was ihn zum Schreiben seines Buches »Wolfszeit« veranlaßt hatte: die Lücke in der nationalen Geschichtsschreibung. Während es über das sogenannte Dritte Reich und die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR ab 1949 zahlreiche Bücher und Publikationen gebe, sei die Zeit dazwischen von der offiziellen Geschichtsschreibung kaum beachtet worden. Zudem sei zu beobachten, daß der Überlieferungskanon die Geschichte ins Negative gewendet habe, während Zeitzeugen nur wenige Jahre nach Kriegsende durchaus auch von vielen positiven Erlebnissen berichtet hätten. So habe es in Berlin bereits wenige Wochen nach dem Krieg über 50 Tanzlokale gegeben, in denen sich die vergnügungssüchtigen Überlebenden zum Schwoof trafen. Diesem breiten Spektrum gibt Jähner in »Wolfszeit« mit seinem aus vielen Einzelschilderungen komponierten Überblick eine Stimme.

Mit der Faszination des Spätgeborenen lernt man auch in »Höhenrausch« eine Zeit kennen, in der das traditionelle Leben aus den Fugen geraten schien: Frauen wurden durch die in großer Zahl entstandenen Büroarbeitsplätze unabhängiger von einem »Ernährer« und damit selbstständiger.

Ein eigenes Kapitel widmet Harald Jähner dem Mythos Auto. In den zwanziger Jahren wurde der Grundstein für die innige Beziehung der Deutschen zum Automobil gelegt. Der Legende vom Beginn des Autobahnbaus durch die Nationalsozialisten setzt der Autor entgegen, daß die erste deutsche Autobahn von Köln nach Bonn bereits vom damaligen

Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer eröffnet wurde, der mit dem Baggerverbot auch das spätere nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm vorwegnahm. Ob »Automobilistinnen« wie Erika Mann oder Clärenore Stinnes, ob Autoverehrer wie Bert Brecht (mit seiner Hymne auf den »Steyrwagen«) oder Fortschrittsverweigerer wie Ernst Jünger – der unaufhaltsame Wandel erfaßte alle Teile der Gesellschaft stärker denn je. »Höhenrausch« versammelt eine Vielzahl unterschiedlicher Stimmen der 1920er Jahre und bietet einen ungemein facettenreichen Einblick in Alltag, Arbeit und Freizeit der Menschen vor 100 Jahren – jenseits der offiziellen Geschichtsbücher.

»Hier vor heimischem Publikum gibt es keine Anonymität, ich gehe gewissermaßen aus der Deckung«, erklärte der Publizist und Historiker Jähner den Anwesenden. »Denn hinterher kann es passieren, daß ich an der Supermarktkasse angesprochen werde, weil jemand etwas aus den Büchern weiter diskutieren möchte. Insofern ist die Lesung heute hier in Panketal schon etwas Besonderes für mich.«

Einige Fragen aus dem Publikum und anhaltenden Applaus später, ging eine gelungene Veranstaltung zu Ende. Sylvia Pyrlík von der Buchhandlung »Schatzinsel« bot die Bücher des Autors zum Verkauf an, wovon rege Gebrauch gemacht wurde, um die erworbenen Bücher anschließend signieren zu lassen.

Bereits am Vormittag hatte der Vorlesetag in Panketal mit Aktionen in verschiedenen Kindertagesstätten begonnen. Zahlreiche ehrenamtliche Vorleserinnen und Vorleser lasen vor vielen kleinen Zuhörerinnen und Zuhö-

Kein Fraktionsstatus

Mit großer Enttäuschung haben die Abgeordneten von BVB/Freie Wähler die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts Brandenburg zur Kenntnis genommen. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung auf Feststellung des Fortbestehens der Fraktion wurde zwar als zulässig, jedoch als nicht begründet angesehen und deswegen abgelehnt.

Im nun folgenden Organstreitverfahren in der Hauptsache werden wir die Unklarheiten im Fraktionsgesetz weiter aufzeigen und in der Konsequenz die Gruppengründung vorantreiben.

Unseren Fraktionsvorsitzenden Péter Vida erreichte die Nachricht auf einer Auslandsreise. Seine Reaktion: »Natürlich wünscht man sich an seinem 40. Geburtstag eine andere Meldung. Aber wer uns kennt, weiß, daß wir auch damit umgehen, die Weichen richtig stellen und so neuen Anlauf für kommende Erfolge nehmen werden. Daß das Verfassungsgericht die Rechtslage so sieht, daß andere Konstellationen mit 4 Abgeordneten eine Fraktion bilden dürfen, wir mit 4 Abgeordneten aber nicht, ist nur schwer nachvollziehbar.«

Die Gruppenbildung wird nach Rückkehr von Péter Vida zügig umgesetzt. Der allgemeinen Stimmung ist es nicht zuträglich, wenn berechtigte Kritik an der Regierungsarbeit nur noch durch Fraktionen an den Rändern des politischen Spektrums erfolgt. Es kann nicht im Interesse von Demokraten sein, wenn die einzige funktionierende Oppositionskraft der Mitte geschwächt wird. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, daß dies nicht geschieht.

Bereits für Januar planen wir im Landtag zahlreiche Anträge zu Fragen der inneren Sicherheit und Gesundheitsversorgung in allen Landesteilen Brandenburgs einzubringen.

MATTHIAS STEFKE, Mitglied des Landtages

Anmerkung: Seitdem Philip Zeschmann von BVB/Freie Wähler zur AfD wechselte, verfügen die vereinigten Bürgerbewegungen nur noch über vier Mandate im Landtag. Der Forderung, sein Landtagsmandat niederzulegen, war Philip Zeschmann nicht gefolgt.

ren, so auch Kunstbrücken-Mitglied Jürgen Schneider in der Kita »Traumschloß«. Rund ein Drittel aller Eltern lesen ihren Kindern derzeit nicht vor, stellt die »Stiftung Lesen« fest. Vorlesen ist der erste wichtige Schritt zur Lesekompetenz der Kinder. Ohne Lesekompetenz sind Kinder aber ein Leben lang benachteiligt! »Dem wollen und müssen wir entgegenwirken«, so Niels Templin vom Verein KUNSTBRÜCKE PANKETAL E.V. »Wenn auch Sie anderen vorlesen möchten, egal ob Kindern oder Senioren, dann melden Sie sich bei uns. Wir beraten Sie gerne und stellen den Kontakt zu interessierten Einrichtungen her.«

Während sich die Verbraucher über sinkende Preise freuen – also mehr Güter und Leistungen für ihr Geld bekommen – sieht der ausgebildete Volkswirtschaftler darin ein ernsthaftes Problem. »Denn wenn sich die Verbraucher in Erwartung weiter sinkender Preise mit Käufen zurückhalten«, schrieb kürzlich so ein Experte, »wird dies die Umsätze, Gewinne und Investitionen der Unternehmen belasten. Und dann könnte es zu einer Abwärtsspirale kommen. Denn wenn die Firmen in der Folge weniger produzieren, braucht es weniger Arbeitskräfte. Steigt die Arbeitslosigkeit, werden mehr Menschen weniger konsumieren können. Sie kaufen weniger, was die Umsätze, Gewinne und...«

Der Wirtschaftsexperte verwies dabei auf den chinesischen Aktienindex Hang Seng, der seit seinem Jahreshöchststand Anfang des Jahres bis Mitte Dezember fast 30 Prozent verloren hat. Was sich freilich relativiert, wenn man diesen Index auf Jahresfrist betrachtet. Denn der Hang Seng bewegt sich aktuell etwa auf dem Niveau vom November 2022. Aber das nur nebenbei.

Man kann zusammenfassen: Sinkende Preise »belasten« Umsätze, Gewinne und Investitionen der Unternehmen oder mit einem anderen Wort, die Profite des Kapitals. Steigende Preise hingegen »belasten« die Lohnarbeiter (einschließlich der indirekten Lohnempfänger wie Rentner und Arbeitslose).

Faktisch ist Inflation also ein Mittel, mit denen die Durchschnittslöhne der für Lohn Arbeitenden gedrückt werden können, was positiv auf den Mehrwert wirkt, der sich schließlich als Profit in den Taschen der verschiedenen Kapitaleigentümer wiederfindet. Daher überrascht es kaum, daß die besagten Experten des Kapitals die Inflation so positiv sehen.

Letztlich verdeckt diese Inflation allerdings nur eines der grundlegenden ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, wonach mit zunehmender Arbeitsproduktivität die Waren immer wohlfeiler, also billiger, produziert werden. Das bedeutet aber zugleich, daß auch die Ware Arbeitskraft – deren Wert der Summe an Werten entspricht, die zu seiner Reproduktion notwendig sind – wohlfeiler wird.

Hier muß eingeschoben werden, daß die klassischen Ökonomen von Smith bis Ricardo wie auch deren größter Kritiker Marx von einer Geldform ausgingen, die zumindest in der abstrakten Theorie wertstabil ist. Das war durchaus realistisch, da das damalige Geld weitgehend materiell durch Gold und Silber gedeckt war.

Das heutige Kreditgeld funktioniert anders. Mußten die Kaiser im alten Rom für ihre Betrügereien noch die umlaufenden Münzen einsammeln und einschmelzen, um die Münzen dann mit geringerem Edelmetallanteil neu zu prägen, geht das mit dem heutigen

Die Deflation in China

von Gerd Markmann

Deflation gilt unter Wirtschafts- und Finanzexperten als das Schreckgespenst gemeinhin. Inflationsangst ist etwas für Verbraucher und Kleinsparer. Für eine gesunde Konjunktur sei eine leichte Inflation von etwa 2 Prozent das günstigste Umfeld. Deflation hingegen sei pures Gift für die Wirtschaft.

gleich auch mit viel größeren Zufälligkeiten und Risiken.

Aber zurück zum Thema. Deflation ist also schlecht für das Kapital und eher gut für die Lohnarbeitenden, sofern die Stockungen des kapitalistischen Wirtschaftskreislaufes nicht auf deren Lebensgrundlage selbst – nämlich dem erfolgreichen Verkauf ihrer Arbeitskraft negativ wirken. Die Kapitaleigentümer sitzen hier meist am längeren Hebel und werden letztlich auch für eine Lohndeflation sorgen.

Aber wir sprechen ja von China. Dort regiert eine Kommunistische Partei, die eine nichtkapitalistische Gesellschaft – Sozialismus oder auch Kommunismus genannt – zum Ziel erklärt hat. Ziel der regierenden Kommunisten ist – glaubt man deren Programm – daß es den in China lebenden Menschen künftig materiell besser gehen soll. Kapitalismus sollte hier nie Selbstzweck sein, sondern das Mittel zu dessen Überwindung.

Der zitierte Wirtschaftsexperte sprach von »Problemen der chinesischen Wirtschaft, die insbesondere den Immobilienmarkt betreffen«. Diese »Probleme« wurden nicht zuletzt durch regulierende Eingriffe in den chinesischen Immobilienmarkt ausgelöst, mit denen der Gefahr von Spekulationsblasen und deren Platzen entgegengewirkt werden sollte. Da wurde durchaus in Kauf genommen, daß der eine oder andere Spekulant pleite ging oder nun »kleinere Brötchen« bäckt.

Im November sanken die Verbraucherpreise für Güter und Dienstleistungen in China bereits den zweiten Monat in Folge und mit -0,5 % im Vergleich zum Vorjahresmonat sogar so stark wie seit November 2020 und somit 3 Jahren nicht mehr. Zugleich sind die Erzeugerpreise mit -3 % bereits den 14. Monat in Folge gesunken.

Hat China damit tatsächlich ein ernsthaftes Problem, wie jener Experte vermutet? Die chinesischen Arbeiter und Bauern können sich dank gesunkener Preise mehr leisten, und das ohne nominale Lohnerhöhung. Vielleicht gehört es zu den wirtschaftspolitischen Zielen der chinesischen Regierung, die bekanntermaßen auf andere ideologische Hintergründe zurückgreift als die des »Wertewestens«.

Die Börsen, heißt es, sind sowas wie das Fieberthermometer des Kapitals. Das trifft sicher auch für den chinesischen Aktienindex Hang Seng zu. Nur fiebert hier eben nur der kapitalistisch organisierte Teil der chinesischen Wirtschaft. Wenn die Ratingagentur Moody's

davon spricht, »die Kosten für die Rettung lokaler Regierungen und staatlicher Unternehmen sowie die Kontrolle der Immobilienkrise würden die Wirtschaft belasten«, dann geht es um diesen kapitalistisch organisierten Teil.

Trotz der Tiefs der chinesischen Börsenkurse wächst Chinas Wirtschaft, stellte unser Wirtschaftsexperte fest, »zuletzt sogar wieder in etwas höherem Tempo«.

Zum Schluß noch ein Vergleich mit der hiesigen Wirtschaft. Die deutschen und europäischen Konjunkturdaten sind zumindest in Teilen deutlich schlechter als die chinesischen. Dennoch stürmte beispielsweise der deutsche Aktienindex DAX (Stand 14.12.23) ein Allzeithoch nach dem anderen.

Die in Gang gesetzte »Zeitenwende«-Hochrüstung spielt hierbei sicher eine bedeutende Rolle. Von den sogenannten Ukraine-Hilfen profitieren ja ebenfalls zum großen Teil die Militärisch-Industriellen-Komplexe (MIK) der USA und Westeuropas, aber auch andere Produzenten, deren Waren als Hilfslieferungen in die Ukraine gehen. Auch der aktuelle israelisch-palästinensische Krieg fungiert als Konjunkturprogramm für den MIK.

Doch diese »Badekur« für die Rüstungskonzerne kann gewiß nur einen Teil der aktuellen Börsen-Hausse im Westen erklären. Es bleibt die Frage, wieviel von den Kurssteigerungen bloß als Folgen der Inflation anzusehen sind. Der Verbraucherpreisindex stieg seit Anfang 2021 um 18 Prozent. Der DAX stieg im gleichen Zeitraum von 13.000 auf 17.000 Punkte, also um rund 30 Prozent. Inflationsbereinigt bleiben davon 12 Prozent übrig. Immerhin.

Lassen wir nun in die Betrachtung noch die Reallohnentwicklung einfließen – die angesichts der als Vorjahresvergleiche zur Verfügung stehenden Statistik des Statistischen Bundesamtes allerdings nur grob geschätzt werden kann. Demnach kann von 6 Prozent Minus an Reallohn ausgegangen werden. Durch Lohnseinbußen steigt immer zugleich der relative Mehrwert. Damit kann ein weiterer Teil der Gewinne im DAX, die in diesem Index auch die ausgeschütteten Dividenden beinhalten, durchaus den Reallohn-Einbußen der für Lohn Arbeitenden angerechnet werden – mit anderen Worten, dem »Lohnklau«.

Ganz zuletzt vielleicht noch der Hinweis, daß nicht zuletzt dieser »Lohnklau« – einerlei, ob durch Inflation oder »wohlfeilere« Löhne – auf den Kreislauf des Kapitals störend wirkt, weil den Konsumenten schlicht das Geld fehlt.

Weihnachtssingen in Lichterfelde:

Melodie der Freude und Gemeinschaft



Jedes Jahr, wenn die kalte Winterluft durch die Straßen weht und die Lichter der Weihnachtsdekorationen das Dorf erhellen, versammeln sich die Mitglieder des Vereins Gemeinsam Lichterfelde e.V., um in der Seniorenresidenz in Lichterfelde zu singen und kleine Gaben an die Bewohner zu verteilen. Dieses Ereignis – das jährliche Weihnachtssingen des Vereines – ist mehr als nur eine Tradition, es ist ein Ausdruck der Gemeinschaft und des Mitgefühls.

Die Auswahl der Lieder ist immer eine Herausforderung, da sowohl traditionelle Weihnachtslieder als auch einige moderne Stücke einbezogen werden. Am Tag des Singens füllt sich die Seniorenresidenz mit der Wärme der Stimmen. Es wird eine Mischung aus fröhlichen und besinnlichen Liedern gesungen, die sowohl die Freude als auch die Ruhe der Weihnachtszeit widerspiegeln.

Die Bewohner hören zu und singen mit, andere lauschen einfach still und genießen die weihnachtliche Musik.

Es gibt nichts Schöneres, als die Freude und das Lächeln in den Gesichtern der Bewohner zu sehen. Es erinnert daran, daß Musik eine universelle Sprache ist, die Menschen verbindet und Herzen erwärmt. Das Weihnachtssingen in der Seniorenresidenz ist mehr als nur ein Ereignis – es ist ein Symbol für die Kraft der Gemeinschaft und des Mitgefühls und erinnert daran, daß, egal wie unterschiedlich wir auch sein mögen, die gemeinsame Freude an der Musik die Verbundenheit aller ist.

Wir freuen uns schon auf das nächste Jahr, wenn der Verein Gemeinsam Lichterfelde e.V wieder zum Weihnachtssingen zusammenkommt und den Bewohnern der Seniorenresidenz die Herzen erwärmt.

SILVIA ZACHARIAS UND AMIR TUNJE

Big Band in der Kirche

Bernau (pv/bbp). Am 17. November fand in der Bernauer Herz-Jesu-Kirche ein kultureller Höhepunkt statt: Bereits zum zweiten Mal trat das Buckow-Waldsiedersdorfer Orchester unter der Leitung von Torsten Bade auf und begeisterte das Publikum mit beschwingter Musik aus verschiedenen Genres, von Chorälen über traditionelle Blasmusik bis zu moderner Unterhaltungsmusik und Filmkompositionen.

Rund 160 Gäste fanden an diesem Abend den Weg in das katholische Gotteshaus, um den Klängen des Orchesters zu lauschen. Mehrere Zuhörer hatten noch immer das Konzert aus dem letzten Jahr in Erinnerung, als das Buckow-Waldsiedersdorfer Orchester zum ersten Mal in Bernau auftrat und ein hervorragendes Konzert aufführte. Und auch in diesem Jahr standen musikalische Passion und Abwechslung dem Auftritt des letzten Jahres in nichts nach. Die Musiker präsentierten vielfältige Musikstücke von Henry Mancini,

Herb Alpert, Bert Kaempfert, Charles Trenet und weiteren Komponisten.

Das Buckow-Waldsiedersdorfer Orchester, beheimatet in der Märkischen Schweiz, wurde im Jahr 1957 von einer kleinen Gruppe jugendlicher Bläser zur Begleitung kirchlicher Anlässe gegründet und entwickelte sich im Laufe der Jahrzehnte hin zum heutigen Big-Band-inspirierten Orchester mit einer großen Bandbreite von Musikstilen. Eine Besonderheit ist der familiäre Geist des Orchesters, der eine besondere Verbindung zwischen allen Mitgliedern schafft. Nahezu alle Orchestermitglieder sind Nachkommen der damaligen Gründungsmitglieder.

»Das Buckow-Waldsiedersdorfer Orchester beherrscht verschiedenste Stilrichtungen mit beeindruckendem Können und präsentiert diese mit einer besonderen Hingabe und Leidenschaft«, so Péter Vida vom Förderverein der Kirche. »Ein kulturelles Highlight in Bernau.«

Weihnachtssingen

Eberswalde (prest-ew). Alle Eberswalderinnen und Eberswalder sind eingeladen, sich einen Tag vor Heiligabend, am Samstag, dem 23. Dezember, zum gemeinsamen, traditionellen Singen auf dem Marktplatz der Stadt zu treffen. Von 18 bis 20 Uhr läuten sie so mit bekannten Weihnachtsliedern die Festtage ein.

Die Chöre der Stadt Eberswalde unter der Leitung von CHRISTINE ARNOLD, BIRGIT DEBERNITZ und HANNS PETER GIERING begleiten und unterstützen dabei. Bereits ab 17 Uhr kann die Stimme bei heißen Getränken sowie süßen und herzhaften Speisen gestärkt werden. Der Weihnachtsmann und auch ein großes Pfefferkuchenhaus warten auf hoffentlich viele kleine und große Sängerinnen und Sänger.

Bürgermeister Götz Herrmann wird das Weihnachtssingen um 18 Uhr eröffnen. »Das Singen hat nachweislich einen ähnlich positiven Effekt auf die geistige und körperliche Gesundheit wie der Sport«, so der Bürgermeister.

Alle Liedtexte werden vor Ort verteilt. Vorab: www.eberswalde.de/weihnachtssingen

Mehrgenerationsorchester

Wandlitz (sz/bbp). Um die Amateurmusik nach der Corona-Pandemie zu unterstützen, hat der Deutsche Bundestag den AMATEURMUSIKFOND eingerichtet. Davon profitiert im kommenden Jahr das Wandlitzer Ensemble »Kleine Lotte Kulturvermittlung«, dessen Projekt »Kleine Lotte Mehrgenerationsorchester« mit 10.000 Euro gefördert wird.

Mit der Einrichtung eines AMATEURMUSIKFONDS in Höhe von 5 Millionen Euro hat der Deutsche Bundestag im November 2022 eine neue Fördermöglichkeit für Chöre, Orchester, Bands und viele weitere Akteure aus dem Bereich der Amateurmusik geschaffen. Dieser Fonds soll die Strukturen der Amateurmusik nach der Corona-Pandemie in der Fläche sichern und Musikensembles dabei unterstützen, sich neuen künstlerischen Projekten und Ausdrucksformen zu widmen und wieder mehr Amateurmusik auf die Bühne bringen. Er soll herausgehobene künstlerische Projekte fördern und die Lebendigkeit der musikalischen Breitenkultur in Deutschland erhalten.

Für die über 14,3 Millionen Menschen, die in der BRD in ihrer Freizeit Musik machen, ist der AMATEURMUSIKFOND ein historischer Meilenstein, der die bereits bestehenden Bundeskulturfonds nun um eine wichtige Komponente erweitert. Neben der Förderung besonders bemerkenswerter Projekte zielt der Fonds auch darauf ab, Amateurmusikern neue künstlerische Impulse, Methoden und Ideen zu vermitteln und die Amateurmusik als solches sichtbarer zu machen.

(Quelle: bundesmusikverband.de/amateurmusikfonds)

BBP-Bücherkiste

In der BBP-Bücherkiste Nummer 6 finden sich neben Angeboten aus den verschiedenen Nachlässen und Sammlungen wieder einige Veröffentlichungen von BBP-Autoren.

Interessenten wenden sich bitte an die Redaktion (Kontakt siehe Impressum auf Seite 16). Ausgeliefert wird einmal im Monat, immer zusammen mit der jeweils aktuellen Bürgerpostausgabe.

• **Glenn Greenwald: Die globale Überwachung. Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen**, Büchergilde Gutenberg 2014, Spende.

Bereits in seinen ersten Artikeln über die NSA-Affäre brachte der Autor das ganze Ausmaß der Massenüberwachung im digitalen Zeitalter ans Licht. Seine Berichterstattung, für die er mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet wurde, löste international ein politisches Erdbeben aus. In seinem Buch deckt Greenwald anhand einer Fülle von brisanten Geheimdokumenten aus dem Archiv des Whistleblowers Edward Snowden die illegalen Praktiken der amerikanischen Geheimdienste auf.

• **Rigobert Günther: Der Aufstand des Spartacus**, Schriftenreihe Geschichte, Dietz Verlag Berlin 1979, Taschenbuch, 136 Seiten, Spende.

Spartacus – in der untergehenden römischen Republik versetzte er die herrschende Klasse der Sklavenbesitzer in Angst und Schrecken. Bis zum Untergang der auf Sklaverei beruhenden Gesellschaftsordnung bedeutete dieser Name für sie eine Drohung. Für die Sklaven aber war der Name »Spartacus« ein Symbol des Kampfes um die Freiheit.

• **Hans-Günter Szalkiewicz (Hrsg.): Die Welt begreifen – organisiert handeln. Symposium ... anlässlich des 85. Geburtstages von Hans Heinz Holz**, Das Neue Berlin - edition ost 2013, Taschenbuch, ISBN: 9783360018489, Spende.

Ursprünglich als Würdigung zum 85. Geburtstag gedacht, wurde dieses Symposium am 25. Februar 2012 zur ersten Gedenkveranstaltung für den Philosophen und politischen Kämpfer Hans Heinz Holz, der wenige Wochen zuvor verstorben war. Den Referaten liegt der Gedanke von Hans Heinz Holz zugrunde, »politische Philosophie ist Politik, nämlich eingreifendes Begreifen der Polis, d.h. der Gesellschaft in ihren staatlichen, bürgerschaftlichen Formen der Organisation des menschlichen Gemeinschaftslebens«.

• **Dietmar Keller und Jürgen Reents: Gregor Gysi: Neueste Gespräche über Gott und die Welt**, Schwarzkopf & Schwarzkopf, 2001, Spende.

Gregor Gysi im Gespräch mit Günter Gaus, Angelica Domröse, Christoph Hein und Regine Hildebrandt.

Wiederbelebt: Rock me Jo

Am 29. Dezember werden wir das legendäre ROCK ME MAGDALENA wiederbeleben. Ja, ihr hört richtig. Nachdem 2004 das letzte RmM nach 14 Jahren endete, gibt es endlich wieder die Gelegenheit, sich zwischen den Jahren zu treffen, zu schnacken und zu tanzen. Zwar nicht in der Maria Magdalenen Kirche, aber dafür in der kuschligen Johanniskirche Eberswalde.

Euch erwartet ein Abend voll mit Musik und netten Menschen. Vielleicht viele, die ihr lange nicht gesehen habt, kaum wieder erkennt und trotzdem sofort wieder da ansetzen könnt, wo ihr das letzte Mal aufgehört habt. Gemeinsam an der Feuerschale quatschen oder in der Johanniskirche das Tanzbein schwingen. Alles möglich, alles bereit.

Warme und kalte Getränke sind selbstverständlich, wie die Schmalzstulle – Tradition muß sein! Und der Verein Brot und Hoffnung e.V. wird für seinen guten Zweck eine warme Mahlzeit für euch bereit halten. Was braucht Mensch mehr ...

Einlaß ist um 17.30 Uhr, Beginn 18 Uhr (wirklich!) und das Ende der Veranstaltung wird voraussichtlich gegen 22 Uhr sein. Vergeßt eure Karten nicht, da es Einlaßkontrollen geben wird. Bringt bitte keine Taschen mit, die größer sind als ein A4-Blatt.

STEFFI SCHNEEMILCH

Vorverkauf

ONLINE: www.prost-genossenschaft.de

OFFLINE: Tourist-Information im Museum Eberswalde (Steinstraße 3), Krumme Gurke (Ruhlaer Str. 1).

Preise:

15 Euro – Du unterstützt die Ermäßigung und die ehrenamtliche Kulturarbeit der Prost Genossenschaft eG, die unter anderem dieses Event für dich/euch organisiert.

10 Euro – Für alle diejenigen, die in Lohn und Brot stehen. Danke für deine Ehrlichkeit

7 Euro – Manchmal ist viel Monat am Ende des Geldes. Das ist für uns okay und ganz ohne Nachweis, alles auf Vertrauensbasis. Schön, daß du dabei bist.

Bei allen Vorverkaufsstellen fallen Vorverkaufsgebühren an. Es wird voraussichtlich keine Abendkasse geben.

Umweltbildung mit Herz und Witz

Für Kinder von 5 bis 105 Jahren. Auch für Menschen, die beim Thema »Vogelstimmen erkennen« nur denken: Bei dir piept's wohl.

»Nina-Katharina und das Zwitschern der Vögel« handelt von einem kleinen Mädchen, das aus den verschiedenen Fenstern ihres Elternhauses schaut. Dabei trifft sie unterschiedliche Vögel an. Jeder Vogel spricht mit ihr mit seinem Vogelstimmenmerksatz. Jedoch will Nina-Katharina nie rausgehen, sondern lieber drinnen spielen. Bis schließlich die Goldammer sie liebevoll ruft. Erzählt in kunstvoll verflochtenen Reimen.

Liebevoll illustriert von der Eberswalder Künstlerin CATRIN STERNBERG. Mit Vogelporraits, Ausmalbildern und Hörbüchern zum Mithören und Mitraten.

Jetzt im Crowdfunding Buch vorab bestellen und somit Druck & Hörbuchproduktion ermöglichen. Es gibt auch Gutscheine zum Selbstausschicken für unterm Weihnachts-

baum. Das Buch wird dann pünktlich zur nächsten Vogelsaison im Frühjahr 2024 geliefert. Das Crowdfunding läuft unter der Adresse: www.startnext.com/zwitschern

Als Dankeschön bietet die Autorin SILKE OPPERMANN auch Vogelstimmen- und Tierspurenspaziergänge sowie Workshops zu Knotenkunde und Tarpaufbau in Eberswalde an. So kannst du im Frühling einfach draußen übernachten und mußt nicht früh aufstehen, um dem Vogelkonzert zu lauschen. (Termine per Doodle nach erfolgreichem Crowdfunding).

Übrigens: Im Crowdfunding kommt der gesamte Erlös dem Druck zugute. Später, im Handel, erreicht uns nur noch die Hälfte des Ladenpreises aufgrund verschiedener Akteure in der Vertriebskette, die alle mitverdienen.

SILKE OPPERMANN

Was zum Kuckuck sind VOGELSTIMMEN-MERKSÄTZE?!



Wie-wie-wie-hab-ich-dich-liiiiieeb!

Ich-ich-ich-ich-bin-der-Schönste-hier-im-Wald!

Du Kuh du! Du Kuh du!

Hör gut zu, Gudrun!

Tja, das sind Vogelstimmenmerksätze.

Und welchen Gesang imitieren sie?

Das erfährst du im Buch.

Antwort auf eine Frage an die Redaktion

Geben redaktionelle Artikel die Meinung der Redaktion wieder?

Immer wieder gibt es Nachfragen von Leserinnen oder Lesern zu verschiedenen Aussagen in redaktionellen Artikeln, die ihr Unverständnis äußern, daß wir solche Meinungen, die dort geäußert werden, vertreten. Aus diesem Anlaß möchten wir nochmals klarstellen, daß die Auffassung, in redaktionellen Beiträgen werde die Meinung der Redaktion verbreitet, falsch ist.

Richtig ist vielmehr, daß mit redaktionellen Beiträgen über etwas berichtet wird. Meist sind das sachliche Darstellungen über irgendwelche Ereignisse, die stattgefunden haben. Dazu gehören auch Berichte darüber, daß jemand diese oder jene Aussage von sich gegeben hat. Hier nehmen wir keine Rücksicht darauf, ob die geäußerte Meinung mit den Meinungen der Redakteure übereinstimmt oder nicht.

In einem konkret angesprochenen Fall ging es um ein Anliegen eines Kommunalpolitikers, das in dem redaktionellen Artikel im wesentlichen so wiedergegeben wurde, wie es von jenem dargestellt wurde. Daher bestand auch ein großer Teil des Textes aus Zitaten.

Natürlich streben wir als Leserzeitung an, fertige Texte abzudrucken, unter denen dann auch der Name des jeweiligen Autors steht. Aber zuweilen werden nur Fragmente geliefert, zu denen ein paar erklärende Worte zum Hintergrund und zu den Umständen, unter denen diese Aussagen zustande kamen, notwendig sind.

Es gehört im übrigen nicht zu den Sorgfaltspflichten der Redaktion, die Thesen von Leuten zu irgendwelchen Vorhaben zu prüfen oder gar mit irgendjemanden abzustimmen. Diese Sorgfaltspflicht umfaßt vielmehr, im Rahmen unserer PUBLIZISTISCHEN GRUNDSÄTZE

dafür zu sorgen, daß die in dem Beitrag verwendeten Zitate korrekt sind und niemandem Worte in den Mund gelegt werden, die nicht von ihm sind. Für den Inhalt dieser Aussagen ist selbstverständlich der Aussagende und nicht die Redaktion verantwortlich.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben in jedem Fall die Meinung des jeweiligen Autoren wieder. Das gilt natürlich auch, wenn es sich um BBP-Redaktionsmitglieder handelt.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Mitgliederversammlung

Eberswalde (bbp). Der Trägerverein der BARNIMER BÜRGERPOST lädt zum 13. Januar 2024 zur Mitgliederversammlung ein.

Auf der Tagesordnung stehen neben den aktuellen Jahres- und Kassenberichten die Neuwahl des Vorstandes und von zwei Kassenprüfern. Außerdem werden die Vereinsmitglieder über die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung der BARNIMER BÜRGERPOST diskutieren und den Arbeits- und Haushaltsplan 2024 beschließen.

Die Mitgliederversammlung im Dietrich-Bonhoeffer-Haus (Potsdamer Allee 37 in Eberswalde) beginnt um 14 Uhr. Alle Mitglieder und Unterstützer sind herzlich eingeladen.

Silvester vom Wasserturm

Wie in der Vergangenheit, bietet der FÖRDERVEREIN FINOWER WASSERTURM UND SEIN UMFELD e.V. auch in diesem Jahr die Möglichkeit an, das Silvesterfeuerwerk aus 44 Meter Höhe über Finow und das Umland zu genießen.

Aufgrund der begrenzten Plätze bittet der Verein um Anmeldungen unter der eMail-Adresse finower-wasserturm@gmx.de. Zu dem Anlaß gelten die regulären Eintrittspreise von 5 Euro pro Person.

Diese sollten bitte passend mitgebracht und am Eingang bezahlt werden.

Der Einlaß ist circa ab 23.30 Uhr.

Das Abfeuern von Silvesterraketen und ähnlichen Feuerwerkskörpern vom Wasserturm ist nicht gestattet. Informationen zur Anreise und zum Wasserturm findet man auf der Website unter www.wasserturm-finow.de

RINGO WRASE

Weihnachtsfilm im Heidekrug

Am Freitag, dem 22. Dezember geht das Veranstaltungsjahr des Kulturhaus Heidekrug 2.0 zu Ende – mit dem Film »Paddington 2«, einer lustigen und herzerwärmenden Krimi-Komödie für die ganze Familie. Beginn ist 19.30 Uhr in der Brunoldstraße 1 in Joachimsthal.

Der knuffige Bär Paddington wohnt bei der Familie Brown in London. Er möchte seiner Tante Lucy im fernen Peru ein kostbares Aufklapp-Bilderbuch mit Londoner Stadtansichten zum 100. Geburtstag schenken. Aber wie soll er das bezahlen? Auf Jobsuche stiftet der einmalige Tollpatsch Chaos in einem Friseursalon und als Fensterputzer, spart aber fleißig weiter. Doch als ein Dieb das Popup-Buch stiehlt, weil darin eine geheime Schatzkarte verborgen ist, bekommt der unschuldige Bär eine Haftstrafe aufgebrummt. Während er im Gefängnis mit seiner naiven Ehrlichkeit aneckt, suchen die von Paddingtons Unschuld überzeugten Browns den wahren Täter. Der Eintritt kostet 6 Euro. RUTH BUTTERFIELD

Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressesgesetz (BbgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden PUBLIZISTISCHEN GRUNDSÄTZE der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern.

Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht. Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

Allen eine frohe Weihnacht!

Hans Jörg Rafalski

NIEDERFINOW

Weißbuch über den amerikanischen
Luftangriff auf Niederfinow und die
letzten Kriegswochen im Finowtal

Idee, Recherche, Texte, Fotos und Design |

Hans Jörg Rafalski

Druck | Druckerei Weidner, Rostock

Bindung | Buchbinderei Warnecke, Broderstorf

Siebdruck | Novak Siebdruck, Berlin

56 Seiten

mit 10 Farbfotos und 11 Frontkarten

Softcover unter Kombination

von 4 verschiedenen Papiersorten

Umschlag im Siebdruck

Größe | 23,7 x 31,7 cm

Erste Ausgabe 2023

333 Exemplare

34,00 Euro

Nach dem großen Erfolg mit EROSION 1 und 2 widmet sich die Neuerscheinung NIEDERFINOW noch einmal einem regionalen Finowtaltheema. Darin geht es um die Ereignisse im Frühjahr 1945 um das Schiffshebewerk.

Der Weg zum Buch begann mit der Frage danach, ob Hitlers »Nero-Befehl« das Schiffshebewerk Niederfinow in Gefahr brachte, in den letzten Kriegstagen von den Deutschen selbst durch Sprengung zerstört zu werden. Publikationen des Wasser- und Schifffahrtsamtes Eberswalde und des Stadt- und Kreismuseums Eberswalde haben in der Vergangenheit dazu konträre Auffassungen veröffentlicht. Dieser Fragestellung schlossen sich fünf Jahre tiefgründiger Recherchen an, in denen ich jedes verfügbare Dokument und jede Meinung auf Paßfähigkeit in ein sich fortwährend verdichtendes Bild von den Ereignissen der letzten Kriegswochen im Gebiet zwischen Oder und Eberswalde untersuchte. Dabei herausgekommen ist eine nahezu lückenlose Dokumentation, die in der Gegenüberstellung deutscher Zeitzeugenberichte und sowjetischer Operationsberichte zu einem Weißbuch beglaubigt wird.

Das Buch reiht die Ereignisse chronologisch auf, bietet einen umfangreichen Erläuterungs- und Analyseteil, Fotos von Ereignisorten und Karten zu Frontverläufen.

Ich werde das Buch am 9. März 2024 im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Guten Morgen Eberswalde« vorstellen.

Das Buch ist, wie seine drei Vorgänger, mit hohem buchkünstlerischem Anspruch produziert.

Mit besten Grüßen, Hans Jörg Rafalski

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 11. Dezember 2023

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 24. Januar 2024.

Appell an die Stadtverordneten von Bad Freienwalde

Bad Freienwalde ist nicht irgendeine Stadt, sondern hier wirkten Kurt und Erna Kretschmann. Und Kurt und Erna Kretschmann sind in diesem Deutschland und darüber hinaus die Pioniere des Naturschutzes. Sie haben die erste Lehrstätte für Naturschutz der Welt, nicht nur Deutschlands, den Müritzhof, ganz ohne ein Gehalt aus tiefster Überzeugung aufgebaut. Die »Naturschutzzeule«, die wurde Symbol für Deutschland. Wenn hier diese Frevel Realität werden, dann kann ich garantieren, daß eine Bewegung der Umweltverbände in Deutschland dagegen aufsteht, daß hier an diesem Ort diese Fehlentwicklungen von einer Bürgerschaft bzw. Teilen getragen werden.

Ich habe das dem Bürgermeister gesagt und ich habe gespürt, daß er begriffen hat, daß hier wirklich ernsthaft etwas passiert, was zukunftslos ist.

Prof. Dr. MICHAEL SUCCOW, 23. November 2023 in Bad Freienwalde (vgl. Seite 3)

Barnimer Bürgerpost**Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«**

- ☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- ☐ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ☐ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- ☐ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- ☐ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine **Versandkostenpauschale von 9 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle ☐ per Lastschrift ☐ per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift _____

☐ Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

☐ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)